

ROTFUCHS

BEGRÜNDET VON DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Das KPD-Verbot muß fallen!

Als sich Mitte August 2001 jener Tag zum 55. Mal jährte, an dem die Kommunistische Partei Deutschlands durch die Klassenjustiz des Adenauer-Staates für verfassungsfeindlich erklärt und verboten wurde, sprach man erneut vom Damoklesschwert, das noch immer über der Legalität der Kommunisten in der Bundesrepublik schwebte. Das Verbotsurteil von einst könne von den politischen Erben jener Ära gegen alle gerichtet werden, die sich als legitime Nachfolger der damals außer Recht und Gesetz gestellten Partei betrachteten. Wie verhält es sich damit?

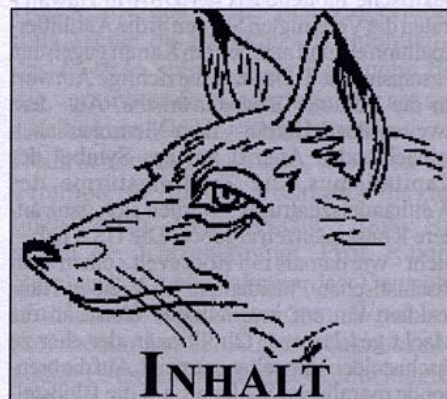
Das KPD-Verbot von 1956 war ein ungeheuerlicher Akt politischer Barbarei. Erst gut ein Jahrzehnt zuvor hatten sich für kommunistische Widerstandskämpfer gegen die Naziherrschaft die Tore der Zuchthäuser und Konzentrationslager geöffnet. Viele Genossen waren auf dem Schafott gestorben, als Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien gefallen, hatten sich als Rote Partisanen oder Teilnehmer an der Résistance in vielen Ländern Europas geopfert. Adenauer aber, der Mann des deutschen Kapitals und der Amerikaner, die damals ihren McCarthy kultivierten, ließ die Partei der Märtyrer, die Partei von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von Clara Zetkin und Ernst Thälmann verbieten! Damit stellte er sich in eine Reihe mit den blutigen Diktatoren in Spanien, Portugal und Griechenland, die als einzige in Europa die kommunistischen Parteien ihrer Länder in die Illegalität getrieben hatten. In der Bundesrepublik, die sich als Rechtsstaat offerierte, jedoch mit Nazirichtern gespickt war und NSDAP-Aktivistinnen selbst auf Kabinettsebene beschäftigte, begann aufs Neue die Kommunistenhetze. Eine politische Justiz, die schlimme Erinnerungen wachrief, wurde in Szene gesetzt.

Erst sehr viel später – nach 12 Jahren – traten

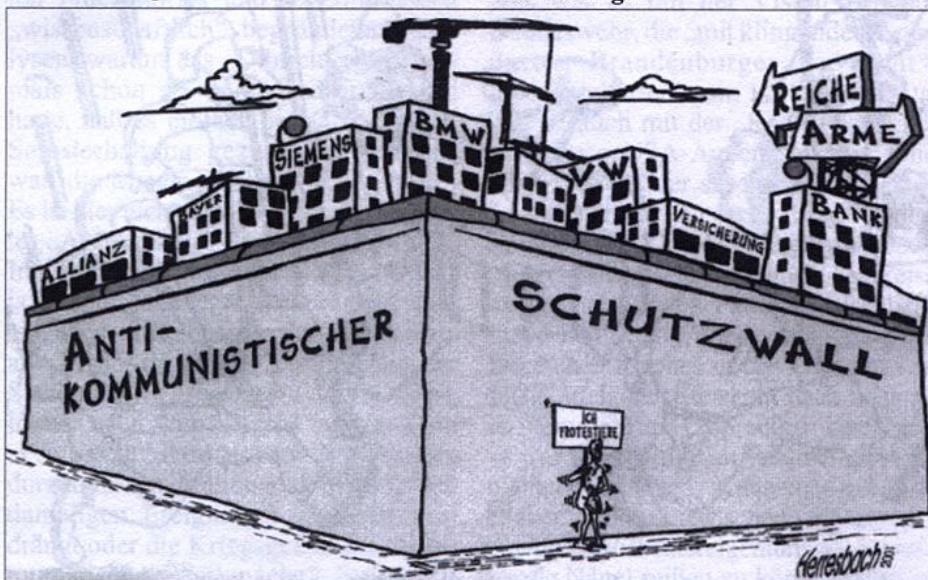
Veränderungen in der Welt und im innenpolitischen Kräfteverhältnis ein, die die Konstituierung einer legalen kommunistischen Partei in der BRD ermöglichten. Doch die Existenz der DKP ändert nichts an der Tatsache, daß die KPD nach wie vor verboten ist. Die Aufhebung dieses Verbots ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich die BRD als bürgerliche Demokratie im Kreise der anderen Staaten des Kontinents präsentieren kann, ist sie doch heute der einzige Staat im westlichen Europa, in dem eine solche Repressalie gegen Kommunisten noch immer Rechtskraft besitzt. Solange die KPD verboten bleibt, fühlen sich deutsche Kommunisten diskriminiert und bedroht.

Übrigens glauben manche, die Legalität der KPD sei durch die Duldung von Parteien gleichen Namens de facto wiederhergestellt worden. Das ist indes juristisch und politisch nicht der Fall. Die im Januar 1990 als Reaktion auf den SED/PDS-Sonderparteitag in Ost-Berlin – also außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes und des Verbotsurteils – gegründete Kommunistische Partei Deutschlands kann mit der in Karlsruhe verbotenen KPD nicht in Zusammenhang gebracht werden. Ihr legaler Status wird durch den sogenannten Einigungsvertrag abgesichert, nach dem alle bis zum 3. Oktober 1990 in der DDR existierenden Parteien weiterbestehen können. Mögen sich die herrschenden Kreise dieses Landes und deren Erfüllungsgehilfen hinter ihrem Antikommunistischen Schutzwall verschanzen, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen. Wir Kommunisten werden nicht aufhören, für die Legalität jener Partei einzutreten, die das Vermächtnis der Kämpfer in den Konzentrationslagern Hitlers und in den Gefängnissen Adenauers verkörpert.

Klaus Steiniger



KPD-Verbot muß fallen!	S. 1
Pearl Harbor in Manhattan	S. 2
„Später Sieg der Mauerbauer“	S. 3
Ein Kandidat der besonderen Art	S. 4
Renegat oder Karrierist?	S. 4
Fulminanter Start	S. 5
Godesberger Zwillinge	S. 6
Anpassungsleistung	S. 7
Zur „Kirchenfeindlichkeit“ der DDR	S. 8
Der durstige Pauli	S. 9
Zu Lenins Diagnose	S. 10
Warnung vor Kaminträumen	S. 11
Wer ist gewaltbereit?	S. 12
Erinnerung eines Berichterstatters	S. 13
McNamara als Zeuge	S. 13
Nochmals zur kolonialen Frage	S. 14
Kampf unter harten Konditionen	S. 15
Dumm und dreist	S. 15
Der Gefahren bewußt	S. 16
Jakowlew kungelte mit der CIA	S. 16
Heldenhafte Avantgarde	S. 17
Guerilla in Spanien	S. 18
Leninisten sagen Widerstand an	S. 19
Beispielhafte PDS-Genossen	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24



Nach Redaktionsschluß kommentiert

Pearl Harbor in Manhattan

Mitten in New Yorks Downtown - im Hochfinanzbezirk der Wall Street - haben die USA ihr zweites Pearl Harbor erlebt. Ein furchtbares Blutbad hat stattgefunden, dem ein Meer von Blut folgen könnte. Nach dem ersten Pearl Harbor - dem feigen Überfall kaiserlich-japanischer Kampfflugzeuge auf die pazifische Flottenbasis der USA in Hawaii - traten die Vereinigten Staaten in die Antihitlerkoalition ein und nahmen am Kampf gegen den Faschismus teil. Das war die richtige Antwort an die Tokioter Staatsterroristen. Aus dem zweiten Pearl Harbor - dem Menschenleben mißachtenden Angriff auf das Symbol des Kapitalismus, die Zwillingstürme des Welthandelszentrums - werden sich ganz andere Konsequenzen ergeben. Die USA haben nicht - wie damals mit Roosevelt - einen antifaschistischen Präsidenten. Im Weißen Haus residiert ein auf zweifelhafte Weise an die Macht geschobener Ölmillionär, der eher zu faschistoiden Vorstellungen neigt. Auf die brennende moralische Schlappe, auf die Bloßstellung der angeblich unschlagbaren Supermacht USA, deren plötzliche Verwundbarkeit jedermann vor Augen geführt wurde, reagieren George W. Bush und seine Hintermänner mit äußerster Brutalität. Eine neue Woge des McCarthyismus in den USA, die auf die anderen NATO-Staaten überschwappt und die bürgerliche Demokratie zerstören könnte, ist zu befürchten. Die faschistische Bedrohung im Innern und die potenzierte Aggressivität nach außen sind im Kalkül derer, die jetzt Rache schwören und vorgeben, die „Freiheit“ verteidigen zu wollen.

Wir betauern zutiefst alle unschuldigen Toden, die einer Tat zum Opfer gefallen sind, die wir aus ideologischen wie ethischen Prinzipien auf das Schärfste zurückweisen. Wir führen

auch keine Freudentänze auf, weil das verhaßte Symbol des Klassenfeindes und das Zentrum seiner Militärmacht bei den Anschlägen getroffen wurden. Wir verweisen vor allem auf das Riesenmaß der Gefahr, das jetzt der ganzen Menschheit vom USA-Imperialismus drohen könnte. Schröder hat allem, was Washington planen und im Schilde führen sollte, in schändlicher Verhöhnung auch vieler deutscher Sozialdemokraten sein Placet gegeben. Nach Mazedonien eine neue Schande für Deutschland.

Das Ungeheuerliche besteht darin, daß sich jetzt die Staatsterroristen als Ankläger von Terroristen aufspielen. Sind nicht in Hiroshima und Nagasaki, in Korea, Vietnam und am Golf Millionen und Abermillionen Menschen von jenen massakriert worden, deren zynische Regierungspolitik auf Massenvernichtung und Völkermord zielt? Haben nicht diejenigen in Amerika und Europa, die sich jetzt zu moralischen Autoritäten im Kampf gegen den Terrorismus erheben wollen, erst vor zwei Jahren Jugoslawien mit Bomben und Raketen überschüttet? Das alles waren nur „Luftschläge“ auf „strategische“ Ziele, die unvermeidliche „Kollateralschäden“ nach sich zogen, während die jüngsten Attentate in den USA als „Krieg gegen Amerika“ apostrophiert werden. Leute wie Solana spielen Staatsanwalt. Eine bizarre Szene!

Wer aber steckt hinter den Anschlägen, die die Welt veränderten? Ein obskurer saudischer Millionär, der einst in Afghanistan im Dienste der Amerikaner die konterrevolutionären Banden trainierte, die gegen das damals rote Kabul geworfen wurden? Es ist verblüffend, mit welcher Schnelligkeit CIA und FBI, die vorher keinerlei Spuren aufgenommen hatten, hinterher sofort wußten, wo die vermeintlichen Täter

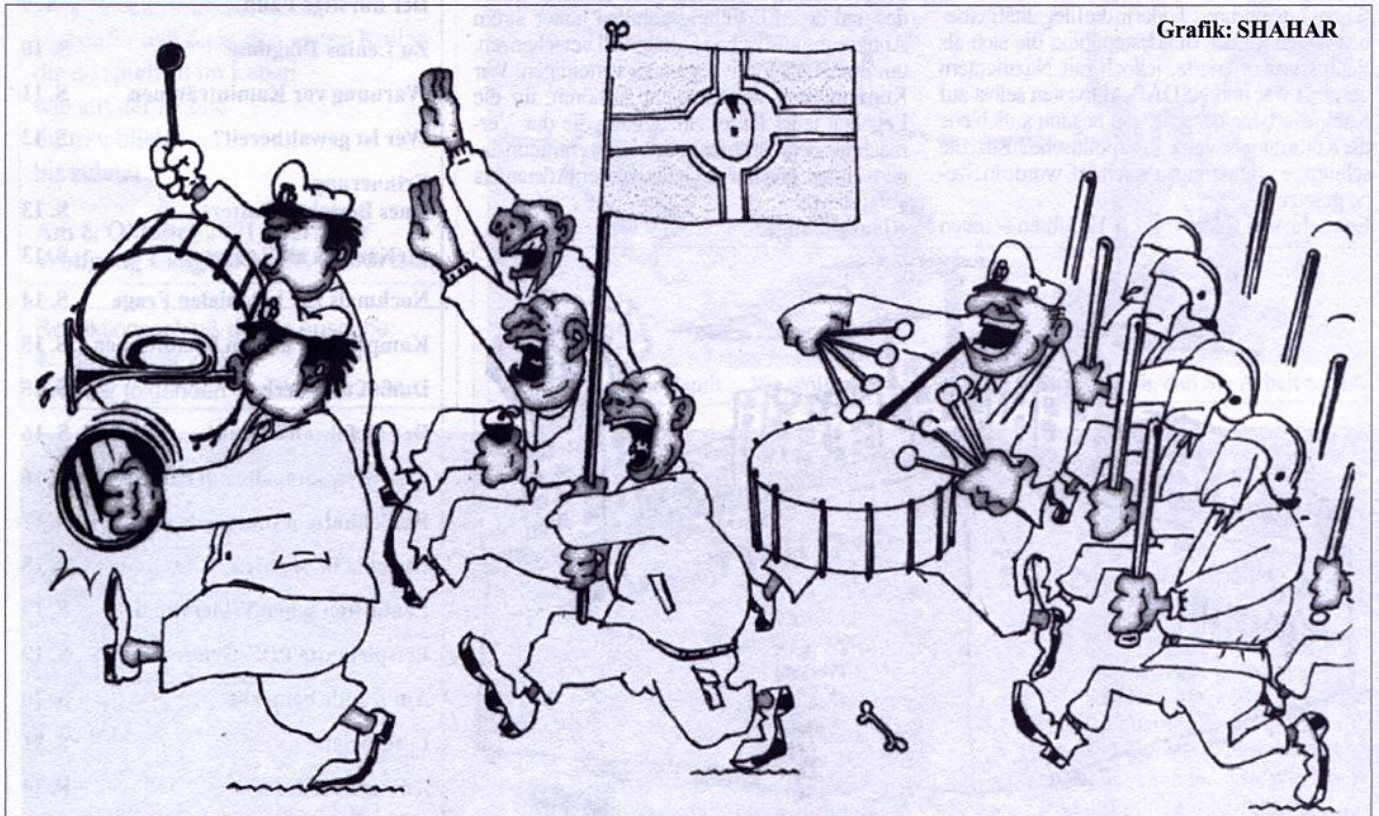
zu suchen seien. Bin Laden wurde schon Stunden nach dem Anschlag als der Hauptverdächtige genannt. Erinnernte man sich wirklich nicht daran, daß es erst in jüngster Zeit in den USA auch ganz andere Täterkreise gegeben hatte? Als das Federal Building in Oklahoma City in die Luft flog und Hunderte mit in den Tod riß, war der kaltblütig handelnde Attentäter Timothy McVeigh erwiesenermaßen ein Terrorist aus der gut organisierten rechtsradikalen Szene der Vereinigten Staaten. Ein weißer Amerikaner.

Doch das Ziel des Weißen Hauses stand von Anfang an fest: Washington brauchte nur einen Anlaß, um den „ersten Krieg des 21. Jahrhunderts“, den Bush an seine Fahnen heften will, vom Zaun zu brechen. Wird es ein Weltkrieg? Kommt es zum Einsatz taktischer Atomwaffen der USA? Gleich mehrere Staaten sind von mörderischen Aggressionen bedroht. Dabei folgt man dem berüchtigten Lidice-Modell: Nach einem Attentat auf Hitlers Prager Statthalter Heydrich löschten die Faschisten ein friedliches Dorf aus, weil eine Spur des „Hauptverdächtigen“ angeblich dahin geführt hatte. Heißt Lidice nun Afghanistan? ...

Die Gefahr, die über der Menschheit schwebt, ist enorm. Der Staatsterror von Genua, demonstriert vom Repressionsapparat der halbfaschistischen Regierung Berlusconi, wird seine Fortsetzung einmal mehr im Staatsterror der USA finden. Es geht dem Imperialismus um die Durchsetzung seiner globalen Interessen und die Niederwerfung aller Gegner. Deshalb sind Pearl Harbor in Manhattan und alles, was daraus - nicht zuletzt an verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen - erwächst, in erster Linie Fragen des Klassenkampfes.

S.R.

Grafik: SHAHAR



Wie „Volkstrauer“ in Wahlkampfmunition umgemünzt wurde

„Später Sieg der Mauerbauer“

Der Aufwand an Druckerschwärze in allen Printmedien, an Sendezeit im Fernsehen und im Hörfunk auf allen Kanälen und Wellenlängen war rund um den 13. August überwältigend! Wären die Macher in den Redaktionen noch halbwegs bei Verstand, hätte ihnen bei der Überfütterung des Publikums eigentlich selbst speiübel werden müssen. Zwei Monate zuvor hatte sich das Datum des Überfalls von Hitlerdeutschland auf die Sowjetunion zum 60. Male geehrt. Obwohl welthistorisch, wurde es nur ganz beiläufig abgehandelt. Vermutlich hing das, neben anderen Gründen, schon mit der publizistischen Volksverdummungskampagne zusammen, die man im Hinblick auf den 13. August 1961 in Szene zu setzen beabsichtigte. Wie langfristig man diese Lügenoffensive geplant hatte, zeigte die schon Wochen vorher in Berliner Zeitungen begonnene Veröffentlichung von kurzen Meldungen zur spannungsgeladenen Situation am jeweiligen Tag vor 40 Jahren. Die ganze Stimmungsmache konnte aber nur dann ihren Zweck erreichen, wenn man das historische Umfeld, das die Notwendigkeit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR damals bedingt hatte, entweder ganz ausblendete oder völlig verzerrt darstellte. Statt wahrheitsgemäßer Informationen wurden wir mit einer Flut von Veröffentlichungen zu dem Thema überschwemmt – von Spiel- und Dokumentarfilmen bis zu Hörspielen und Radio-Features, vom Leitartikel und Kommentar bis zu schöngeistigen Beiträgen im Feuilleton, rührseligen Flüchtlingsgeschichten, abenteuerlich aufgemachten Fluchtstories und seitenfüllenden „wissenschaftlich“ begründeten Analysen, warum das „Ulbrichtregime damals schon so weit abgewirtschaftet hatte, daß es einfach aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen gewesen war, die Mauer zu bauen“.

Es ist hier nicht der Ort, sich mit solcherlei „Argumenten“ auseinanderzusetzen. Im „RotFuchs“ wurde unser Standpunkt ja bereits dargelegt. Worauf man aber eingehen muß, das ist, daß die damals allerwichtigste Frage, nämlich die der Sicherung des Friedens, in den heutigen, immer noch vom Ungeist der einstigen „Frontstadt“-Atmosphäre Westberlins durchtränkten Stellungnahmen zu den damaligen Ereignissen gänzlich verdrängt oder die Kriegsgefahr als „kommunistische Panikmache“ dargestellt

wird. Die konkreten „Mauertoten“ lassen sich eben viel wirksamer ins Massenbewußtsein heben als im nachhinein Millionen potentielle Tote eines verhinderten Weltkrieges zu beschwören! Wie leichtfertig selbst seriöse Blätter mit der Existenzfrage von Krieg und Frieden umgehen, zeigt das Editorial der Süddeutschen Zeitung von Herbert Riehl-Heise, Leitender Redakteur, am 11. August. Er schrieb: „Manchmal könnte man jetzt als Leser zeitgeschichtlicher Aufsätze auf die Idee kommen, der 13. August ließe sich auch als Freudentag feiern. Vielleicht mußte die Mauer vor 40 Jahren ja wirklich gebaut werden, um Schlimmeres zu verhüten. Vielleicht hat sie – wie Kennedy es sah – die Welt vor einem furchtbaren Krieg bewahrt.“ Es hätte also nach Herrn Riehl-Heise durchaus auch zum Krieg kommen können und angesichts dieser möglichen Schreckensperspektive – die zwar vielleicht auch ohne Mauer vermieden worden wäre, was aber Spekulation bleiben muß, durch die Mauer aber mit Sicherheit verhindert wurde, was nicht spekulativ, sondern Tatsache ist – wagt er es, seinen Leitartikel mit „Monument der Dummheit“ zu überschreiben! Ja, tatsächlich, soviel hochbezahlte, absolut verantwortungslose Dummheit gibt es in einer Spitzenposition des westdeutschen Journalismus! Wen wundert da die politische Massennegierung bei der Leserschaft?

Der Versuch der Medien, jede vernünftige Überlegung zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR geradezu plattzuwalzen, zeigt aber, wie hart der Schlag war, der damals den schon so siegesgewissen Kriegshetzern versetzt wurde. Aus war es mit der Vision von der Bundeswehr, die „mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor zieht“. (Industriekurier vom 14. 8. 1961) Aus war es auch mit der „Roll-back-Strategie“ jenes USA-Außenministers John Foster Dulles, der schon im Koreakrieg gescheitert war. Und ein Riegel vorgeschoben wurde vorerst auch der Hoffnung westdeutscher Revanchistenkreise in allen etablierten Parteien einschließlich der SPD auf „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“, d. h. der Rückkehr nach Schlesien, Pommern und Ostpreußen! Und ebenso war Schluß mit den Träumen der enteigneten Bankiers, Konzernherren und Junker, sich ihr inzwischen volkseigenes einstiges Ausbeutereigentum wieder unter die Nägel reißen zu können! Daß es

ihnen drei Jahrzehnte danach mit Hilfe der durch den SPD-Politiker Egon Bahr entwickelten Strategie des „Wandels durch Annäherung“ und der verräterischen Machenschaften des Demagogen Gorbatschow doch gelungen ist, die Herrschaft des deutschen Imperialismus wieder bis zur Oder auszudehnen – das feierten sie als späte Revanche für die vernichtende Niederlage, die sie am 13. August 1961 erlitten hatten!

Doch schon jetzt zeigt sich, wie schal der Triumph ist. Auf den Vollrausch der publizistischen „Mauerspechte“ folgte sogleich der Katzenjammer. Prof. Rainer Burchardt, Chefredakteur des Deutschlandfunks, sah in seinem Wochenkommentar am 18. August rückblickend geradezu ein Debakel, indem er beklagte: „Welch später, welch fataler Sieg der Mauerbauer von einst!“

Man glaubt, sich verhöhnt zu haben – er sagte es tatsächlich. Er bezog seine Äußerung auf den heuchlerischen Mißbrauch des offiziell sogar durch Trauerbeflaggung gewürdigten Termins und des allerorten zur Schau gestellten „Mitgefühls“ für die Angehörigen der Mauertoten zu parteipolitischen Zwecken. Die angebliche Trauer wurde in Wahlkampfmunition umgemünzt. Was Burchardt meinte, hatte man bereits „am Tag danach“, am 14. August, im Feuilleton der FAZ lesen können. Da hieß es nämlich in einer Betrachtung zum routinemäßigen Umgang mit solchen Gedenktagen: „Die spiegelbildliche Entsprechung dieser Fixierung auf den Termin, der rasch abgehakt wird, ist dessen Nutzung für aktuelle Zwecke. In kältester Berechnung hat die Berliner CDU diese Variante am vergangenen Sonntag vorgeführt. Unverfrorener ist selten ein Gedenktag in den Dienst einer Partei gestellt worden.“ Die Schilderung der Schicksale von „Maueropfern“ bekomme „etwas beinahe Schamloses, wenn sie so offensichtlich anderen Zwecken dient als der Totenehrung“. Ähnlich die „Süddeutsche Zeitung“, auch bereits am 14. August: „Wer die Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Mauerbaus verfolgt hat, der hat in erster Linie die Instrumentalisierung des Gedenkens zum Zwecke des Machterhalts oder -erwerbs gesehen.“ Wahrscheinlich, treffender als mit diesen Einschätzungen kann man die Heuchelei derjenigen nicht charakterisieren, die ihr parteipolitisches Süppchen auf dem Feuer der Emotionen, die naturgemäß mit dem Thema verbunden sind, kochen wollten.

Rolf Vellay

MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas tritt in Biesdorf zur Berlin-Wahl an

Ein Kandidat der besonderen Art

MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas (65), renommierter DDR-Chirurg, hat sich auf den domänenreichen Weg zur Kandidatur für das Berliner Abgeordnetenhaus begeben. Das Besondere: Er ist parteilos und unabhängiger Einzelkandidat in seinem Marzahn-Biesdorfer Wahlkreis, besitzt also keine Lobby, die für Presse- oder Fernsehpublizität sorgen könnte. Er muß alle Ausgaben aus seinem persönlichen Portemonnaie bestreiten. Um sich bekannt zu machen, kann er nur das direkte Gespräch mit den möglichen Wählern suchen.

Alles begann mit dem Weg zum Landeswahlleiter. Er müsse, um auf die Kandidatenliste zu gelangen, mindestens 45 Unterschriften von Befürwortern vorlegen – und das sei erfahrungsgemäß gar nicht einfach, wurde ihm bedeutet. Nach zwei Tagen waren 85 Unterschriften zusammengetragen. Inzwischen hat er (allein!) ein ganzes Wahlprogramm erarbeitet, es zusammen mit Handzetteln, Plakaten und anderen Materialien drucken lassen, mit deren Verbreitung begonnen und eine kleine Schar selbstloser Helfer gewonnen. Jede freie Stunde ist er in seinem Wohngebiet unterwegs und bemüht, mit den Leuten zu sprechen. Vielfach begegnet ihm Skepsis: „Was können Sie denn schon ändern!“ Seine geduldige Antwort: Natürlich könne er keine Weltrevolution inszenieren, aber sich – im Falle seiner Wahl – vielleicht bei manchen Entscheidungen als Zünglein an der Waage erweisen. Nur einmal schlug ihm unverhohlener Haß entgegen. Allerdings wiesen sich die drei Leute, die ihn attackierten, durch Autemarke, persönliches „Styling“ und Tonlage als Fremde aus. Und das im doppelten Sinne.

In den meisten Gesprächen tun die Frische und Originalität seiner Wahaussagen sowie das Vertrauen, das ihm als erfahrenem Arzt ohnehin von sehr vielen entgegengebracht wird, ihre Wirkung. Als er an einen Gartenzaun herantritt und für ein paar Minuten um Gehör bittet, trifft ihn als erstes die Frage: „Für welche Partei?“ Antwort: „Unabhängiger Einzelkandidat, parteilos.“ Reaktion: „Das hört sich ja gut an.“ „Wenn Sie wollen, daß die Berliner Finanz- und Haushaltskrise nach dem Verursacherprinzip allein die Schuldigen zu beheben haben, dann bin ich Ihr alternativer Kandidat für das Abgeordnetenhaus. Die Berliner Steuerzahler dürfen mit keiner einzigen Mark zusätzlich belastet werden.“ „Niemand von den etablierten Parteien hätte bisher gesagt, wie der einzelne Bürger durch den NATO-Krieg in Jugoslawien zur Ader gelassen werde. Kriegslasten hätte jedoch immer das einfache Volk zu tragen. Er bitte seine Wähler, sich mit ihm für ein solidarisches Deutschland zu engagieren, „das frei sein muß von Korruption und Demütigung der ehemaligen DDR-Bürger“. Dr. Kinkel solle sich für seine anmaßende Forderung nach Delegitimierung der DDR vor dem ganzen Volk entschuldigen. Am Ende der Unterhaltung kommt eine nachdenkliche Reaktion der Partner: Bei der letzten Wahl sind wir nicht mehr hingegangen. Wir werden uns das noch mal überlegen.“

Wichtige Teile der Wahaussagen von Dr. Thomas befassen sich natürlich mit Vorschlägen für das Gesundheitswesen. Es erfülle ihn „mit tiefer Bitterkeit, wenn die Ärzte ständig von Existenzängsten und Regreßdrohungen getrieben, gejaagt

und gepeinigt werden, oder wenn sie sich als Budget-Artisten verdingen müssen“. Der Patient solle wieder als Patient mit all seinen Sorgen betreut und nicht als Kunde herumgereicht werden. Die meisten Leute wüßten gar nicht, was mit der schleichenden Amerikanisierung des Gesundheitswesens auf sie zukomme.

Scharf wendet sich Erhard Thomas gegen den Parteienfilz. „Die im Parlament vertretenen etablierten Parteien waren nicht in der Lage, die deutsche Hauptstadt nach vernünftigen und rechtsstaatlichen Grundsätzen zu verwalten. Sie haben der Korruption tatenlos zugesehen oder waren in die Skandale selbst verwickelt.“ Er habe es satt, das Parteiengzänk auf dem Rücken der Bürger weiter ertragen zu müssen.

Noch ist es natürlich zu früh, die Resonanz dieser und anderer Auffassungen zu bewerten. Aus dem Brief einer engagierten Bürgerin aus seinem Wahlkreis an Dr. Thomas entnehmen wir die folgenden Worte: „1. Vorausgesetzt, Sie ... erscheinen auf dem Stimmzettel, dann bedeutet das für die Parteien ein Aufhorchen. 2. Vorausgesetzt, Sie gewinnen ... Ihr Direktmandat, dann wird das bei den Unterlegenen Bestürzung auslösen. ... Die Parteien könnten sich in den Augen der Bevölkerung als überflüssig erweisen. 3. Vorausgesetzt, Sie verlieren die Direktwahl, dann werden die Parteien ... das Wahlergebnis als Aufforderung für sich veruchen, den bereits angekündigten Abbau von Gesundheits- und Sozialleistungen zu vollziehen und weitere Finanzbelastungen auf dem Rücken der Berliner durchzusetzen bzw. nach der Wahl evtl. noch draufzusatteln.“

Dr. Thomas beruft sich bei seinem bewundernswürdigen Engagement auf die Kompetenz seiner Berufs- und Lebenserfahrung, die es ihm ermögliche, eine sachbezogene, kalkulierbare, soziale und solidarische Bürgerpolitik zu gestalten. „Ich bin parteiunabhängig, unterliege also keinem Machtdiktat von oben und keiner Parteidoktrin.“ Rechenschaftspflichtig sei er nur seinen Wählern. Als sein persönliches Wahlkampf-Logo hat er den Hahn gewählt: „Ein Frühaufsteher, der laut kräht, die Schlafenden weckt, vor Feinden auf der Hut und immer kampfesmutig ist!“

Frank Mühlefeldt

Unterschriftenkampagne der DKP erfolgreich

Die Berliner DKP, die bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit einer eigenen Liste antreten will, konzentrierte sich zunächst darauf, die für eine solche Parteikandidatur erforderlichen

2 200 Unterschriften zusammenzutragen. Wie uns das Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Michael Czech mitteilte, waren bis zum Redaktionsschluß am 4. September 2001 rund 2 100 Unterstützungssignaturen gesammelt worden. Damit dürfte feststehen, daß die DKP die notwendige Anzahl von Befürwortungen aufbringen wird.

R. F.

Warum Schabowski sein Licht unter den Steffel stellt

Renegat oder Karrierist?

Mit Günter Schabowski habe ich so meine Erfahrungen gemacht. Bevor er 1. Stellvertreter und dann Chefredakteur des ND, bei dem auch ich fast 25 Jahre diente, werden konnte, mußte er erst einmal seinen Vorgänger Hajo Herbell aus dem Wege räumen. Er tat es ohne Skrupel. Dazu heftete er sich an die Rockschoße des ihm vorausgehenden Chefredakteurs und späteren ZK-Sekretärs Joachim Hermann, den er – der weitaus Intelligenteren – in Wirklichkeit verachtete.

Als ich im Herbst 1984 in Paris als Korrespondent des ND eingeführt wurde – ich mußte den Einsatz dann wegen Krankheit bald wieder abbrechen – war auch Schabowski zum „Humanität“-Fest in der französischen Hauptstadt. Eines Tages gingen wir im Garten der DDR-Botschaft in der Rue Marbeau auf und ab. Er hakte mich ein und sagte ohne Umschweife: „Ich habe Dich unter fünf Bewerbern ausgewählt. Das ist ein Beweis meiner persönlichen Loyalität. Jetzt ist es an Dir, mir Deine persönliche Loyalität zu beweisen.“ Von Partei oder Staat war keine Rede.

Als ich einige Jahre später in meiner Parteigruppe der Außenpolitischen Redaktion den Vorschlag machte, die etwa 80 samt Tankquittungsblöcken zur Selbstbedienung auch bei privaten Touren an ND-Mitarbeiter übergebenen, „Selbstfahrerausos“ – da Mißbrauch von Parteivermögen – unverzüglich abzuschaffen, bestellte mich Schabowski zu sich. „Ich höre, Du willst hier polnische Verhältnisse einführen ...“, herrschte er mich an. Privilegien waren ihm offensichtlich heilig.

Nach seinem Aufstieg in die höchste Spitze der Partei- und Staatshierarchie ging Schabowski, der nun Erich Honecker Tag und Nacht im Munde führte, buchstäblich über Leichen. Er war ein aufstiegsbewußter Kader, der noch weiter wollte. Nur das erklärt aus meiner Sicht auch sein Verhalten auf der „berühmten“ Pressekonferenz im Oktober 1989. Die „vorzeitige Information zur Maueröffnung“ war, so glaube ich, weder ein Versehen noch eine „Herostratentat“, wie sie einst der antike Brandstifter Herostratos begangen hatte, der die Dianas Tempel auf der Athener Akropolis anzündete, um wenigstens so in die Geschichte einzugehen. Ich glaube, es handelte sich – zumindest der Absicht nach – um Schabowskis größten Karrierecoup. Wahrscheinlich nahm der machtgewohnte Populist an, nach diesem „kühnen Schritt“ auf einer Woge der Massenbegeisterung ganz nach oben getragen zu werden und – an Krenz vorbeiziehend – die Führung des Landes übernehmen zu können.

Doch wie auch immer: Die Karrieristen der einen sind stets auch die Karrieristen der anderen. Nach dem Sieg der Konterrevolution setzte das nun „Reue zeigende“ einstige Politbüromitglied nicht auf die SPD, sondern gleich auf die CDU, also bewußt auf den Hausherrn und nicht auf den Hausmeister. Noch am Tage vor seinem Haftantritt in der JVA Hakenfelde – ein zeitweiliges Ungemach, das von Diepgen dann im Gnadenwege behoben wurde – war er bei einer CDU-Veranstaltung in Westberlin als Redner aufgetreten. Jetzt hat der zu neuer Erkenntnis Gereifte sein Licht unter den Steffel Landowskys gestellt. Es war ohnehin nur noch eine Funzel.

Manche bezeichnen Schabowski viel zu hochgestochen als Renegaten oder als Judas. Warum so große Worte? Ich sehe ihn anders. Er war nie einer von uns, sondern gehörte nur zu jenem „schmutzigen Schaum“, der laut Lenin bei jeder Revolution nun einmal hochgespült wird.

Klaus Steiniger

Warme Aufnahme für „RotFuchs“-Förderverein

Fulminanter Start

Der am 27. Juli gegründete „RotFuchs“-Förderverein – die zu seiner Eintragung ins Register erforderlichen Formalitäten werden in Kürze abgeschlossen sein – hat einen fulminanten Start erlebt. Schon in den ersten Wochen traten ihm Mitglieder und Sympathisanten von DKP, PDS und KPD, aber auch zahlreiche nicht in Parteien organisierte Kommunisten und Sozialisten aus dem ganzen Lande bei. Auch aus dem Ausland, so aus Luxemburg, wurde lebhaftes Interesse bekundet. Unter den ersten Antragstellern befanden sich namhafte Literaten wie Dr. Peter Hacks, Dieter Noll und Armin Stolper, bekannte Wissenschaftler wie Prof. Dr. Erich Buchholz und Prof. Dr. Manfred Buhr. Neben alten erfahrenen Genossen wie Willi Belz aus Kassel, Erika Correns und Dr.

Herbert Crüger aus Eichwalde und Fritz Teppich aus Berlin übermittelten uns jüngere Menschen wie Daniel H. aus Saarbrück-

ken, Carsten M. aus Hannover und Oliver W. aus Trier den Wunsch auf Mitgliedschaft im Verein. Um nur einige weitere Städte und Orte zu nennen, aus denen uns Anträge zuingen, seien erwähnt:

berg, Erfurt, Essen, Frankfurt/Oder, Freiberg, Gersdorf, Gießen, Golzow, Grünheide, Güstrow, Halle/S., Hamburg, Hildesheim, Hoyerswerda, Jena, Koblenz, Leipzig, Malchin, Mulda, Naunhof, Nersingen, Neu-

brandenburg, Osnabrück, Pforzheim, Poppenhausen, Remseck-Aldingen, Rostock, Schwedt/Oder, Schwerin, Strausberg, Tana, Teterow, Torgau, Weilburg, Wernigerode, Zarentin und Zörbig. Ganze Parteigruppen der DKP – so die Grundorganisation Neubrandenburg/Teterow – schlossen sich dem Verein an.

Am stärksten beeindruckt die Breite und Differenziertheit des Spektrums deutscher Kommunisten und Sozialisten, die im „RotFuchs“ ihre Tribüne und im Förderverein ein Betätigungsfeld für politische Bildung im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus von

Marx, Engels und Lenin erblicken.

Wir drucken heute ein zweites Mal den Aufnahmeschein und bitten unsere Leser – da verschiedentlich von Genossinnen und Genossen darauf hingewiesen wurde, daß man den „RotFuchs“ nicht zerschneiden wolle –, das Formular gegebenenfalls selbst zu kopieren.

Wir laden alle Leser herzlich dazu ein, sich dem RotFuchs-Förderverein anzuschließen und bedanken uns für die auf das angegebene Konto oder auf anderem Wege übermittelten Spenden, die neben den Mitgliedsbeiträgen die materielle Absicherung und Konsolidierung der derzeit noch immer in schwieriger finanzieller Lage befindlichen marxistisch-leninistischen Zeitung garantieren werden.

R.F.

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir weitere Auszüge aus der Satzung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. (i. G.).

Das Konto des RF für Mitgliedsbeiträge und Spenden lautet:

W. Metzger / Sonderkonto „RotFuchs“, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr.: 220 160 759



Nach der Gründungsversammlung des RotFuchs-Fördervereins – unser Foto zeigt einen Ausschnitt der Teilnehmer – fand eine Gartenparty statt, die in freundschaftlicher und solidarischer Atmosphäre verlief.

Alt-Meteln, Artern, Bad Homburg, Bad Langensalza, Berlin, Blumberg, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Datteln, Ebers-

An den „RotFuchs“-Förderverein e. V., Teterower Ring 37, 12619 Berlin

Aufnahmeantrag

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein e. V. Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen und erkenne sie an. Der jeweilige Beitrag wird vierteljährlich per Dauerauftrag (od. bar) entrichtet.
➔ Konto für Beiträge und Spenden: W. Metzger/Sonderkonto „RotFuchs“, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Bitte deutlich in Druckbuchstaben ausfüllen

Name _____ Vorname _____ geb. am _____

Straße _____ Telefon _____

PLZ, Ort _____

☐ Ich bezahle den Beitrag in Höhe von mtl. 5 DM (2,50 €).

☐ Ich bezahle den ermäßigten Beitrag in Höhe von mtl. 1 DM (0,50 €).

* Zutreffendes bitte ankreuzen

(Datum, Unterschrift des Antragstellers)

Wenn erhält die PDS die Weihen einer „staatstragenden Partei“?

Godesberger Zwillinge

Das tonangebende Vorstandspersonal der PDS reagiert allergisch, wenn es von Teilen der Mitgliedschaft oder Sympathisanten verdächtigt wird, die Partei mit einem neuen Programm auf einen Kurs bringen zu wollen, wie ihn die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959 einschlug. Der vom Parteivorstand favorisierte Programmentwurf „I“ des Trios Klein & Gebrüder Brie nährt solche Befürchtungen allerdings. Auch wenn die PDS-Spitze jede Analogie mit Godesberg heftig zurückweist und solch grundsätzliche Umorientierung in Abrede stellt: Die „Selbstveränderung der PDS“ – so lautet die Überschrift von Abschnitt IV des besagten Programmentwurfs – weist tatsächlich die meisten der Grundelemente des sozialdemokratischen Programms von Godesberg auf.

In dem Buch „Schlaglichter der deutschen Geschichte“ werden diese wir folgt beschrieben: „Die marxistischen Positionen wurden im Godesberger Programm aufgegeben, an ihre Stelle traten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als neue Ziele ... Statt der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ... wurde die Mitbestimmung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht gefordert ... Mit dem neuen Programm überwand die SPD den traditionellen Widerspruch von revolutionär-marxistischer Programmatik und ihrer eher sozial-reformerischen Praxis. ... Damit wurde die SPD, die ihre Struktur als Arbeiterpartei zu verlieren begann, auch für weite bürgerliche Schichten wählbar.“ Zitat aus dem Godesberger Programm: „Die Sozialdemokratische Partei ist von einer Partei der Arbeiter zu einer Partei des Volkes geworden.“ (Gleiches verkündete Parteichefin Zimmer inzwischen auch für die PDS.)

Das Geschichtsbuch, dem obige Einschätzung entnommen ist, wurde von (alt-)bundesdeutschen bürgerlichen Historikern verfaßt, vom Bibliographischen Institut Mannheim bereits 1986 herausgegeben und als Sonderausgabe der Landeszentralen für politische Bildung in hoher Auflage zur Korrektur des „indoktrinierten Geschichtsbildes“ ehemaliger DDR-Bürger eingesetzt. Als „böswillige kommunistische Unterstellung“ läßt sich das Werk folglich nicht abtun. Vergleicht man diese Bewertung der gültigen SPD-Programmatik mit der politischen Grundorientierung, wie sie im PDS-Programmentwurf „I“, im Leitantrag des Vorstandes an den Dresdner Parteitag sowie in Grundsatzreden der Führungsriege artikuliert wird, dann gewinnt man den Eindruck, daß Godesberg 1959 nahezu als Drehbuch für die Neuprogrammierung der PDS gelten kann. Daß die angestrebte Richtungsänderung darauf abzielt, die zur nichtkommunistischen Partei gewandelte PDS vollends in eine solche sozialdemokratischen Zuschnitts zu transformieren, verdeutlicht zudem ein aktueller Vorgang. Zeitgleich mit der PDS-Programmdebatte findet nämlich in der SPD ebenfalls eine statt. Die soll die „Leitideen der Sozialdemokratie für das 21. Jahrhundert“ formulieren. Unlängst stellte der bundesdeutsche Militärminister Scharping in seiner Eigenschaft als

stellvertretender SPD-Parteivorsitzender und Chef von deren Programmkommission dazu „Grundthesen“ vor. So bietet sich eine exzellente Möglichkeit zum aufschlußreichen Vergleich.

Worin unterscheiden sich die programmatischen Ansätze beider Parteien, wo sind sie sich nahe und wo stimmen sie überein?

Was die einen (PDS) „Wertesystem“ nennen, heißt bei den anderen (SPD) „Grundwerte“ – inhaltlich jedoch herrscht weitgehend gedankliche Harmonie. Beide beanspruchen, daß „Freiheit, Gleichheit bzw. Gerechtigkeit und Solidarität“ die ersten Plätze auf ihrer politischen Prioritätenliste einnehmen. So eben, wie schon von Godesberg bekannt. Auch das Rezept, wie die Gesellschaft in den Genuß dieser „Freiheitsgüter“ gelangen soll, wird lediglich unterschiedlich beschrieben, läuft aber auf dasselbe hinaus. Scharping verkündet mit nahezu klassenkämpferischer Rhetorik, „die Zähmung des Kapitalismus“ (!) sei „die Voraussetzung für zukunftsfähige Gesellschaften“. Die PDS-Lenker formulieren da umgänglicher. Deren Leitantrag ist höchst interpretationsfähig. Seine Überschrift lautet: „Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!“ Das Tor zur Gerechtigkeit soll mit dem Schlüssel „Zurückdrängung der Kapitaldominanz“ geöffnet werden.

Zähmung hin, Zurückdrängung her – wie diese zustande gebracht werden könnten, lassen sowohl die einen wie anderen hinter der Nebelwand ihrer Phrasen im Verborgenen. Es sei denn, man akzeptierte – mit der dazu notwendigen Naivität – als praktikable Lösung entweder Scharpings Verlangen nach „sozialer und ökonomischer Einbettung der Märkte“ oder die im PDS-Programmentwurf „I“ geforderte (und SPD-identische) „soziale und ökologische Regulierung“ durch „weitreichende Rahmenseetzungen für den Markt“.

Wer jedoch Marktregulierung im Allgemeininteresse wirklich wollte, müßte dazu Eingriffe in die Eigentums- oder mindestens Verfügungsrechte der Besitzer von Produktionsmitteln vornehmen. Was unvermeidlich mit einer Beschneidung des Profitstrebens verbunden wäre. Doch im PDS-Papier werden „Unternehmertum und Gewinninteresse“ als unverzichtbar für Innovation und Effizienz geradezu heilig gesprochen. Und Dr. Gysi entdeckte inzwischen sogar, daß die Börse, dieses Mekka spekulativen Gewinnstrebens, die „phantastischste Erfindung des Kapitalismus“ sei, zwingend notwendig, um den Kapitalfluß zu organisieren. Worin für einen demokratischen Sozialisten ja wohl auch eine Hauptsorge bestehen muß. Scharping hingegen verharrte, indem er sich zu dieser Problematik in Schweigen hüllte, damit auf ohnehin bekannten sozialdemokratischen Positionen. Das Eintreten der SPD für den „flexiblen Sozialstaat“ findet im PDS-Entwurf „I“ ein Echo mit dem stolzen Bekenntnis, man habe seit 1990 „dafür gewirkt, daß Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik nicht zerstört werden“. Um so eifriger waren und sind die PDS-Oberen dabei, den „DDR-Staatsso-

zialismus“ in Acht und Bann zu tun.

Die weitgehende Übereinstimmung, wie sie sich in diesen und weiteren Positionsbestimmungen von PDS- und SPD-Spitzenleuten zeigt, legt den Schluß nahe, daß man es hier mit programmatischen Zwillingen zu tun hat: unterschiedlich allenfalls in verbalen Äußerlichkeiten, im Wesen aber Kinder des Geistes von Godesberg.

Mit einer Ausnahme jedoch, wie korrekterweise festzuhalten ist. Der von ihrem Bundesgeschäftsführer erhobene Anspruch, die PDS sei eine Partei „mit eigenen Konzepten“, trifft auf einen gewichtigen Punkt durchaus zu: Auch im besagten Programmentwurf wird die PDS als „konsequente Antikriegspartei“ definiert. Das Merkmal des Antimilitarismus, wie es durch den kompromißlosen Beschluß ihres Münsteraner Parteitages bekräftigt wurde, unterscheidet die PDS in der Tat von allen anderen Bundestagsparteien. Hier hat sie auch keinerlei Nähe zum sozialdemokratischen Godesberger Programm, das ein deutliches „Bekenntnis zur Landesverteidigung“ beinhaltet. Nur erweist sich dieser Vorzug für die Ambitionen maßgeblicher PDS-Spitzenleute jedoch als gravierender Nachteil, dessen sie sich nur zu gern entledigen möchten. Denn ohne den Fahneide auf die NATO abzulegen und bereit zu sein, Marschbefehle für Interventionseinsätze der Bundeswehr mit zu unterzeichnen, bleibt für die PDS eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene unerfüllbarer Wunschtraum. Den aber will sich die Parteispitze mit den Bundestagswahlen 2006 erfüllbar machen. Nur für die Wahl 2002 nimmt sie von solchem Vorhaben Abstand.

Der Realpolitiker Dr. Gysi sprach aus, warum: Die inhaltlichen Differenzen mit dem Wunschkoalitionspartner SPD seien „in der Außen- und Sicherheitspolitik derzeit noch zu groß.“ Das Schlüsselwort, auf das es in diesem Satz ankommt, lautet „derzeit“. Es signalisiert die Entschlossenheit der PDS-Führung, sich bis zur Bundestagswahl 2006 den Makel fehlender NATO-Bündnistreue vom Hals zu schaffen, dazu den Münsteraner Parteitagsbeschluß zu kippen und der PDS das antimilitaristische Stigma zu nehmen. Damit kopiert sie exakt das, was die SPD seinerzeit mit Godesberg vorerzählte: Auch sie vollzog dort mit dem Übergang auf die Positionen der „Landesverteidigung“ den letzten Schritt, der sie für die CDU koalitionsfähig machte. So war die Voraussetzung gegeben, um 1966 Teilhaber der Großen Koalition CDU/CSU/SPD zu werden. Die SPD hatte die Probe auf ihre „Gestaltungskraft“ bestanden.

Der PDS steht diese noch bevor. Ihre Oberen jedenfalls sehen die Partei – wie der Programmentwurf „I“ es fordert – als „gestaltende Reformkraft“ und preisen sich (in Abschnitt IV) ob ihrer „Verlässlichkeit und Politikfähigkeit auch in Regierungsverantwortung“ der Sozialdemokratie als Sozjus an. Die „Aktion Godesberg II“ ist in vollem Gange. Wird sie der PDS zu den Weihen einer „staatstragenden Partei“ verhelfen?

Wolfgang Clausner

Wer seine Überzeugungen wie Oberhemden wechselt ...

„Anpassungsleistung“

Seitdem es Kommunisten gibt, fehlt es nicht an hartnäckigen Versuchen, sie von ihren Überzeugungen abzubringen. Dreimal ließ Hans-Dieter Schütt auf der Forum-Seite des ND einen gewissen Bodo Wenzlaff zu Wort kommen, der heute in Norderstedt bei Hamburg lebt, bis Mitte der 80er Jahre als Professor an der Berliner Humboldt-Universität wirkte und später der DDR abhanden kam. Das hinderte ihn nicht, bereits in seinem ersten Beitrag die früheren DDR-Bürger aus der „Sicht eines Westdeutschen“ zu verhöhnen. Nur „Alt-Bundesbürger“ seien dazu berufen, die „geistige Eingliederung“ der Ostdeutschen in die „Erklärungsmuster der Bundesrepublik“ vorzunehmen. ND-Redakteur Hans-Dieter Schütt selbst beklagt in einem Artikel über die PDS, daß gerade in sozialistischen Kreisen „der gefährliche Glaube an eine festlegbare Machbarkeit von Zukunft ... tapfer weiterlebt“.

Bestimmt gehöre ich zu den Beklagenswerten, denn – wie ungezählte andere – bin auch ich der festen Überzeugung, daß der Kapitalismus mit seinem grenzenlosen Profitstreben, seiner menschenverachtenden Ausbeutung, seinem Wettrüsten, seinen Kriegen und seiner Umweltvernichtung nicht das letzte Wort der Geschichte ist; daß man sich gegen die Barbarei wehren muß; daß es einen Weg dazu gibt, und daß dieser Weg letztlich in die sozialistische Gesellschaft führt.

So zu denken sei gefährlich, meint Wenzlaff im ND am 14./15. Juli, denn: „In jeder Überzeugung steckt der Keim zum Fanatismus“, und „radikale Überzeugungen sind gemeingefährlich ... Wenn solche Gruppen mit ihren Überzeugungen Massenzulauf erhalten (also, um mit Marx zu sprechen, die Theorie die Massen ergreift – E.H.) und die Veränderung der gesellschaftlichen Zustände angestrebt wird, besteht höchste Gefahr“. Der Marxismus-Leninismus ist für Wenzlaff eine solche „politische Überzeugung mit Massencharakter“, also gemeingefährlich. Einen Ausweg sieht er: „Im modernen gesellschaftlichen Leben ist es allerdings üblich geworden, Überzeugungen ... als eine Anpassungsleistung zu verstehen: Man wechselt Überzeugungen je nach den Erfordernissen.“ Das ist Wenzlaff selbst offenbar gut gelungen. Er ist nicht mehr gemeingefährlich. Hat er sich früher als marxistischer Philosoph betätigt, so sieht er heute den dialektischen Materialismus als „Zerstörung wissenschaftlichen Denkens im Namen einer politischen Überzeugung“. Er hat, wie es CDU-Wahlhelfer Günter Schabowski für sich ausdrückte, einen „Paradigmenwechsel“ vorgenommen, einen Wechsel aller Denkmuster, Modelle und Vorbilder. Auch Schabowski ist nicht mehr gemeingefährlich; er konnte sogar vorzeitig aus dem Knast entlassen werden.

Nun ist der Marxismus-Leninismus ja tatsächlich Grundlage von Überzeugungen – sozialistischen, kommunistischen nämlich –, aber er ist es, weil er Wissenschaft ist. Von Überzeugung sprechen wir, wenn man sich mit der ganzen Kraft der eigenen Persönlichkeit verstandes- und gefühlsmäßig hinter eine Aussage stellt, die gewiß erscheint. Überzeugungen können religiöser, aber auch wissenschaftlicher Natur sein; sie unterscheiden sich objektiv nach dem Grad der Gewißheit, sie haben also einen objektiven Bezug. Mag der Grad der Gewißheit beim Glauben gering sein, so ist er, beruht die Überzeugung auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, natürlich wesentlich höher. Da Erkenntnis jedoch niemals abgeschlos-

sen ist, muß auch für solche Gewißheit das Kriterium der Praxis gelten. Die fälschliche Gleichsetzung aller Überzeugungen bzw. die Einführung des Maßstabs ihrer Radikalität führt erkenntnistheoretisch u. a. zur Begründung der Totalitarismus-Doktrin, in der kommunistische sogar mit faschistischen Überzeugungen gleichgesetzt werden. Politisch liefert sie eine Art Begründung für die Beobachtung sogar der PDS durch den Verfassungsschutz.

Geht man davon aus, daß die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft keine Anhäufung von Zufällen ist, daß sie vielmehr bestimmten objektiven Entwicklungsgesetzen folgt, und daß diese erkennbar, ausnutzbar, anwendbar sind, daß man also den Gang der Geschichte beeinflussen kann, so gelangt man zur wissenschaftlichen Weltanschauung, die durchaus zur Grundlage praktischer Politik wird. Natürlich unterscheiden sich die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung von den Naturgesetzen insbesondere dadurch, daß in der Gesellschaft unterschiedliche Klassenkräfte agieren, welche letztlich ökonomisch begründete politische Interessen verfolgen; und dadurch, daß gerade das Kräfteverhältnis der Klassen darüber entscheidet, wessen Interesse sich in welchem Maße durchsetzt. Insofern ist es in der Klassengesellschaft nicht gemeingefährlich, sondern nützlich für die eine Klasse und schädlich für die andere, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse Grundlage von Überzeugungen und überzeugtem Handeln werden.

Für das Kapital war es höchst unheilvoll und nicht hinnehmbar, daß erst ein Sechstel der Erde und später noch mehr von den mit der marxistisch-leninistischen Wissenschaft ausgerüsteten Kommunisten regiert wurden, die die Herrschaft des Volkes errichteten. Umgekehrt ist es verderblich für die Arbeiterklasse, wenn sie sogenannten weltanschauungslosen Parteien ausgeliefert ist, die die Begründungen ihrer Politik beliebig finden. Übrigens: Kommunisten, die an ihren Überzeugungen festhalten – trotz alledem –, nennt Gysi, der die wissenschaftliche Weltanschauung leugnet, „merkwürdige Genossen“. In der PDS-Basis gibt es davon eine ganze Menge. „Während die PDS-Führung an die Macht will, halten einfache Parteimitglieder mit Macht am Klassenkampf fest“, schrieb die Berliner Zeitung am 21. Juni über eine PDS-Mitgliederversammlung im Prenzlauer Berg.

Nun erlitt ja aber im letzten Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts der Sozialismus zunächst eine bittere Niederlage. Wurde damit die wissenschaftliche Weltanschauung ad absurdum geführt? Mitnichten! Nicht jede von uns als wahr aufgefaßte These hat allerdings das Kriterium der Praxis bestanden; z. B. hat sich die Unumkehrbarkeit des Sieges des Sozialismus nicht bewahrheitet. Aber gibt es überhaupt wissenschaftliche Erkenntnis ohne Irrtümer? Darf man ihre Möglichkeit wegen solcher Irrtümer leugnen oder gar die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich die Entwicklung vollzieht? Im Gegenteil. Erweist sich eine These in der Praxis als unrichtig, dann wird die Wissenschaft erneut antreten, um

tiefer zu loten.

Die Gleichsetzung marxistischer Überzeugungen mit bloßem Glauben soll die Arbeiterklasse ihres Kompasses im Kampf berauben, sie in die Irre führen. Ist es ein Zufall, daß Gregor Gysi gerade die Gottlosigkeit der Gesellschaft – beileibe nicht die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse – für den Verlust aller Wertmaßstäbe verantwortlich macht? Diese Gottlosigkeit, so klagte er auf dem Frankfurter Kirchentag, werde zur Kommerzialisierung des gesamten Lebens führen. Ist ihm denn gar nicht bewußt, daß diese Kommerzialisierung längst alle Sphären des Zusammenlebens der Menschen in der BRD durchdringt, weil die Profitgesellschaft eben auf Konkurrenzkampf und Auflösung aller menschlichen Bindungen im Interesse der Kapitalverwertung beruht?

49 Kriege wurden im vorigen Jahr geführt. Die Ausgaben für militärische Zwecke betrugen laut Jahrbuch des Internationalen Konversionsforschungszentrums Bonn (BICC) im Jahre 1999 weltweit 686 Mrd. Dollar. 21,7 Millionen Soldaten zählen zu den regulären Streitkräften der Staaten, 8 Millionen Beschäftigte arbeiten in der Rüstungsindustrie. Die BRD rangiert unter den Staaten, die die Militärausgaben steigerten, an vierter Stelle. Der deutsche Export von Kriegswaffen hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Bundeswehr wird nach ihren Jugoslawienereignissen zur weltweit einsetzbaren Aggressionsstreitmacht ausgebaut. Dem USA-Vorhaben zur Abschaffung der Rüstungsbegrenzung durch Forcierung des Atomraketen-Programms NMD wird kaum Widerstand entgegengesetzt; im Gegenteil, auch die deutschen Rüstungskonzerne gieren nach den Aufträgen des Pentagons.

Ist das alles nicht Imperialismus pur? Darf man die Gefahren für den Fortbestand der Menschheit verharmlosen? Darf man so tun, als ließe sich dem Profitfeldzug des Monopolkapitals mit ein paar Kontrollmaßnahmen ausgerechnet des Staates der Monopolisten begegnen? Sind Marx und Lenin nicht brandaktuell? Kann es eine Zukunft der Menschheit ohne die Entmachtung derer geben, die sie ins Verderben treiben?

Es sind die objektiven Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die – wann, wie und wo zuerst, das können wir heute nicht wissen – zur Veränderung der Verhältnisse führen werden. Nur der Sozialismus gibt der Erdbevölkerung eine Perspektive. Wie dieser Sozialismus der Zukunft auch konkret aussehen wird, er wird die Erfahrungen weiterentwickeln, die wir bereits gesammelt haben, so wie die DDR auf Erfahrungen der Sowjetunion und die Oktoberrevolution auf die Lehren der Pariser Commune zurückgreifen konnte. Unsere sozialistische Überzeugung gibt uns Optimismus und Zuversicht. Die Versuche aber, uns von ihr abzubringen, werden scheitern.

Ernst Heinz



Zur „Kirchenfeindlichkeit“ der DDR

Es gehört zu den Standard-Klagen von Zeitgenossen bürgerlicher und antikommunistischer Provenienz, daß sie dem Staat der Arbeiter und Bauern das Etikett „atheistisch“ und (als Steigerungsform „kirchenfeindlich“) anhängten und nach seinem Verschwinden auch nachträglich noch anzuhängen liebten. Was die „atheistische“ Qualität der DDR angeht, so bin ich als Freund guten Unterscheidungsvermögens der Ansicht, daß kein Staat der Welt – nicht einmal der Vatikanstaat – mit einer Kategorie gekennzeichnet werden kann, die im Bereich individueller Überzeugung entstanden ist und dort ihren Platz hat. Also: Weder war oder ist der Kirchenstaat ein religiöser, noch ist die UdSSR oder die DDR ein atheistischer Staat gewesen. Etwas anderes ist es mit jener sozialistischen Vereinigung von Menschen, auch „Partei“ genannt, die ihre Mitglieder auf ein Gleichmaß an weltanschaulichen Überzeugungen einschwören will. Und selbst in bezug auf die SED habe ich meine Zweifel, ob man sie mit Fug und Recht atheistisch nennen darf. Meines Wissens hat sie von ihren Mitgliedern nicht apodiktisch den Kirchenaustritt verlangt, sondern sie lediglich zur Enthaltensamkeit gegenüber offensichtlich religiösen Aktivitäten angehalten.

Wie steht es nun um die wieder und wieder behauptete Kirchenfeindlichkeit des DDR-Staates?

Natürlich sind in bezug auf ein so praktisches Verhältnis wie das zwischen einer Administration und verschiedenen religiösen Gemeinschaften immer die jeweiligen zeitgeschichtlichen Hintergründe zu berücksichtigen, die zu einem bestimmten Agieren oder Reagieren den Anlaß gegeben haben. Insofern lassen sich in der Geschichte der DDR tatsächlich recht unterschiedliche Phasen im Staat-Kirche-Verhältnis feststellen. Einer zunächst fast bürgerlich-demokratischen Anfangsphase nach dem Motto „Religion ist Privatsache“ seit 1945 folgte zu Beginn der 50er Jahre ein mehr oder weniger gespanntes Verhältnis, das aus der fahrlässigen oder mutwilligen Einbeziehung kirchlicher Kreise in westdeutsche Ambitionen zugunsten von Atomwaffen und einer von ihnen angestrebten Bollwerk-Funktion von Religion gegenüber „dem Kommunismus“ herrührte. Das führte z. B. zur zeitweisen Behinderung der evangelisch-kirchlichen Jugendarbeit als ganzer, obwohl nur einer bestimmten Führungsklientel der Jungen Gemeinde eine lockere oder auch professionelle Verbindung zu feindlichen Geheimdiensten nachgewiesen werden konnte. Vor allem waren es natürlich die zählbaren gesamtdeutschen Verbindungen der kirchlichen Arbeit, die durch die Einbeziehung des größeren bundesdeutschen Teils in die restaurative Formierung der dortigen Gesellschaft samt Wiederausrüstung, Atombewaffnung und Militärseelsorge fast zwangsläufig den kleineren DDR-Teil des Gesamt-Kirchengefüges in den Augen der regierenden Sozialisten kompromittierten. Zwar konnten die verständlichen repressiven Maßnahmen der DDR-Regierung in einem Prozeß der Gesprächsbildung und Kontaktpflege allmählich abgemildert oder eingestellt werden, aber eine ruhige und schöpferische Phase konnte eigentlich erst mit der dann 1969 vollzogenen organisatorischen Trennung der DDR-Kirchen von der westdeutschen EKD beginnen.

Am Anfang dieser sehr hoffnungsvollen Zeit, die in ihrer strategischen Bedeutung vielleicht erst

eine spätere Generation richtig würdigen wird, stand die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik (BEK). Mit dieser klugen kirchenpolitischen Wende (die diesen Namen wirklich einmal verdient) konnte der DDR-Staat erstmals sicher sein, daß Christen und ihre religiösen Gemeinschaften ihr Leben auf der Grundlage der Verfassung dieses Staates organisierten, jedenfalls nicht grundsätzlich ihr Glaubensleben in einer verfassungsfeindlichen Stoßrichtung wahrnehmen würden. Das bildete die Grundvoraussetzung für den Beginn eines vertrauensbildenden Miteinanders von Christen und Nichtchristen des Landes. Damit will ich die Lage nicht schönreden, denn zweifellos war eine fortgesetzte innere geheimdienstliche Ausspähung in den Augen des Staates nötig, weil sich unter dem Dach dieser vielgestaltigen Kirche die verschiedensten Geister versammelten und das Spektrum kirchlichen Agierens von den bewundernswürdigsten bis zu manchmal merkwürdigsten Aktivitäten reichte.

Aber immerhin: Es gab offizielle Zusagen für die kirchliche Seelsorge auch in staatlichen Krankenhäusern, es gab Genehmigungen für den Neubau von Gemeindezentren in sozialistischen Wohnquartieren, es gab Sendezeiten für einen Kirchenfunk bei Radio DDR und beim Fernsehen, und es gab sogar die Einrichtung eines besonderen Wehrersatzdienstes, um christliche Wehrpflichtige durch den Einsatz bei der „Spatentruppe“ von Gewissenskonflikten zu entlasten. Wer aus religiöser Überzeugung keine Waffe anfassen wollte, mußte dies also fortan nicht mehr tun.

Von Kirchenfeindlichkeit der DDR zu sprechen war nach den mutigen Schritten realistischer Kirchenführer im abflauenden Kalten Krieg zu Beginn der 70er Jahre bereits zur westlichen Propagandahülse verkommen, die wohl ihre leicht nachlassenden, aber immer noch bedauerlichen Wirkungen in einer manipulierten Bevölkerung entfaltete, aber die Sache selber schon nicht mehr traf. Namhafte Vertreter des BEK sprachen nach tiefgründigen Erörterungen in einzelnen Synoden gar von der Kirche im Sozialismus als einer **Lerngemeinschaft** – ein bis dato unerhörtes Wort im kirchlichen Raum, war doch die Kirche nach ihrem traditionellen Verständnis schon immer vor allem eine **Lehrgemeinschaft** gewesen! Und tatsächlich hatten einzelne Pfarrer und mehrere Kirchgemeinden zuerst zaghaft und mit der Zeit immer herzhafter versucht, als Christen und Gemeinden in einer sozialistischen Gesellschaft zu leben und ihren Platz bei den werktätigen Menschen zu finden: einige Prediger zugleich als Arbeiter in sozialistischen Großbetrieben, einige Kirchgemeinden oder Gemeindegruppen als korporative Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz, einige Pfarrer als Entwicklungshelfer der Gossner Mission usw. Natürlich kann hierbei nur von Anfängen die Rede sein. Diese kleinen Pflänzchen konnten nur gedeihen in einem Klima stetiger Lernbereitschaft auf beiden Seiten – und die war immer einmal bedroht durch inneres Fehlverhalten oder auch durch äußere Störungen, die durch die gleichwohl nicht abbildenden Systemauseinandersetzungen zwischen West und Ost eintraten.

Anfang der 80er Jahre glitt dann das Staat-Kirche-

Verhältnis wieder in eine kritische Phase über, die zwar nicht mehr jene Zuspitzungen der 50er Jahre annahm, sie jedoch in ihrer untergründigen Erschütterung bei weitem übertraf. Grund dafür war die zunehmende Handlungsunfähigkeit der SED-Spitze, die ihre Ursache vor allem in wachsenden ökonomischen Problemen hatte, die bereits von anderer Seite dargestellt wurden. Nicht zu unterschätzen ist freilich das breitgestreute Irritationspotential, das von den Neuerungen Gorbatschows ausging und – ungehindert durch eine wirksame eigene Gegenstrategie der SED-Führung – tief in die sozialistische Parteibasis hineinwirkte. Daß Gorbatschows Friedensrhetorik auch in fortschrittlichen kirchlichen Kreisen ihr Echo fand, war überaus verständlich. Daß er mit seinem Glasnost- und Perestroika-Feuerwerk auch Glanz in die Augen von konservativen und traditionalistischen Kreisen (die in den Kirchen weiterhin die Mehrheit stellten) zauberte, war jedoch ein beängstigendes Anzeichen für all jene, denen eine Weiterentwicklung des Sozialismus, aber nicht seine Abschaffung am Herzen lag.

Eine andere Merkwürdigkeit innerhalb der evangelischen Kirche war das Heraufkommen solcher Führungspersönlichkeiten wie des thüringischen Bischofs Werner Leich, der nicht nur seiner Landeskirche mit dem Abbruch des sogenannten „Thüringer Weges“ eine Hinwendung zu konservativ-kirchlicher Selbstgenügsamkeit bei gleichzeitiger Distanzierung gegenüber allem Sozialistischen verordnete, sondern als Leitender Bischof des Kirchenbundes in unangekränktem Sendungsbewußtsein den führenden Personen des DDR-Staates mit Forderungen politischen Inhalts gegenübertrat, die mittlerweile in aller Munde, auch im Munde westlicher „Sozialismus-Reformer“, waren. Leich, ein gebürtiger Thüringer, sozialisiert durch HJ und Napola-Schule, 1945 noch Fahnenjunker „für Deutschland“, ausgebildet an westdeutschen Hochschulen und dort wiederum in der schlagenden Verbindung Hasso Borussia beheimatet, an seiner Uni nach eigenem Bekunden „linke Ansätze abwehrend“, kam zurück in die DDR, um hier der Kirche auf seine Weise zu dienen. Auch innerkirchlich ist er seiner Jugendmotivation treu geblieben und hat „linke Ansätze“ behindert, wo immer es ging: durch seine Personalpolitik, durch Vortrags- und Visitationstätigkeit, durch Förderung ihm genehmer und Verhinderung ihm suspekter kirchlicher Aktivitäten. Er war es schließlich auch, der als einziger ostdeutscher Oberhirte am Tag des „Beitritts“ am 3. Oktober 1990 ein nationales Glockenläuten empfahl – gegen den Protest DDR-bewußter Erneuerer in den Gemeinden, die einen besseren Sozialismus wollten, aber keinen Anschluß an die BRD. Schon in der Mitte des Jahres 1990, als noch die DDR-Verfassung geltendes Recht war, hat er bei einer Zusammenkunft von Kirchenvertretern im bundesdeutschen Kloster Loccum den DDR-Kirchenbund BEK als aufgelöst erklärt und das Wiederaufleben der EKD als organisatorisches Dach auch für die zu diesem Zeitpunkt noch existierenden DDR-Kirchen proklamiert. „Kirchenfeindlichkeit der DDR“? Treffender sollte man von einer tiefsitzenden „DDR-Feindlichkeit“ der Kirchen sprechen.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (8)

Der durstige Pauli

Die Entwicklung des Lebensstandard wurde zunächst hintenangestellt. Wir hofften, nach einigen Jahren des Verzichts und großer Anstrengungen letztlich schneller ans Ziel zu kommen. Aber damit war verbunden, daß die Fortschritte, die wir 1949 bis 1951 erzielt hatten, und durch die das Leben erträglicher geworden war, wieder infrage gestellt wurden. Die Bereitwilligkeit, uns zu unterstützen, bröckelte ab.

Hinzu kam, daß in den meisten Betrieben nicht allein durch die als Reparationsleistungen erfolgten Demontagen Maschinen fehlten, sondern auch die technologischen Unterlagen für eine Friedensproduktion. Es war ja keine allmähliche, gut geleitete Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion erfolgt – die erstere war abgebrochen, die Fachleute, Wehrwirtschaftsführer, erfahrene Ingenieure hatten sich nach dem Westen abgesetzt. Die Arbeiter mußten erst lernen, daß auch sie Eigentümer der Betriebe waren und was das bedeutete. Es fiel ihnen schwerer als den Bauern. Diese hatten selbst das Land der Gutsbesitzer aufgeteilt, sie besaßen jetzt ihre kleinen Höfe. Industriebetriebe kann man nicht aufteilen. Das Leben in ihnen veränderte sich nicht sichtbar. Vielmehr hatte sich eher alles zum Schlechten gewandelt. Der Alltag war härter als vor dem Krieg, der Reallohn der Arbeiter erreichte Anfang der 50er Jahre nur etwas mehr als die Hälfte des Vorkriegsstandes. Daß das nicht an den Kommunisten lag, nicht daran, daß der Betrieb nun volkseigen war, sondern daß sich die SED gezwungen sah, aus Ruinen eine neue Gesellschaft aufzubauen, konnten und mochten viele nicht verstehen, hätten sie dann doch auch ihre Mitverantwortung eingestehen müssen.

Weit verbreitet war unter den Arbeitern die in vielen Jahrzehnten gewachsene Erfahrung, man müsse seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen. Wegen der mangelhaften Arbeitsorganisation und der häufigen Produktionsstockungen – Folgen des Materialmangels, und weil die Leiter, deren Autorität gering war, ihre Aufgaben noch nicht recht beherrschten – erwies es sich als leicht, mit allen möglichen Tricks mehr Zeit als nötig für einen Arbeitsgang zu „errechnen“. Die Verordnung, die Arbeitsnormen um mindestens 10 % zu erhöhen, war ökonomisch völlig begründet. Aber in der Praxis verhielt es sich wie mit der Kuh, welche ertrank, obwohl das Wasser im Durchschnitt nur 60 Zentimeter tief war. Für manche, so für die Frauen in der Textilindustrie oder für Bauarbeiter, bedeutete die Normerhöhung eine Minderung des Lohnes, die sie durch Leistungssteigerung nicht wettmachen konnten.

Ich hatte mir genau angesehen, wie es sich mit Leistung und Lohn in der mechanischen Werkstatt verhielt: Der beste Mann, der die kompliziertesten Arbeiten verrichtete, war der Genosse Pauli. Er schrieb, wie es hieß, 120 Minuten für die Stunde, verrechnete also eine Normerfüllung von 200 %. Begünstigt wurde das durch Desorganisation und eine gewisse An-

archie sowie die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Werkdirektors. Der zweitbeste Mann schrieb vielleicht 110 Minuten für die Stunde, und so hinunter bis zum angelernten Bohrer, dem 75 Minuten zugebilligt wurden. Dabei blieb es, und diese Einteilung entsprach sehr genau Können und Leistung der Dreher, Fräser und Bohrer – jedenfalls besser als die niemals stimmenden Normen.

Genosse Pauli war leider immer betrunken. Das hinderte ihn nicht, den ganzen Tag intensiv zu arbeiten. War er sehr betrunken, gab er seiner Karusseldrehbank wohl auch mal einen Fußtritt: „Will heute nich richtig loofen, dett Aas!“

Eines Morgens rief mich der Leiter unseres Polizeireviers an, er wolle mich sprechen. Es war nicht weit, ich ging hin. Ich kannte den Genossen von Beratungen in der Kreisleitung, er hatte in Sachsenhausen gesessen. Jetzt leitete er das Revier so, wie das ein Kommunist in der Übergangsperiode tun mußte. „Arbeitet bei Euch ein Genosse Pauli?“ „Ja, ist ein guter Dreher, leider säuft er.“ „Ja, leider. Er sitzt hier. Ich hab’s noch nicht ins Wachbuch eingetragen. Wenn er sich entschuldigt und es nicht wieder tut, laß ich ihn laufen. Sonst muß er brummen.“

Die Sache war ernst. Pauli hatte sich nach Feierabend frisch betrunken und war durch die Straßen von Johannisthal gezogen. In einer Kellerwohnung brannte noch Licht. Dort arbeitete, wegen des Sommerabends bei offenem Fenster, ein Schuster. Pauli hatte ein Gespräch gesucht, aber der Schuster verspürte keine Lust, sich mit dem Besoffenen zu unterhalten. Da hatte ihm Pauli auf seinen Arbeitstisch gepinkelt. Der Schuster raus aus seiner Werkstatt, es kommt zu einer Prügelei. Ruhegebrüll der aufgestörten Hausbewohner. Ein Volkspolizist erscheint, will Pauli abführen. Der haut nun auf den Uniformierten. Angriff auf einen Volkspolizisten! Widerstand gegen die Staatsgewalt! Die Autorität des gerade erst gegründeten Staates war schwach, wurde täglich vom Westen attackiert. Wir sahen uns gezwungen, harte Strafen zu verhängen. Das war keine Sache für Konfliktkommissionen, die es damals noch gar nicht gab!

Pauli drohte schwere Strafe. Aber der Genosse Reviervorsteher sah die Sache richtig, nachdem ich ihm erzählt hatte, was der

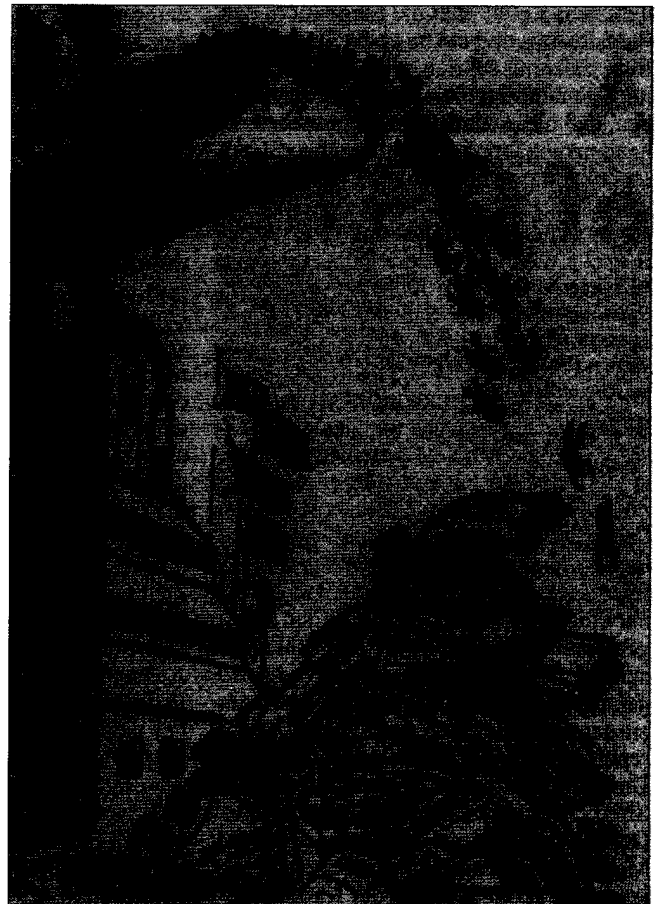
Mann für einen war. Kein verkappter Nazi, der unter der Maske des Alkoholisierten Polizisten angriff. So konnte ich Pauli mitnehmen. Er zog mit mir los, ausgenüchert, zerknirscht. Schwor, nie wieder zu saufen, versprach, sich bei dem Schuster zu entschuldigen. Ein neues Leben werde er anfangen. „Kannste mir glooben!“ Seine Kollegen glaubten ihm nicht. „Der hat zu Hause nicht mal ‘n Bette. Hat alles versoffen. Die penn’ auf ‘n Fußboden!“

Am nächsten Tag rief mich der Reviervorsteher abermals an. Pauli war wieder da. „Warum denn nun?“ „Er hat sich gestern Abend bei dem Schuster entschuldigt. Dann haben sich die beiden zusammen besoffen und so krakeelt, daß die Leute die Streife rufen mußten. Dann haben sie zusammen die Streife vermöbelt. Ich hab’s noch nicht ins Wachbuch eingetragen ...“

Eine Strafe blieb Pauli auch diesmal erspart. Kurze Zeit später aber wechselte er in den Nachbarbetrieb, ins Motorenwerk Johannisthal. Dort soff er weiter, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Schade um den guten Arbeiter! Zuviel Alkohol hat leider schon manchen tüchtigen Mann kaputt gemacht.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 8. Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999, entnommen.)



Wie die Kapitalisten mit den Menschen arbeiten

Zu Lenins Diagnose

Angesichts der derzeitigen Machtfülle des Imperialismus entsteht zunächst der Eindruck versponnenen Wunschenkens, wenn man von Fäulnis und Niedergang des kapitalistischen Systems redet. Und doch hat eine solche Sicht mehr denn je ihre wissenschaftliche Basis. Aus gutem Grund wird deshalb die Diskussion über Lenins Werk „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ erneut mit aller prinzipiellen Schärfe geführt. In der Auseinandersetzung mit dem von der Bourgeoisie gestifteten Begriff „Globalisierung“ – einer Art Zauberformel, die die weltweite Unabänderlichkeit und ewige Stabilität des kapitalistischen Systems vortäuschen soll –, erweist sich Lenins Analyse als nach wie vor unverzichtbarer Kompaß, als Schlüssel zur Erkenntnis. In letzter Zeit sind interessante marxistische Arbeiten zu dieser Thematik erschienen. Sie bestätigen – von Ausnahmen abgesehen – Lenins Definition zum „Platz des Imperialismus in der Geschichte“.

Es handelt sich dabei keineswegs um stereotype „Untergangswissagungen“, die „unbelehrbare Alt-Marxisten gebetsmühlenartig herrunterrasseln“, wie bürgerliche und pseudosozialistische Ideologen behaupten. Der Methode des historischen Materialismus entspricht es, daß sich diese Untersuchungen auf die ökonomische Verfaßtheit des Systems und dessen daraus abgeleitete Politik konzentrieren. Zu dem, was Lenin über die Stagnation, den Parasitismus und die morbide Fäulnis des Imperialismus schrieb, wird weniger Stellung genommen. Ist also davon auszugehen, daß diese Merkmale nicht mehr vorhanden oder ihre Verwendung theoretisch nicht länger vertretbar sind?

Das ist ganz sicher nicht der Fall. Schon ein etwas schärferer Blick auf die kapitalistische Welt von heute offenbart, daß die bisherigen Kriterien nicht nur weiterhin gültig sind, sondern daß sich die Tendenzen des Niedergangs sogar extrem zuspitzen. Die Realität bestätigt nicht nur Lenins komplexe Durchdringung der Materie, die Richtigkeit seiner „Diagnose“, sondern auch seine geniale Voraussicht. Die Fäulnistendenz und der Parasitismus entspringen objektiv den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und sind nicht voluntaristisch aus der Welt zu schaffen. Es ist sehr aufschlußreich, daß gerade auch nichtmarxistische Autoren den heutigen Kapitalismus in dieser Hinsicht einer äußerst präzisen Kritik unterziehen. So gelangt beispielsweise U. Enzensberger zu der ernüchternden Feststellung: „Wir repräsentieren ein verfallendes System.“ Und dieser Mann hat mit Lenin wenig im Sinn! Die durchdringende Zersetzung der Gesellschaft und die selbst den früheren Monopolkapitalismus in den Schatten stellende Ultrakonzentration des Kapitals haben bisher nicht gekannte und noch vor

zwei Jahrzehnten unvorstellbare Dimensionen angenommen. Sie sind gewissermaßen in alle Poren des Systems eingedrungen und drohen letztlich den Menschen selbst zu zerstören. Das ist bereits Barbarei, vor der nur der Sozialismus die Menschheit retten kann. Die detaillierte Darstellung ihrer konkreten Erscheinungsformen würde den Rahmen eines RF-Artikels sprengen. Es sei deshalb nachfolgend nur auf einige der markantesten Symptome eingegangen.

Ist es nicht Ausdruck von Fäulnis und Parasitentum, wenn der ganze Wohlstandsmythos der sogenannten Postmoderne, wie die Ideologen der Bourgeoisie die derzeitige Verfallsphase des Imperialismus liebevoll umschreiben, auf einem einzigen gewaltigen Betrug beruht? Den Menschen in den Metropolen wird eine „neue Gerechtigkeit“ vorgegaukelt, während man der Bevölkerung in den Ländern der „Dritten Welt“ suggeriert, sie könne durch die neuen Technologien ökonomisch „gleichziehen“, obwohl völlig klar ist, daß sie auf der Bahn der „Globalisierung“ ihre wirkliche soziale Emanzipation nie erreichen wird. Schon Lenin sprach davon, daß „die Welt in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten ist“. Erleben wir diesen Zustand inzwischen nicht in höchster Potenz? Ist die „Ohnmacht der Mächtigen“, gerade erst in Gestalt ihrer monströsen „Gipfel“ demonstriert, nicht Ausdruck dessen, daß der Kapitalismus zu einem nicht mehr steuer- und beherrschbaren Mechanismus geworden ist – unfähig, seine eigenen und die großen Weltprobleme zu lösen?

Nach Fäulnis riecht es auch, wenn der internationale Kapitaltransfer fast nur noch spekulativen Charakter annimmt. Waren 1970 noch rund 90 % der Kapital-Transaktionen reale Investitionen, also Kapitalexport, so sind 1990 nicht weniger als 90 % Umschichtungen ausschließlich spekulativer Natur. An den Börsen werden Billionen fiktiv bewegt, gewonnen und verloren, ohne daß ein einziger Dollar Produktion dahinter steht! Börsenjobber und ihresgleichen führen ein pompöses Leben, solange die Spekulation funktioniert. In New York, in Frankfurt am Main und an anderen Orten erfolgt die große Umverteilung der Vermögen und die pauschale Enteignung der kleinen Aktionäre. Man denke nur an den Telekom-Aktienschwindel! Ist es nicht so, daß pures Parasitentum ein kolossales Ausmaß angenommen hat und zur kapitalistischen „Normalität“ geworden ist? Dabei werden offen kriminelle Kanäle genutzt. Geldwäsche, Bestechung und Steuerhinterziehung gehören mehr denn je zur gängigen Praxis der Geschäftswelt. Phantastisch anmutende Einkommen – man denke nur an Fußballprofis und Berufspolitiker der etablierten Parteien – entziehen sich jedem Maßstab.

Ist es nicht so, daß der Mensch, seine sozialen Beziehungen, sein Umfeld immer nachhaltiger und brutaler der Zerstörung ausgesetzt sind? Perspektivlosigkeit, Verschuldung, Drogenabhängigkeit, hohe Selbstmordraten, eine unvorstellbare Zahl psychischer Defekte, Gewaltkriminalität usw. – alles boomt im Kapitalismus. Angst geht um. Soziale Kälte macht sich breit. Hinter der schillernden Fassade eines überfließenden und weithin überflüssigen Konsumangebots ohne entsprechende Massenkaufkraft zeigen sich gesellschaftliche Erschöpfungssymptome und Anzeichen beginnender Agonie. Die Jagd nach dem absoluten „Kick“ und groteske „Fan-Manien“ dienen als Werteersatz.

Erschreckend ist das Ausmaß der Manipulation des Menschen. Desinformationsmedien und dekadenter Kulturbetrieb, die zu den größten Profitjägern unserer Zeit gehören, üben eine regelrechte Diktatur über das Bewußtsein der Menschheit aus. Dieses drastische Bild mag dem Leser überzogen erscheinen, spiegelt aber den heutigen Zustand des Kapitalismus, sein zynisches, menschenverachtendes Wesen wider. Man kann diesen Zustand nur als Fäulnis diagnostizieren.

All das führt natürlich auch zu negativen Einflüssen auf das Proletariat. Lenin wies darauf hin, daß parasitärer, verfallender Kapitalismus auf die zwei Hauptströme der Arbeiterbewegung – die revisionistische und die revolutionäre Tendenz – einwirkt. Durch die Schaffung einer sozial korruptierten Schicht der Arbeiteraristokratie wird die Klasse gespalten, das Klassenbewußtsein der Proletarier gezielt untergraben und das revolutionäre Potential unter ihnen bei vorbedachtem Verzicht der Bourgeoisie auf einen Teil des Profits systematisch geschwächt. Lenin schlußfolgert, daß sich der Kapitalismus „lange halten kann, wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte“. Genau diese Situation ist in der BRD eingetreten. Erscheint es da nicht erforderlich, im Rahmen der „Imperialismus-Diskussion“ gerade der verheerenden Rolle des Sozialdemokratismus größere Aufmerksamkeit zu schenken? Ohne die verstärkte Auseinandersetzung mit dem Opportunismus in der Arbeiterbewegung wird die Arbeiterklasse ihre Mission als geschichtliches Subjekt nicht erfüllen können.

Unser Ziel muß es sein, besonders der jungen Generation fundierte marxistische Antworten auf ihre Fragen zu geben. Den Ausweg aus den „Barbarismen“ (H. H. Holz) des Imperialismus weist allein die nach wie vor gültige Alternative Sozialismus oder Barbarei. Sie ist prägnantester Ausdruck für die geschichtliche Herausforderung, vor der wir stehen.

Dieter Itzerott

Läßt sich der Sozialismus auf den Standards der BRD errichten?

Warnung vor Kaminträumen

Die stellvertretende Vorsitzende der DKP, Nina Hager, forderte am 3. März 2001 in ihrem Referat zur Programmdebatte, „sehr sorgsam an die Ausarbeitung der Sozialismus-Vorstellungen heranzugehen“. Sie fügte hinzu: „Wir entwickeln sie auf der Grundlage der Entwicklung in der Bundesrepublik, müssen die Geschichte und den internationalen Aspekt einbeziehen.“

Haben wir nicht die Pflicht, mehr als „Vorstellungen“ vom Sozialismus auszuarbeiten und statt ihrer einen Beitrag zur Wissenschaft vom Sozialismus zu leisten? Wissenschaft lebt von Thesen, Analysen, Schlußfolgerungen, aber kaum mit vagen „Vorstellungen“. Mir fehlt z. B. jede „Vorstellung“ von einem Sozialismus „auf der Grundlage der Entwicklung in der Bundesrepublik“. Die BRD ist ein imperialistischer Ausbeuterstaat, in dem es gegenwärtig keine organisierten sozialen Bewegungen und Klassenkräfte gibt, die in der Lage oder bereit wären, dem Imperialismus ernsthaft Paroli zu bieten oder gar eine revolutionäre Umwälzung zustande zu bringen.

Revolutionäre Ansätze finden sich eher in den – auch vom deutschen Kapital – unterdrückten Ländern. Daraus folgt die Notwendigkeit einer gründlichen Analyse der ökonomischen Lage und der Klassenbeziehungen in diesen, der Möglichkeiten zur Stärkung des anti-imperialistischen Widerstandspotentials. Es geht um die Verhinderung immer wieder auch von Deutschland

ausgehender konterrevolutionärer Aktionen. Denn jede Teilnahme an sogenannten friedensstiftenden Maßnahmen ist in Wirklichkeit Teilhabe an der internationalen Konterrevolution. Die Wissenschaft vom Sozialismus muß untersuchen: Wo sind die revolutionären Prozesse am weitesten vorangeschritten? Wo ist der Imperialismus am schwächsten, wo wollen die Völker die Herrschaft des Kapitals nicht länger ertragen, und wo können die Herrschenden ihre Macht nicht mehr mit den bisherigen Mitteln ausüben? Wie sind die realen ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Aufbau eines Sozialismus in diesen Ländern und schließlich in der Welt? Sie sind auf jeden Fall anders als in der BRD und weiteren hochentwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die Revolution siegen mußte, will sie sich weltweit und auf Dauer behaupten.

Traumhaft wäre es, einen Sozialismus auf den Standards (der jetzigen ökonomischen Basis und des durchschnittlichen Lebensniveaus) der BRD aufbauen zu können. Doch jede mir bekannte Imperialismus-Analyse – ob marxistisch oder nicht – schließt eine nationale Entwicklung zum Sozialismus auf der Grundlage der Bedingungen der BRD und vergleichbarer Staaten aus. Auch „Vorstellungen“ führen da nicht weiter.

Was würde denn Sozialismus in der Bundesrepublik bedeuten?

Nehmen wir einmal an, es gelänge, die Macht der eigenen Imperialisten ohne Zerstörung der materiellen Produktivkräfte zu brechen. Sozialismus in der BRD hieße dann doch, wäre er ernst gemeint, sofortiger Verzicht auf die Ausbeutung anderer Völker, unver-

züglicher gleichberechtigter Handel mit anderen Ländern. Die DDR hat sich strikt an diese Prinzipien gehalten und dafür einen niedrigeren eigenen Lebensstandard bewußt in Kauf genommen. Sozialismus in der BRD hieße auch „Ablieferung“ der „deutschen“ Betriebe trans- und multinationaler Konzerne an die ausgeplünderten Nationen. Die Herstellung völlig neuer ökonomischer Beziehungen, nachdem die meisten bisherigen Fäden gerissen sind, müßte in Angriff genommen werden.

Unter solchen Bedingungen echter Gleichheit sänke die Akkumulationsmasse wahrscheinlich auf weniger als ein Drittel des derzeitigen Standes. Die Umweltbelastungen, die bisher auf andere abgewälzt wurden, kehrten schlagartig zurück. Die Kosten für Stahl würden z. B. auf das Doppelte steigen, das Öl müßte zum tatsächlichen Wert bezahlt werden, die Bananen kosteten vielleicht das Acht- oder Zehnfache. Könnte sich das Volk in der BRD überhaupt noch selbständig ernähren, bevor eine neue internationale sozialistische Arbeitsteilung aufgebaut ist?

Und was passiert mit der riesigen Zahl unter sozialistischen Bedingungen völlig überflüssiger Leute: mit dem Heer aus Versicherungsagenten, Anlageberatern, Börsenjobbern, Konzernanwälten usw., von medialen Volksverdummern, Playboys und Partylöwen ganz abgesehen? Ein Horrorszenerium?

Die von manchen bevorzugte Darstellung, der Ausgangspunkt für die Oktoberrevolution sei extrem ungünstig gewesen und es habe deswegen schier unlösbare Probleme gegeben – die Umwälzung habe also im „falschen Land“ stattgefunden – erzeugt die Illusion, daß es nach der sozialistischen Revolution in hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie der BRD günstigere, gewissermaßen ideale Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus geben könnte. Das trifft gewiß unter einigen Aspekten zu. Im Ganzen aber dürfte es sich kaum so verhalten.

Deshalb mein Rat: Genossen, kehrt auf den Teppich zurück! Eine Sozialismus-Vorstel-

lung im Sinne von Bisky, reduziert auf die Entwicklung eines freien Menschen in einer freien Gesellschaft, ist reine Kaminträumerei, solange nicht die materiellen Grundlagen für den Sozialismus, für Demokratie und Recht geschaffen sind. Die Befreiung des Einzelnen hierzulande bedingt auch die Schaffung der für den Sozialismus adäquaten internationalen Arbeitsteilung. Denn wer andere unterdrückt, kann bekanntlich selbst nicht frei sein. Die Schaffung dieser Arbeitsteilung aber ist eine ungeheuer schwere, mit vielen Opfern und eigenen Einbußen verbundene, langwierige Aufgabe, deren Periode, wie die Geschichte zeigt, nicht zu überspringen ist. Wer das verschweigt, schreckt in Wirklichkeit vor der Revolution zurück, glaubt an den „friedlichen Weg“ zum Sozialismus.

Es scheint ein Hauptmangel der durch Nina Hager auf der erwähnten Konferenz einmal mehr verfochtenen „Sozialismus-Vorstellungen“ der DKP zu sein, daß sie sich einseitig (und keineswegs immer wissenschaftlich exakt) mit dem Überbau, mit den geistigen Prozessen, mit Staat, Demokratie und Recht befassen (was natürlich auch notwendig ist), aber die materiellen Grundlagen und deren Schaffung in der für den Sozialismus geeigneten Form vernachlässigen. Die objektive Dialektik zwischen den materiellen Fundamenten, der Produktion, den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Überbau muß sich auch im marxistischen Denken über die Widersprüche des Sozialismus ausdrücken. Die naive Vorstellung, auf der heutigen Produktionsbasis der BRD einen funktionsfähigen Sozialismus aufbauen zu können, der gewissermaßen das kapitalistische in gesellschaftliches Eigentum überführt und dann „nur noch“ den Überbau verändert, ist eine schädliche Illusion. Solche Theorien führen letztlich zu einem „Sozialismus in den Farben der BRD“ – jener nationalistischen Tendenz, die im Falle der DDR zur Niederlage der sozialistischen Revolution beigetragen hat.

Norbert Pauligk



Was die Drahtzieher von TREVI im Schilde führen

Wer ist gewaltbereit?

Einen Monat vor dem G8-Gipfel von Genua fand in der katalanischen Hauptstadt Barcelona eine Tagung der Weltbank statt. Gegen sie demonstrierten Tausende. Am Rande der Manifestation wurden auch die Scheiben einiger Banken eingeworfen, was der Polizei den Vorwand zu massiven Angriffen auf die Demonstranten lieferte: Ein inzwischen durchaus „normaler“ Ablauf der Ereignisse. Überraschungen lösten allerdings die abendlichen Bilder des staatlichen Fernsehens aus. Man sah dort mit schwarzen oder katalanischen Tüchern maskierte „Militantes“, z. T. noch mit Steinen in der Hand, an der Seite der Einsatzkräfte. Sie gaben taktische Anweisungen und deuteten auf festzunehmende Personen. Undercover Agents oder agents-provocateurs nennt man die Beteiligten einer solchen Maskerade. Auf die Empörung, die dieses Vorgehen bis in bürgerliche Kreise hinein auslöste, antwortete das spanische Justizministerium mit dem nüchternen Hinweis, das polizeiliche Handeln sei „notwendig und gerechtfertigt“ gewesen.

Doch auch die Repression in Göteborg, wo von den „Ordnungshütern“ auf unbewaffnete Demonstranten geschossen wurde, der Polizeiterror in Prag sowie die nach den Mustern der psychologischen Kriegführung vor Genua einsetzende Hetze gegen die Protestbewegung lassen eine gemeinsame Strategie der europäischen und USA-Staatsschutzorgane erkennen. Das kontinuierliche Anwachsen der antiimperialistischen Kräfte machte aus der Sicht der Herrschenden einen harten, demobilisierenden oder das Protestpotential spaltenden Schlag erforderlich.

Genua eignete sich für ein Exempel besonders gut. Dafür bot sich nicht nur die mit Finis Faschisten beladene neue Berlusconi-Regierung an, sondern auch die Tatsache, daß der italienische Polizei- und Geheimdienstapparat über besonders große Erfahrungen mit jener „Strategie der Spannung“ genannten blutigen Provokationslinie verfügt, wie sie bei den Bombenanschlägen vor dem Genuaer Treffen erneut praktiziert wurde. Hinzu kamen das NATO-kontrollierte zentrale Kommando über diesen Repressionsapparat sowie dessen Rückgriff auf erprobte faschistische Terrorgruppen. Das Ziel: Zerschlagung eines großen Teils der Bewegung, ihre Spaltung in „Friedliche“ und „Gewalttätige“ mit anschließender Eingliederung der „Guten“ in ein reformistisches Projekt bei gleichzeitiger Isolierung, Einkreisung und Ausschaltung der „Bösen“. Bei diesen handelte es sich – von kleinen Minderheiten abgesehen – keineswegs um „anarchistische Gewalttäter“. Der ermordete Carlo Giuliani war z. B. Jungkommunist!

Das Vorgehen der Polizei des Gegners in Seattle, Göteborg, Prag, Barcelona und Genua mag jene überraschen, die noch in Illusionen über die „zivilisatorischen Errungenschaften“ des Imperialismus gefangen sind.

Neu ist diese Gewaltbereitschaft mit faschistischer Beimischung jedoch nicht. In den 70er und 80er Jahren betraf sie die antiimperialistische Bewegung in der BRD, Italien, Nordirland und Spanien sowie Teile der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung und Hausbesetzer von Norwegen bis Madrid. Zu den Methoden zählten die Folter bei erkennungsdienstlicher Behandlung, die Verschleppung von gefesselten und mit Kapuzen blind gemachten Gefangenen an unbekannte Orte, Scheinhinrichtungen, Drohung mit Vergewaltigung usw. Anklagen wurden konstruiert oder frei erfunden und führten zu langjährigen Gefängnisstrafen. Bei einer Demonstration gegen das AKW Brokdorf wurden in etlichen Fällen gezielt Arme, Schulterblätter und Schlüsselbeine mit Knüppeln zerschlagen. Auf dem Gelände dieses AKW beobachtete die örtliche Bürgerinitiative britische Armeespezialisten für Counter-Insurgency (Aufstandsbekämpfung) unter Bundeswehr- und Polizeioffizieren ... In dem Maß, in dem sich in den Metropolen der Widerstand entwickelt, so hieß es, kehren die früher den Kolonien vorbehaltenen Unterdrückungsmethoden nach Europa zurück.

Programmatisch hat sich der notorische Vordenker des USA-Imperialismus und ehemalige Chefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bereits vor drei Jahrzehnten mit Blick auf die innere Opposition gegen den Vietnamkrieg geäußert: „Gewalt muß nicht nur angewandt werden, um die revolutionären Oberflächenerscheinungen zu beseitigen, sondern auch um sicherzustellen, daß die revolutionären Kräfte sich nicht wieder unter derselben Führung versammeln. Wenn diese Führung nicht liquidiert werden kann, so kann sie doch aus dem Land vertrieben werden.“

Um einen solchen „verdeckten Krieg an der inneren Front“, der mit der Erschießung von Black Panthers und gegen den Krieg protestierenden Studenten in Kent/Ohio praktiziert wurde, auch außerhalb der USA führen zu können, schuf die NATO Anfang der 70er Jahre einen Sonderstab, das „Action Committee 46“. Seine Aufgabe ist die „Abstimmung von Maßnahmen der inneren Sicherheit“ sowie „Erfahrungs- und Informationsaustausch über radikale Gruppen, die sich gegen die Interessen des Bündnisses richten“. Die strategische Leitung und Kontrolle haben die Geheimdienstchefs der NATO-Mitgliedsstaaten. Die Wirkungen der Arbeit dieses Stabes waren von Beginn an vielfältig: Infiltrationsversuche, Provokationen, Ein- und Ausreiseverbote für „Mitglieder radikaler Gruppen“, Verhaftungen und Ausweisungen wegen „Gefährdung der inneren Sicherheit“ des Aufenthaltslandes, Observationen in Urlaubsländern sowie die zunehmende Präsenz offen und verdeckt arbeitender Agenten in anderen NATO-Staaten. Mit dem Fortschritt der Kommunikationstechnik und des Info-

mationsaustausches sind diese Möglichkeiten enorm gewachsen.

Eine eigene Abteilung mit der Bezeichnung „TREVI“ (Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence = Gewalt) ist mit der ständigen Sammlung und Auswertung von Informationen befaßt und gibt Wichtiges direkt an die Geheimdienste der betroffenen Mitgliedsstaaten weiter. Zudem haben die EU-Innenminister eine regelmäßige und sehr enge Kooperation auf höchster Ebene sowie im operativen Bereich institutionalisiert.

Es sind diese Organe, von denen nach den vorangegangenen Protesten der bürgerkriegsmäßige Schlag von Genua samt „flankierenden Maßnahmen“ an den Grenzen und in ganz Europa beschlossen wurde. (Wenn Herr Schily mit seiner Sachkunde auf dem Gebiet der Aufstandsbekämpfung aus seiner Arbeit als einstiger RAF-Anwalt nun eine „Europolizei“ gegen Demonstranten anpeilt, dann geht es ihm dabei nur um die Legalisierung dessen, was vor allem bei verdeckten Einsätzen schon lange Staatsschutzpraxis ist.) Die Tatsache, daß Berlusconi mit seinen faschistischen und rassistischen Ministern bei der Operation an vorderster Front stand, diente also nur zur Verschleierung des Konsens aller beteiligten Regierungen zur brutalen Unterdrückung der „Antiglobalisierungsproteste“. Man will die Realität verdecken, daß die Gewaltbereitschaft des heute mit „Globalisierung“ umschriebenen Imperialismus keine Ausnahme, sondern die Regel ist, daß sie zum Wesen des Systems gehört. Das zu verhüllen, ist ein Hauptziel der herrschenden Klasse, ihrer Medien und ihrer reformistischen Hilfstruppen. Die Aktionen und Schläge richten sie gegen eine rasch wachsende und vielschichtige, aber noch junge Bewegung mit einem bisher relativ kleinen antiimperialistischen Kern.

Welche Schlüsse zieht diese Bewegung aus der Militarisierung der Auseinandersetzungen, und was können wir Kommunisten dort an Orientierungshilfe leisten? Über 1 000 Mitglieder der KP Griechenlands marschierten in Genua – mit der KKE-Generalsekretärin Aleka Papariga und Mitgliedern des Politbüros an der Spitze. Das ist ein Beispiel für andere. Der qualitativ neuen Kraft, die sich im Kampf gegen die weltweiten Pläne besonders des amerikanischen und des deutschen Imperialismus formiert, muß unsere ganze Aufmerksamkeit und kämpferische Solidarität gehören. Die Organisation der internationalen antiimperialistischen Front wird zu einer zentralen Aufgabe.

An der Bahnstrecke von Barcelona nach Genua ist in Port Bou Walter Benjamin begraben. Kurz bevor er sich auf der Flucht vor der Gestapo das Leben nahm, schrieb er: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmestand‘, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht.“

Werner Hoppe

Die „Mauer“ war ein sowjetisch-amerikanischer Kompromiß

Erinnerungen eines Berichterstatters

1961 war ein Jahr, in dem sich die widersprüchlichen Tendenzen im Imperialismus und in der Auseinandersetzung zwischen beiden Weltlagern mit neuen Konturen abzeichneten. Einerseits hatte der gerade gewählte Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, eine Verschärfung der weltpolitischen Aggressivität der USA eingeleitet: Vietnam-Direktive, Cuba-Invasion in der Schweinebucht, Raketenstationierung in der Türkei und Süditalien. Es war klar, daß die Sowjetunion eine solche Eskalation nicht ohne Gegenmaßnahmen hinnehmen würde. Die Installation sowjetischer Raketen in Cuba folgte. Die Weltmächte schlitterten am Rande eines Krieges entlang.

Andererseits gab es auch in den imperialistischen Staaten Widerstand gegen diese Strategie. Die von Pentagon und NATO betriebene gefährliche Politik des „kalkulierten Risikos“ fand den Widerspruch besonnener bürgerlicher Politiker. Die auf eine Erhaltung des friedlichen Status quo gerichtete Linie des USA-Senators Fulbright wurde im Juli-„RotFuchs“ durch Walter Florath ja bereits in Erinnerung gerufen. Noch weiter ging der stellvertretende Vorsitzende der Mehrheit im USA-Senat stellenden Demokraten, Hubert Humphrey, der sich im Juli 1961 bei einer englisch-amerikanischen Tagung zu Sicherheitsfragen auf dem Bürgenstock bei Luzern für eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa einsetzte – übrigens zusammen mit dem britischen Staatsminister Sir David Ormsby-Gore –, was eine Ausgliederung der Bundesrepublik aus der NATO bedeutet hätte und auf den heftigsten Widerstand Adenauers stieß. 1)

In diesem Klima steigender Spannungen und wachsenden Widerstands dagegen fand 1961 das Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und Ken-

nedy in Wien statt. Das anderthalb Jahre früher vorausgegangene Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und Eisenhower in Paris war ja auf Grund der Provokation des amerikanischen U-2-Spionagefluges über der Sowjetunion geplatzt. 2) Haupttagungsordnungspunkte in Wien waren die internationalen Spannungen, die Raketenstationierung, Südostasien; die Deutschlandfrage spielte nur eine nachgeordnete Rolle.

Ich zitiere aus meinem damaligen Bericht: „Das Deutschlandgespräch war an den Schluß gerückt worden und stellte in der Rangordnung des Treffens nur einen minderen Teil dar. Anderes war vordringlicher. Doch unter der Hand konnte man erfahren, daß einige neue Gedanken über die Deutschlandfrage aufgetaucht waren. ... Im Rahmen einer internationalen Abrüstung würde es zur Bildung militärisch verdünnter Zonen kommen. Eine solche Entspannungszone bedürfte einer hinreichenden vertraglichen Sicherung auf völkerrechtlicher Grundlage. In ein solches Vertragssystem würden dann aber die Bundesrepublik und die DDR gleichberechtigt als souveräne deutsche Staaten einbezogen werden müssen. ... Die deutsche Nachkriegsgeschichte hat ihre eigene Dynamik entwickelt, und es wäre riskant, dieser Dynamik ihren eigenen Lauf zu lassen. ... Chruschtschow hat auf eine Klärung der Lage in Berlin noch in diesem Jahr gedrängt. Kennedy hat die diesbezüglichen Vorstellungen seines Gesprächspartners zur Kenntnis genommen und in seinem großen Bericht gesagt, sie würden 'Gegenstand weiterer Erörterungen sein'. Diese Bemerkung war für Bonn wenig verheißungsvoll.“ 3)

Mehr konnte ich nicht andeuten; ich hatte von einem hochgestellten Diplomaten aus der Bot-

schaft eines neutralen Landes – der als Quelle natürlich nicht zitiert werden durfte – die Information bekommen, Chruschtschow habe auf eine Stabilisierung an der deutsch-deutschen Grenze und insbesondere in Berlin gedrängt und von Kennedy die Versicherung erhalten, daß die Amerikaner gegen Stabilisierungsmaßnahmen nicht intervenieren würden. Kennedys abschlägige Antwort auf den Appell Willy Brandts, des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, das „kalkulierte Risiko“ eines Eingreifens einzugehen, die Rolf Priemer in seinem Artikel in der UZ vom 13. Juli zitierte, bestätigte im Nachhinein diese Information.

Das Fazit: Die „Mauer“ war kein einseitiger provozierender „Unrechtsakt“ der DDR bzw. der Warschauer Vertragsstaaten, sondern ein von beiden weltpolitischen Konfliktparteien akzeptierter Kompromiß zur Bereinigung einer akuten Gefahrenstelle für den Frieden, den keiner wegen Berlin aufs Spiel setzen wollte. Alle Rhetorik („Ich bin ein Berliner!“) war diplomatische Vernebelung. Und alles weitere ist eine Geschichtslüge. **Prof. Dr. Hans Heinz Holz, San Abbondio/Schweiz (Exklusiv für „RotFuchs“)**

1) Ich berichtete damals in verschiedenen deutschen Publikationsorganen über diese Tagung. Siehe Deutsche Woche, 11. Jg, Nr. 29, 19. 7. 1961, S. 3, Neue Politik, 6. Jg., Nr. 29, 22. Juli 1961, S. 8

2) Ich habe an beiden Anlässen in Paris und Wien als Journalist teilgenommen und berichte daher aus eigener Anschauung.

3) Deutsche Woche, 11. Jg., Nr. 24, 14. Juni 1961, S. 1

Der Brand mußte rechtzeitig gelöscht werden

McNamara als Zeuge

Glücklicherweise ist Robert McNamara kein Ostdeutscher (und schon gar nicht PDS-Mitglied), sondern USA-Verteidigungsminister a. D. und Weltbankpräsident im Ruhestand. Wohl vor allem deshalb „überhörten“ bisher selbst die beißwütigsten Politiker und Journalisten seine in einer Fernsehsendung am Vorabend des „Mauerbau“-Gedenktages vorgenommene Einschätzung der damaligen internationalen Situation. Leider fand sie auch in den nachfolgenden Erklärungen führender PDS-Politiker kein Echo, und dem ND war sie ebensowenig eine Schlagzeile wert wie realistische Äußerungen einiger altbundesdeutscher Politprominenten zum Datum des 13. August 1961.

Herr McNamara brachte es allerdings besonders deutlich auf den Punkt, indem er die „Mauer“ schlichtweg als friedenssichernde bezeichnete. „Wir waren sehr, sehr dicht vor einem Krieg“, und die NATO hätte bei einer Konfrontation mit den Warschauer Vertragsstaaten „einen frühen Einsatz atomarer Waffen“ vorgesehen: „Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk Kernwaffen hätte eingesetzt sehen wollen. Es wäre Selbstmord gewesen.“

Vergleiche hinken bekanntlich, aber mir stand bei den Äußerungen des bekannten USA-Politikers, der in den Tagen des Vietnamkrieges zu den

scharfmacherischen „Falken“ zählte und im Alter politisch gereift ist, eine Jugenderfahrung vor Augen: Als damals fünfzehnjährige Dresdnerin kämpfte ich gemeinsam mit nur wenigen anderen Mietern inmitten des infernalischen Feuersturmes vom 13. Februar 1945 um den Erhalt zweier Häuser mit Wohnungen für etwa 20 Menschen. (Und wie sich danach herausstellte, hing von unserem Einsatz, unseren Entscheidungen letztlich das Schicksal Hunderter im gesamten Häuserkarree ab.) Da im benachbarten Druckereigebäude nicht nur riesige Papiermengen, sondern auch Lackkanister und andere hochbrennbare Flüssigkeiten buchstäblich in die Luft flogen, schien die Lage fast aussichtslos. Die feurige Lohe überschüttete nicht nur unsere Dächer mit sprühendem Funkenregen, sondern setzte auch die Holzrahmen der damals in den Dresdner Altbauten gebräuchlichen Doppelfenster in Brand und griff von ihnen – durch die geborstenen Scheiben hindurch – auf Gardinen und Möbel über. In dieser Situation sah ich keinen anderen Ausweg, als die schwelenden oder bereits brennenden Rahmen durch erbarmungslose „Fensterstürze“ konsequent zu eliminieren. Zweifellos trug meine Handlung zum Sieg über die Feuersbrunst bei. (Das Häuserkarree steht noch heute!) Allerdings wurde das Überwintern in jenen heizungsarmen

Zeiten dadurch nicht leichter, und es gab auch kritische Bemerkungen – bezeichnenderweise von jenen, die wenig oder nichts zur Rettung des gemeinsamen „Daches über dem Kopf“ beigetragen hatten.

Nach den Äußerungen McNamaras steht für mich mehr denn je außer Frage, daß die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und danach – trotz ihrer bitteren und teilweise tragischen Konsequenzen – für die Bewahrung des Weltfriedens unumgänglich waren. Deshalb sollten nicht die einstigen DDR-Verantwortlichen und die Angehörigen der Grenztruppen geschmäht, verfolgt und verurteilt werden, sondern jene, die über Jahrzehnte – auch unter bewußter Inkaufnahme von Todesopfern – auf vielfältige Weise immer wieder an dieser friedenssichernden Grenze zu zündeln versuchten.

Spätere Generationen werden jedenfalls gerechter urteilen als der unerträglich manipulierte heutige „Zeitgeist“, dem als Ostdeutscher zu widersprechen Mut erfordert. Aber Robert McNamara ist ja, wie gesagt, ein honorierter USA-Staatsbürger und darüberhinaus jeder Sympathie mit der verfeimten DDR unverdächtig. Ihm wird man den unpassenden „Ausrutscher“ wohl nachsehen.

Ursula Münch

Nochmals zur kolonialen Frage

Man könnte meinen, daß die hier behandelte Problematik nach der Zerstörung der Sowjetunion gegenstandslos geworden, höchstens noch von historischem Interesse sei. Doch es existieren nach wie vor sozialistische Staaten in Asien und Lateinamerika; überdies ist nicht auszuschließen, sondern vielmehr anzunehmen, daß der revolutionäre Weltprozeß weiterhin ähnliche Konstellationen hervorbringen wird, bei denen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und ökonomisch-technisch verschiedenem Niveau bestehen werden, wenn auch unter veränderten Bedingungen.

Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (19. 7. bis 7. 8. 1920) nahm die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der KI-Parteien zur nationalen und kolonialen Frage einen zentralen Platz ein. Im „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ begründete Lenin eine Reihe neuer strategischer Zielstellungen, die auch nach der erfolgreichen Konterrevolution der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts von Bedeutung bleiben. Er forderte eine Politik, „die das engste Bündnis aller nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen mit Sowjetrußland“ verwirklicht.

Der Kampf der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetmacht war in den Mittelpunkt der internationalen Politik gerückt – und blieb es auch bis zur Zerstörung der Sowjetunion. Lenin erkannte richtig, daß das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegung von der Erhaltung des Sowjetstaates abhing. Es gebe für diese Völker, „keine andere Rettung... als den Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus“, erklärte er. Sieben Jahrzehnte später sollte sich herausstellen, daß die volle Durchsetzung der neokolonialistischen Strategie des Imperialismus eng mit dem von den Gorbatschowisten betriebenen Niedergang und der schließlichen Zerstörung der Sowjetunion verbunden war. Die Aggressionskriege der USA und ihrer NATO-Verbündeten gegen Irak und Jugoslawien wären bei Existenz einer intakten Sowjetunion undenkbar gewesen. Mehr noch: Auf dem II. Komintern-Kongreß stellte Lenin klar: „Der Weltimperialismus muß fallen, sobald der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter in jedem Land... sich mit dem revolutionären Ansturm von Hunderten Millionen Menschen vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen und nur als ihr Objekt betrachtet wurden.“ (LW 31/220)

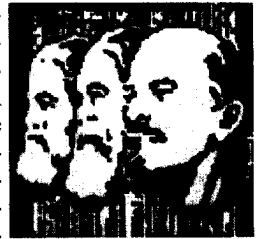
Unter Mißachtung dieser Leninschen Erkenntnis hat N. S. Chruschtschow das Zusammengehen mit der VR China, das unverzichtbare Bündnis mit der Hauptmacht der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung, aufgekündigt und es dem USA-Imperialismus ermöglicht, China gegen die Sowjetunion auszuspielen, was eine entscheidende Voraussetzung für die

Zerstörung des sozialistischen Weltsystems schuf. Die Auswirkungen dieser den Sozialismus untergrabenden Politik sind bis heute noch nicht vollständig analysiert und ausgewertet.

Das Bündnis zwischen Sowjetrußland und den nationalen Befreiungsbewegungen war zu einem Grundpfeiler Leninscher Politik geworden. Seine Formen entsprachen dem äußerst unterschiedlichen Entwicklungsstand der jeweiligen Länder und dem Reifegrad der kommunistischen bzw. bürgerlich-demokratischen Kräfte in ihnen. Allgemein verbindliche, abstrakte Schablonen für politische Verhaltensweisen gab es dazu nicht. Lenin forderte ein möglichst enges Zusammengehen der Kommunisten und Proletarier Westeuropas mit den revolutionären Befreiungsbewegungen in Asien wie in den Kolonien insgesamt. Für diese komplizierten Bündnisbeziehungen unterbreitete er einige Kriterien, die dem Differenzierungsprozeß unter den national-revolutionären Bewegungen Rechnung trugen. So sollten neben der Unterstützung revolutionär-demokratischer Kräfte, „reaktionäre und mittelalterliche Elemente“ bekämpft werden. Zu ihnen zählte damals der Panislamismus, der die Befreiungsbewegungen zur Stärkung der Positionen der Khans, Gutsbesitzer, Mullahs und anderer Vertreter des Feudalismus auszunutzen suchte. Es müsse deutlich zwischen „modernen“ nationalen Befreiungsbewegungen und Strömungen „mittelalterlichen Charakters“ unterschieden werden.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Asiens und Afrikas bestand aus Bauern. Daraus folgte die Erkenntnis, den Bauernbewegungen gegen die großen Landbesitzer, gegen alle feudalen Überreste zu helfen, einen revolutionären Charakter anzunehmen. Das Totschlagen verhaßter Gutsbesitzer war noch keine Revolution. Lenin warnte davor, den bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegungen einen „kommunistischen Anstrich“ zu geben. Das zeitweilige Bündnis der Parteien der KI mit der bürgerlichen Demokratie in den Kolonien und Halbkolonien dürfe nicht zu einer „Verschmelzung“ mit ihr führen. Die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung sei unbedingt zu wahren. Die Kommunisten müßten das betrügerische Bestreben imperialistischer Mächte enthüllen, scheinbar politisch unabhängige Staaten zu schaffen, die indes wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig in ihrer Abhängigkeit blieben. Letzteres gehörte zu den neuen Erscheinungsformen nach dem Ersten Weltkrieg und widerspiegelte eine Anpassung des Imperialismus an die veränderten Bedingungen in den Kolonien, wie sie sich im Gefolge der Oktoberrevolution herausbildeten. Lenin hatte hier schon die embryonale Form des Neokolonialismus erkannt, der nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems zur Grundstrategie

der imperialistischen Mächte gegenüber den ehemaligen Kolonien wurde: Formale politische Selbständigkeit bedeutet eben noch keine wirkliche Unabhängigkeit. In ihrer Mehrheit blieben die neuen Staaten in das imperialistische System ökonomisch eingebunden und politisch von ihm abhängig.



Zu den bislang unbekannten Erscheinungen gehörte auch das Bestreben der Imperialisten, unter den sich befreienden Völkern reformistische Bewegungen als Gegengewicht zur kommunistischen Weltbewegung zu schaffen. Bereits 1911 wies Lenin bei der Untersuchung der chinesischen Revolution auf das Bündnis zwischen der europäischen Bourgeoisie und der bürgerlichen Klasse des fernöstlichen Landes hin. Zwischen den Kapitalisten der imperialistischen und der kolonialen Länder vollzog sich eine „gewisse Annäherung“, die gegen die revolutionären Kräfte gerichtet war, ohne die Konkurrenz untereinander aufzuheben.

Bereits Marx und Engels stellten die Frage, ob die sich vom Kolonialismus befreienden Völker das kapitalistische Entwicklungsstadium durchlaufen müssen oder nicht. Lenin begründete die These, wonach die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittenen zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Stadium durchlaufen zu müssen. „Welche Mittel hierzu erforderlich sind, läßt sich nicht voraussagen. Das wird uns die praktische Erfahrung lehren.“ (LW 31/233) Das Beispiel der Mongolischen Volksrepublik, aber auch der in den 60er und 70er Jahren in einigen Ländern eingeschlagene „nichtkapitalistische Entwicklungsweg“ haben gewisse Erfahrungen vermittelt, die – auch wenn dieser Kurs aus verschiedenen Gründen keinen Erfolg brachte – bis heute noch nicht ausgewertet worden sind. Jedenfalls hatte Lenin einen solchen Prozeß schon vorausgesehen. Die sich eröffnenden Möglichkeiten wurden von ihm nicht im Sinne einer Gesetzmäßigkeit verstanden, worauf er in einer Notiz vom Januar 1923 ausdrücklich hinwies. Bei „allgemeiner Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in der gesamten Weltgeschichte“ seien „einzelne Etappen der Entwicklung, die eine Eigentümlichkeit entweder in der Form oder der Aufeinanderfolge der Entwicklung darstellen, keineswegs auszuschließen, sondern im Gegenteil anzunehmen“. (LW 33/463)

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin: *Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage.* LW 31/132–139

Branko Kitanovic, Generalsekretär der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens:

Kampf unter harten Konditionen

Genosse Kitanovic, was macht die NKPJ aus?

Unsere Partei ist im gesamten ehemaligen Jugoslawien organisiert. In Slowenien, Mazedonien und Jugoslawien wirkt sie legal, in Kroatien arbeiten wir in der Illegalität, auch in Bosnien wird unsere Partei nicht zugelassen, weil wir das von den Imperialisten diktierte Abkommen von Dayton nicht anerkennen. Eine fortschrittliche Gewerkschaft, die jetzt in den Weltgewerkschaftsbund eintreten wird, steht der NKPJ nahe. Auch der Bund progressiver Frauen und das Anti-NATO-Komitee. Wir haben kürzlich am Balkan treffen in Thessaloniki teilgenommen, unser Jugendverband SKOJ beteiligte sich an den 15. Weltfestspielen in Algerien.

In Belgrad befindet sich übrigens der Sitz des Vorbereitungskomitees zur Schaffung einer Föderation der kommunistischen Parteien des Balkans. Noch in diesem Jahr wird ein Kongreß stattfinden, an dem die kommunistischen Parteien aller Republiken der früheren SFRJ sowie Albaniens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands, Zypers und der Türkei teilnehmen werden. Eine Delegation der NKPJ wird noch in diesem Jahr China, Vietnam, die Mongolei und die KDVR besuchen ...

Die SPS (Sozialistische Partei Serbiens) hat die Organisation und das Geld vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens übernommen, wir haben Marx behalten.

Wie ist die Oktoberwahl für die NKPJ verlaufen?

SPS und JUL (Jugoslawische Linke) haben von der NKPJ gefordert, nicht bei den Wahlen anzutreten, um linke Stimmen zusammenzuhalten. Wir brauchten 2 500 Unterschriften, um selbst an den Wahlen teilnehmen zu können, haben aber 35 000 gesammelt. Dennoch sind wir auf das Angebot von SPS und JUL eingegangen. Unter der Hand hatte man uns

Medienpräsenz versprochen – eine Stunde pro Tag –, wenn wir auf eine eigene Kandidatur verzichteten und zur Wahl der SPS-JUL-Liste aufriefen. Tatsächlich aber haben wir nicht eine Minute bekommen ...

Was kennzeichnet das Verhältnis zur SPS? Wir schätzen Slobodan Milosevic und die SPS als Antiimperialisten, wie wir jede Form des Antiimperialismus unterstützen. Wir waren aber gegen seine Politik der Restauration des Kapitalismus. Die SPS hat zum Beispiel einen Teil der Genossenschaften privatisiert. Das haben wir kritisiert. Aber natürlich ist die Politik der SPS nicht mit dem Programm der neuen Regierung zu vergleichen, die sich die durchgängige Privatisierung auf die Fahne geschrieben hat.

War auch die NKPJ während des Herbstputsches Ziel des Terrors?

Am 5. Oktober wurden bei uns die Tür eingeschlagen und Feuer gelegt. Glücklicherweise konnte die Feuerwehr Schlimmeres verhindern. Überall wurden Leute der DOS (Demokratische Opposition Serbiens) und Otpor-Leute eingesetzt. Außerdem findet eine Unterdrückung durch die Medien statt: 3 000 Zeitungen und 400 Sender sind jetzt gleichgeschaltet. Fast 100 % der Medien werden von der DOS kontrolliert. Unter Milosevic waren es nur 90 %, während die Regierung lediglich über 10 % verfügte. Milosevic war gegenüber der Bourgeoisie immer zu nachsichtig.

Was ermöglichte überhaupt den Putsch? Welche Fehler hat die SPS begangen?

Die SPS hat vor allem die Interessen der nationalen Bourgeoisie bedient. Bestimmten Leuten aus SPS und JUL wurde gestattet, sich an der antikomunistischen Kampagne zu beteiligen. Das hat die Menschen verunsichert. Außerdem ist nicht energisch genug gegen die Handlanger der NATO im Innern – gegen die 5. Kolonne des Imperialismus – vorgegangen worden.

Wie ist die Situation nach dem Herbstputsch?

Viel schlechter als zuvor. Keine einzige Brücke wurde seitdem wiederaufgebaut, kein einziges neues Haus mehr errichtet. Fabriken werden zu Schleuderpreisen verkauft oder geschlossen. Die DOS-Regierung behauptet, sie würde große Summen an Hilfgeldern aus dem Westen erhalten, aber den Menschen geht es immer dreckiger. Nach unserer Meinung haben wir diese „Hilfe“ gar nicht nötig. Die NATO soll den von ihr angerichteten Schaden von – niedrig geschätzt – über 100 Mrd. Dollar als Reparation zahlen und die 2 Mrd. Dollar, die noch immer blockiert sind, freigeben. Das wäre genug!

Gibt es Widerstand gegen die DOS?

Zwei Minister für Privatisierung haben bereits von Arbeitern Prügel bezogen. In vielen Städten, vor allem in den Industriegebieten bei Belgrad, in Rakovica, Nis, Bor, Kragujevac, Leskovac, Grusevac etc., wo Fabriken geschlossen wurden, kam es zu spontanen Protesten. Die waren aber schlecht organisiert. Uns fehlen die Mittel, um dort so zu agieren, wie es notwendig wäre.

Wie bewerten Sie die Ereignisse in Mazedonien?

Die Vereinigten Staaten, der Hauptaggressor in der Region, wollen ihre Militärbasen halten und ausbauen und zugleich ein Großalbanien errichten, das ihr Satellit wäre. Zur Rechtfertigung der NATO-Intervention hat man die Unruhen bewußt geschürt. Die Destabilisierung Mazedoniens wurde von den USA herbeigeführt, während zugleich die Gegenwehr des Landes unterbunden wurde, indem man z. B. Waffenkäufe in der Ukraine verhinderte. Die USA legten erst Feuer, damit sie anschließend Feuerwehr spielen können.

**RF-Interview: Oliver Wagner
Übersetzung: Jovica Djuranovic**

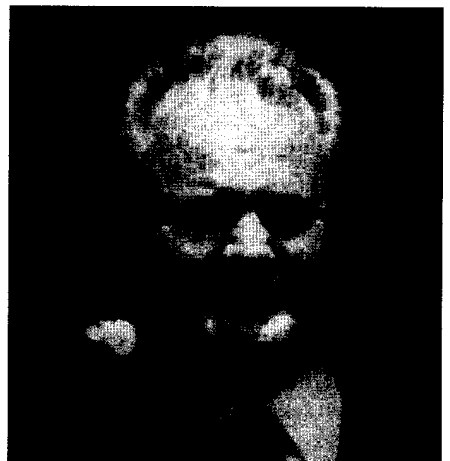
Pilzesammeln in Mazedonien?

Dumm und dreist

Selten hat der Imperialismus eine Intervention so dumm und so dreist – unter so billigen Vorwänden – in Szene gesetzt, wie die NATO ihren Einmarsch in Mazedonien. Die Hitlerfaschisten bedurften noch des „Überfalls auf den Reichssender Gleiwitz“, um Polen anzugreifen. Die Amerikaner sahen sich 1964 noch veranlaßt, den „Zwischenfall im Golf von Tonking“ zu erfinden, um gegen Nordvietnam loszuschlagen. Solche Vorwände hat Brüssel inzwischen nicht mehr nötig. Man marschiert in Mazedonien, einer weiteren einstigen Teilrepublik der SFRJ im Zuge imperialistischer „Balkanisierung“ mit Tausenden Elitesoldaten ein, um ganze 3 300 Schrottwaffen, die die albanische Terroristengruppe UCK vereinbarungsgemäß loswerden möchte, „einzusammeln“. Die NATO-Operation „Wesentliche Ernte“ stellt eine ausgewachsene Intervention so dar, als seien ihre „friedlichen“ Soldaten gewissermaßen als Pilzsammler in das Nachbarland des Kosovo eingedrückt. Nichts werde den „kooperationsbereiten“ Albanern mit Gewalt abgenommen, sondern nur das zusammengetragen, was die UCK freiwillig herauszugeben bereit sei.

Die Regierung in Skopje hat demgegenüber von

mindestens 80 000 Waffen gesprochen, die sich im Besitz der durch die SFOR-Truppen ausgehaltenen und über die Grenze nach Mazedonien verlagerten UCK-Banden befinden. Der mazedonische Präsident Boris Trajkovski, wahrlich kein Bild an Standhaftigkeit, aber dennoch zögerlich, wurde förmlich überannt und dazu gezwungen, eine Verfassungsänderung zugunsten der Albaner einzuleiten. Die 80 % bildende slawische Bevölkerungsmehrheit – das Opfer der Aggression – begegnet den Eindringlingen mit Ablehnung, weiß sie doch, daß 30 von der NATO für die Operation angesagte Tage auch drei Jahre dauern können. Kosovo steht ihr vor Augen. Der Einmarsch in Mazedonien ist auch die Schande Deutschlands. Erneut sind Soldaten der BRD in einem Land mit von der Partie, dessen Boden einst vom Blut jener Partisanen getränkt wurde, die im Kampf gegen deutsche Faschisten ihr Leben verloren. Alle Bundestagsparteien haben der schändlichen Intervention – mit der rühmlichen Ausnahme der PDS, die sich diesmal noch standhaft zeigte – ihren Segen erteilt. Ein Alarmzeichen für Europas Völker – die „gebrannten Kinder“ der Geschichte. S. R.



Freiheit für Slobodan Milosevic!

Schreibt dem politischen Gefangenen der NATO auf folgende Adresse:
Mr. Slobodan Milosevic,
UN Detention Unit,
Pompstationsweg 32,
2597 GW Den Haag

Chinas Gewerkschaften schärfen ihr Klassenprofil

Der Gefahren bewußt

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik China – sie wird durch die Allchinesische Föderation der Gewerkschaften (englische Abkürzung: ACFTU) repräsentiert – ist in eine neue Phase getreten. Angesichts der Diversifizierung der Eigentumsformen und des gewachsenen Einflusses des Auslandskapitals in der Wirtschaft schärft die größte Klassenorganisation der chinesischen Werktätigen ihr Profil. Unter dem System durchgängiger staatlicher Planung war die ACFTU in den volkseigenen Betrieben und Einrichtungen für die sozialen Aspekte zuständig. In ihren Händen lagen gesundheitliche Betreuung, Kinderfürsorge, Rentenfragen, Berufsausbildung und Werkwohnungen, während Löhne und Arbeitsbedingungen auf nationaler Ebene festgelegt wurden.

Heute spricht man in China von einer sozialistischen Marktwirtschaft – ein anderer Ausdruck für die Existenz verschiedener Eigentumsformen bei Dominanz des staatlichen Sektors. In dieser Situation erweist es sich als Erfordernis, Löhne und Arbeitsbedingungen auf Betriebsebene auszuhandeln, wobei fundamentale Fragen nach wie vor landesweit gesetzlich geregelt sind. Das betrifft z. B. den Schwangerschaftsurlaub, die Betreuung in Kindereinrichtungen, Renten, Arbeitslosenunterstützung, Berufsausbildung, gesundheitliche Betreuung, Vergabe von Wohnraum usw.

Wie ist die gegenwärtige Eigentumsstruktur in Chinas Industrie? Staatsbetriebe liefern rund ein Drittel der Produktion, der genossenschaftliche und kommunale Sektor in Stadt und Land bringt ein weiteres Drittel; Joint-Ventures (gemischtes nationales und fremdes Kapital) und ganz in ausländischem Eigentum befindliche Unternehmen werden mit einem Sechstel veranschlagt; das gleiche trifft auf den einheimischen Privatsektor zu. 1999 kamen 55 % aller Steuereinnahmen der Volksrepublik China aus dem staatlichen Bereich, der etwa zwei Drittel der städtischen Arbeiter beschäftigt.

Das chinesische Arbeitsrecht sieht Betriebskollektivverträge vor. Die Werktätigen haben das Recht, an der Leitung der staatlichen, genossenschaftlichen und kommunalen Unternehmen durch betriebliche Arbeiterkongresse teilzunehmen. Im staatlichen Sektor sind fast alle Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder, im Bereich des einheimischen Kapitals gehört der ACFTU etwa die Hälfte der Berufstätigen an, während nur 30 % der derzeit 10 Millionen Chinesen, die in ausländischen Firmen arbeiten, gewerkschaftlich organisiert sind. Bestimmte privatkapitalistische Betriebe aus Südkorea, Taiwan, Thailand usw. sind – im Unterschied zu Konzern-

filialen aus den USA, der BRD, Frankreich und anderen "Metropolen", von denen bewußt ein höherer Aufwand für Zwecke sozialer Korruption und politischer Entfremdung getrieben wird – als besonders arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich bekannt.

Chinas Regierung und die ACFTU-Zentrale unternehmen gegenwärtig große Anstrengungen, um der von Auslandsunternehmen ausgehenden Zersetzungsgefahr entgegenzuwirken und für die strikte Einhaltung der Gesetzlichkeit – besonders auf dem Gebiet der Lohn- und Gehaltszahlung, der Arbeitszeitregelung und des Arbeitsschutzes – zu sorgen. Mit Härte gehen Chinas Justizorgane gegen Funktionäre vor, die sich von kapitalistischen Firmenchefs bestechen lassen oder die „besonders günstige“ Bedingungen schaffen, um ausländische Investoren in ihre Region zu locken. Die KP Chinas und die staatliche Führung haben sich im vergangenen Jahr mit Nachdruck für die Stärkung der Rolle der Gewerkschaften und die Schärfung ihres proletarischen Profils ausgesprochen. Die Bedeutung der Arbeiterkongresse bei der Sicherung der Rechte der Werktätigen in den Betrieben wurde dabei besonders unterstrichen. Am 13. Dezember 2000 forderte Chinas Vizepräsident Hu Jintao, Mitglied des Politbüros der KP Chinas, „einen gerechtfertigten Kampf gegen einige Firmen zu führen, die die nationalen Gesetze mißachten, ihre Beschäftigten unter Tarif bezahlen, die Zahl der Überstunden beliebig ausdehnen und keine geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit in der Produktion und den Arbeitsschutz zu gewährleisten.“ Li Yonghai, Direktor des Forschungsinstituts für Gewerkschaftspolitik der ACFTU, wies im Gespräch mit dem amerikanischen Marxisten Prof. Dr. Erwin Marquit von der Universität Minnesota darauf hin, die Zentrale führe zur Zeit eine Kampagne, um Gewerkschaftsgruppen in sämtlichen Betrieben Chinas zu schaffen. Die ACFTU strebe vor allem auch die durchgängige Organisierung der 13 Millionen Arbeiter bis Ende 2002 an, die dann in Firmen des Auslandskapitals arbeiten werden.

Unterdessen hat auch die Führung der KP Chinas beschlossen, Parteizellen in ausländischen Unternehmen zu bilden, um die Arbeiter an Ort und Stelle im Klassenkampf führen zu können. Unter Bedingungen einer Wirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen – ausbeutungsfreien und auf Ausbeutung beruhenden – komme es darauf an, den sozialistischen Charakter des Landes durch die Dominanz des staatlichen Sektors auch in Zukunft deutlich zu unterstreichen.

R. F.

Ein früherer sowjetischer Sicherheitsbeamter enthüllt:

Jakowlew kungelte mit der CIA

Alexander Jakowlew – unter Gorbatschow Mitglied des Politbüros der KPdSU –, war nicht nur eine Schlüsselfigur der konterrevolutionären Perestroika, sondern auch ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Dazu veröffentlichte die kanadische Zeitung „Northstar Compass“ – gestützt auf das russische Blatt „Duel“ – folgendes Material:

Wie bekannt, war „Akademienmitglied“ Jakowlew Botschafter der UdSSR in Kanada und blieb 12 Jahre auf diesem Posten. Ein Sicherheitsbeamter der sowjetischen Botschaft, der mit seiner Tätigkeit verbundene Aufgaben im Zentrum der kanadischen Hauptstadt Ottawa, wo die meisten Botschaften angesiedelt sind, erfüllte, kehrte eines Abends früher als gewöhnlich zur sowjetischen Botschaft zurück. Auf dem Heimweg entschloß er sich, ein Restaurant aufzusuchen, um eine Kleinigkeit zu essen. Er war überrascht und erschüttert, in diesem unbedeutenden Durchschnittslokal Botschafter Jakowlew mit einem ihm unbekannten Ausländer zu sehen. Erstens entsprach es nicht jenem Standard, der dem der meisten Botschafter und Diplomaten gerecht wurde. Zweitens ging kein Botschafter nach dem diplomatischen Protokoll – und das traf ganz besonders für sowjetische Vertreter zu – ohne einen Mitarbeiter, Dolmetscher oder Chauffeur aus. Aufgabe der Sicherheitsbeamten war es, zu gewährleisten, daß der Botschafter stets von solchen Leuten begleitet wurde.

Der Beamte, der dafür sorgte, daß man ihn nicht bemerkte, sah, daß sich Jakowlew wiederholt nervös umblickte. Nach dem Treffen des Botschafters mit dem Unbekannten suchte der Sicherheitsmann in Erfahrung zu bringen, wer der Ausländer war. Er folgte ihm bis zu seiner Wohnung, notierte die Adresse und das Nummernschild des Autos. Anschließend leitete er den üblichen Prozeß ein, um herauszufinden, wer jene Person gewesen sein könnte, mit der sich Botschafter Jakowlew unter so verdächtigen Umständen getroffen hatte. Er sandte seinen Bericht an die Vorgesetzten in Moskau. Als Antwort erhielt er eine kurze Mitteilung, der Ausländer sei Bürger der USA und ein hochrangiger Mitarbeiter der CIA. Nach dem Empfang dieser Information übermittelte der Sicherheitsbeamte seiner Zentrale alle Details über das geheime Treffen zwischen Jakowlew und dem Top-Mann der CIA. Er schlug vor, daß diese eine umfassende Untersuchung des Verhaltens von Jakowlew einleiten sollte, da es sich um eine ernste Situation für den sowjetischen Staat handelte.

Doch die Antwort, die der professionelle und patriotische Sicherheitsbeamte, dem nur seine Pflicht getan hatte, erhielt, war verblüffend: Man rief ihn nach Moskau zurück, wo er von leitenden KGB-Vertretern verhört und durch einen Psychiater untersucht wurde. Man beschuldigte ihn der Unbotmäßigkeit und Einmischung in Angelegenheiten, die nicht zu seinen Kompetenzen gehörten. Er wurde degradiert und in das Gebiet Wolgograd abgeschoben.

Heute ist bekannt, daß Jakowlew schon Anfang der 60er Jahre von der CIA rekrutiert wurde, als er als Leiter einer Gruppe von vier Studenten, in der sich mit Oleg Kalugin auch ein weiterer Verräter befand, zu einem postgradualen Studium in die USA geschickt wurde.

Zugesandt von Dr. Vera Butler, Melbourne

Zum 60. Jahrestag der Tudeh-Partei des Iran

Heldenhafte Avantgarde

Die Tudeh-Partei des Iran, deren Gründungstag sich jetzt zum 60. Mal jährt, ist eine jener Formationen der internationalen kommunistischen Bewegung, die den höchsten Blutzoll bezahlt haben. Mitglieder dieser Partei litten mehr als 10 000 Jahre in Gefängnissen. Tausende wurden exekutiert oder zu Tode gefoltert, weil sie ihre marxistisch-leninistischen Prinzipien nicht verrieten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung Irans ist durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet. 1920 wurde die Kommunistische Partei des Iran in der Hafenstadt Anzali im Norden des Landes gegründet. Damals bestand in dieser Region die Sowjetrepublik Gilan, die von Anfang an heftigen Angriffen der Reaktion ausgesetzt war. Bald ordnete die Staatsregierung die Entsendung von Truppen in den Gilan an, um den revolutionären Widerstand zu brechen. Die junge KP wurde in die Illegalität gezwungen, schwere Schläge richteten sich gegen ihre Kader. 1925, nach Errichtung der Diktatur von Reza Shah, verstärkte sich der Druck. Die iranische Arbeiterklasse – vor allem das Proletariat der Ölindustrie – wurde von der einheimischen Reaktion und vom britischen Imperialismus brutal attackiert. 1929 verbot das Marionettenparlament durch das „Schwarze Gesetz“ alle kommunistischen Aktivitäten. Viele Führer der KP wurden verhaftet und ermordet, darunter auch der Parteivorsitzende Dr. Taghi Aranis.

Um einem Komplott zwischen Reza Shah und Nazideutschland zuvorzukommen, betraten Truppen der westlichen Alliierten der Antihitlerkoalition im August 1941 iranischen Boden. Reza Shah flüchtete. Den Briten gelang es, seinen Sohn Mohammad Reza – den späteren Schah des Iran – an die Macht zu bringen. Im September 1941, als sich Möglichkeiten für eine legale Tätigkeit eröffneten, wurde die Tudeh-Partei des Iran (TPI) gegründet. Eine große Zahl politischer Gefangener kam nun frei. Zu ihnen gehörten auch enge Mitkämpfer des Genossen Aranis.

Die Gründungsversammlung der TPI fand am 29. September 1941 in Teheran statt. Den Vorsitz führte der legendäre Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung, Soleiman Mohsen Eskandari. Die TPI verschwor sich dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Sie forderte die Vollendung der Demokratie und dringende Reformen im Interesse des Volkes. In der Folgezeit entwickelte sich die Partei zu einer einflussreichen politischen Kraft. Sie setzte sich entschieden für eine progressive Einheitsfront gegen Reaktion und Imperialismus ein und vermochte innerhalb eines Jahres in vielen Industriezentren, Bezirken und Regionen Fuß zu fassen. 1944 wurden 8 Mitglieder der TPI ins Parlament gewählt, wo sie eine Tudeh-Fraktion bildeten, die zwei Jahre erfolgreich arbeitete. Große Verdienste erwarb sich die TPI bei der Vereinigung aller bestehenden Gewerkschaften zu einer nationalen Zentrale, der sich binnen kurzem über 90 % der iranischen Arbeiterklasse anschlossen. Fest stand die Tudeh-Partei zur

Sowjetunion, deren Prestige in jenen Jahren durch die Siege über Nazideutschland außerordentlich gewachsen war.

Die TPI entwickelte sich als proletarische Partei. 75 % der 25 000 Mitglieder, die sie am 1. August 1945 – dem Tag des Beginns ihres ersten Parteitag – zählte, waren Arbeiter. Doch auch die Bündnispolitik wurde nicht vernachlässigt. Es gelang der Partei, einen Bauernverband zu organisieren. Zugleich maß die TPI der Arbeit unter Intellektuellen und in der Frauenbewegung große Bedeutung bei.

Im Juli 1946 kam es auf den Erdölfeldern der britischen Gesellschaft BPC zu erbitterten Klassenauseinandersetzungen. Ganze Regionen wurden von Streiks erfasst, die Stadt Abadan im Südiran zeitweilig unter Arbeiterkontrolle gestellt. Blutige Repression war die Folge. Im Sommer 1945 startete die Reaktion massive Angriffe auf die Tudeh-Partei und den Vereinten Zentralen Rat der Gewerkschaften. Viele TPI-Aktivistinnen wurden verhaftet, die Armee von fortschrittlichen Offizieren „gesäubert“, wissenschaftliche und progressive Schriften verbrannt. Damals bildete sich im Norden des Landes die Demokratische Partei Aserbaidshans (DPA), die in den ländlichen Gebieten Kampfgruppen schuf, welche die Gendamerie entwarfen. Am 20. November 1945 rief man in Täbris die Autonome Republik Aserbaidshan aus. Mit der Regierungsbildung wurde Genosse Pishevari, der Vorsitzende der DPA, beauftragt. Obwohl diese Regierung nur eine kurze Lebensdauer besaß, gehört die Existenz der Autonomen Republik Aserbaidshan zu den bedeutendsten Abschnitten in der Geschichte der iranischen Volkskräfte.

Im Jahre 1953 kam es zu einer direkten Intervention der USA und des britischen Imperialismus. Ein reaktionärer Putsch wurde mit dem Ziel angezettelt, die nationale Befreiungsbewegung niederzuwerfen, die Vernichtung der TPI zu vollziehen, die Nationalisierung des iranischen Öls zu verhindern, den multinationalen Ölkonzernen die Bahn freizuschleifen und Iran in einen Pakt gegen die Sowjetunion einzubinden. Die gewählte Regierung unter Dr. Mossadegh wurde gestürzt. Die Tudeh-Partei erlitt abermals schwere Verluste. Viele patriotische Offiziere wurden hingerichtet. Für einige Jahre war die Partei nicht fähig, den Kampf im Lande zu organisieren, eine wirksame Strategie und Taktik zu entwickeln. Zwischen dem 3. und 4. Plenum des ZK lagen achteinhalb Jahre. Schmerzliche Lücken wurden in die Reihen der TPI geschlagen, abermals gingen viele ihrer Führer in den Tod.

Im Sommer 1959 schlossen sich die Tudeh-Partei und die Demokratische Partei Aserbaidshans auf einer Vereinigungskonferenz zusammen.

Während das Schah-Regime in den folgenden Jahren unter dem Druck des Volkswiderstandes manövrierte und als „Weiße Revolution“ ausgegebene bescheidene Reformmaßnahmen zur kapitalistischen Umstrukturierung der iranischen Gesellschaft verkündete, formierte sich eine religiöse Bewegung gegen den Schah. Von ihr angeführte Massendemonstrationen



wurden blutig niedergeschlagen. In den frühen 70er Jahren entstanden im Iran neue Strukturen des Widerstandes. Die Guerrilla-Bewegungen „Volks-Fedaian“ und „Volks-Mojahedin“ traten in Aktion. Die TPI appellierte an alle Gegner des Schahs, sich zu vereinigen. 1976 kam die Tudeh-Zeitung „Navid“ heraus, die mit 1 000 Exemplaren begann und nach der nationalen, demokratischen Revolution vom Februar 1979 zeitweilig 240 000 Exemplare erreichte.

Diese Revolution, die sich gegen Absolutismus, Monarchie und Imperialismus richtete, war durch eine religiöse Grundströmung geprägt. Die wichtigsten politischen Kräfte aber waren die Tudeh-Partei, die Guerrilla-Organisationen und die mit Khomeni verbundene Geistlichkeit, die eine antiimperialistische, speziell antiamerikanische Haltung einnahm. Im von der Revolution geschaffenen neuen Führungssystem erlangten die Arbeiterklasse und die progressiven Kräfte keine nennenswerte Vertretung. Darin bestand ihre Hauptschwäche. In der Folgezeit setzte sich der rechte Flügel der Anti-Schah-Kräfte durch. Der Antikommunismus triumphierte erneut. Im Feuer der Angriffe von Reaktion und Imperialismus stand abermals die TPI. Am 6. Februar 1982 wurden ihre Führer wegen angeblicher Spionage ins Gefängnis geworfen. Das Regime ließ schlagartig mehr als 10 000 Mitglieder der Tudeh-Partei, die für illegal erklärt wurde, festnehmen. Viele führende Genossen, unter ihnen der Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Bahram Azali, wurden hingerichtet. 38 Mitglieder des Zentralkomitees, darunter fast das gesamte Politbüro, fanden den Tod. 1998 beschloß die TPI auf ihrem 4. Parteitag ein neues Programm, in dem es heißt: „Die Tudeh-Partei des Iran hält aufgrund ihrer marxistisch-leninistischen Weltanschauung, ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer patriotischen Eigenschaft am Prinzip des proletarischen Internationalismus fest. Sie ist der Auffassung, daß Patriotismus und proletarischer Internationalismus eine untrennbare Einheit bilden.“

Zum 60. Jahrestag der Gründung der TPI grüßen wir die iranischen Genossen, deren Partei ein Beispiel des Mutes und der Treue zur Sache gegeben hat und gibt, im Geiste fester kommunistischer Verbundenheit. Unser Gruß gilt einer heldenhaften Avantgarde im Dienste des Proletariats.

R. F.

Über die innere Front des Kampfes gegen Franco

Guerrilla in Spanien

Am 16. Mai 2001 verabschiedete der Kongreß in Madrid einstimmig den von der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) eingebrachten Antrag, die Guerrilla gegen das Franco-Regime zu rehabilitieren. Konkret: die Vorstrafen als „Banditen“ und „Terroristen“ Abgeurteilter aus den offiziellen Polizei- und Justizregistern zu löschen. Das Recht auf Entschädigung und Rente wurde abgelehnt. Inwieweit tatsächlich eine Rehabilitierung und Anerkennung als antifaschistische Kämpfer in die Tat umgesetzt wird, bleibt fragwürdig. Es verwundert nicht, daß ein bekannter Kolumnist nach der Kongreßentscheidung die „Maquis“, wie die Männer und Frauen der Guerrilla häufig bezeichnet werden, „im großen Maßstab und in großer Anzahl“ als „Mörder“ bezeichnete.

Wer waren nun jene, um die so viel Polemik ausbrach? Für die einen „Mörder, Verbrecher, Terroristen“, für die anderen antifaschistische Freiheitskämpfer und legitime Nachfolger der Verteidiger der II. Spanischen Republik (1931-1939). Wie ist es zu erklären, daß z. B. Cristino Garcia Grande in Frankreich als Held dekoriert und eine Straße nach ihm benannt wurde, während man ihn in Spanien als „Banditen“ bezeichnete und erschöß?

Mit dieser Frage beginnt das vor kurzem erschienene Werk von Secundino Serrano „Maquis“. Diese und andere Veröffentlichungen, der Kino-Film eines bekannten spanischen Regisseurs, diverse Veranstaltungen mit einstigen Teilnehmern des Guerrilla-Kampfes ermöglichten es, zumindest das jahrzehntelange Schweigen zu durchbrechen.

Cristino Garcia Grande ist ein Paradebeispiel des Verlaufs der Guerrilla gegen Franco: Er kämpfte im Krieg 36/39 gegen die aufständischen Militärs, stand im französischen Widerstand gegen die Nazifaschisten, dann im Nachkriegsspanien wieder gegen Franco.

Die ersten Gruppen in den Bergen bildeten sich bereits 1936 nach dem faschistischen Militärputsch in den durch die Franco-Truppen besetzten Gebieten: In Galicia-León, Asturias-Santander im Norden, Extremadura im Westen und Teilen Andalusiens im Süden.

Nach der Proklamation Francos als Sieger (1. 4. 1939) begann die grausame Verfolgung: Massenerschießungen ohne Gerichtsverfahren waren die Regel. 1940 kam das Gesetz zur „Unterdrückung des Freimaurertums und des Kommunismus“ hinzu. Vor dem, was nun einsetzte, flüchteten viele in den Untergrund. Außer dem Exil gab es noch einen anderen Versuch, das Leben zu retten: Die sogenannten Topos (Maulwürfe) – eine unglaubliche Vorstellung von in Ställen und sonstigen Verstecken wie z. B. Häusern mit doppelten Wänden und Böden verborgenen Menschen, die manchmal über zehn Jahre so zubrachten.

1942 formierte sich die erste „Federación de Guerrillas“ in León-Galicia, in der Republikaner mit unterschiedlicher politischer Überzeugung zusammenwirkten. Ihr vorrangiges Ziel bestand darin, den weltweiten Aufschwung des Kampfes gegen den Faschismus auszunutzen. Eine weitere, vor allem von den Sozialisten getragene Gruppe schlug sich in Asturias und Santander. Das Problem bestand darin, daß die sozialistische

Exilpartei unter Prieto den bewaffneten Widerstand als ausschließlich defensive Aktion betrachtete. Sie setzte ihre Hoffnungen auf eine allerdings ausbleibende alliierte Intervention, im Gegensatz zu Kommunisten und Anarchisten. So sollte die Guerrillaz. B. möglichst wenig Geldbeschaffungsaktionen unternehmen. Aber angesichts der spärlich aus dem Exil kommenden Mittel ließen sich diese nicht vermeiden. Aus dieser Zeit stammt die sogenannte Revolutionssteuer, wie wir sie heute noch von der baskischen ETA kennen. Es wurden Zahlungsaufforderungen an reiche Faschisten gerichtet. Eine andere Guerrilla-Gruppe bildete sich in der Extremadura (an der Grenze zu Portugal), in La Mancha und in Andalusien. Von dieser wurde berichtet, daß sich ihr 1943 auch vier Frauen anschlossen – eine in den Kampfeinheiten nicht sehr häufige Begebenheit.

An dieser Stelle ein Wort zur „anderen Guerrilla“ – den enlases (Verbindungsleuten) und „puntos de apoyo“ (Hilfspunkten). Wenn von ca. 20 000 enlases, die im Kampf funkamen oder gefangen genommen wurden, gesprochen wird, so war die Zahl der Hilfspunkte vier- bis fünfmal größer. Sie bestanden in Städten, Dörfern, Weilern und auf Gehöften, erkundeten Objekte, gaben Bewegungen der Repressionskräfte weiter, besorgten Essen, Medikamente und Kleidung, manchmal auch Waffen. Um an diese heranzukommen, unternahmen sie tollkühne Aktionen gegen die Guardia Civil. Sie lockten die Gendarmen in kleine, dunkle Gassen und nahmen ihnen außer den Karabinern und Pistolen auch alle ihre Dokumente ab. Aus Angst vor den Strafen ihrer Vorgesetzten verschwanden die Guardias auf Nimmerwiedersehen.

Als der Niedergang des Nazifaschismus abzusehen war, erwartete nicht nur die Exilregierung mit ihrem Anhang ein Ende des Franco-Regimes. Und das trotz aller negativen Erfahrungen mit der Solidarität seitens der kapitalistischen Länder („Nichtinterventionsausschuß“), und obwohl Churchill 1944 im britischen Unterhaus ausdrücklich erklärt hatte, die interne Entwicklung Spaniens sei allein Sache der Spanier.

Spanische Kommunisten waren führend im Widerstand gegen die Naziokkupation Frankreichs. Die ersten Guerrilla-Gruppen entstanden in den Departements Aude und Ariège. Im April 1942 wurde das XIV. Armeekorps der Guerrilleros Espanoles in die von der FKP gegründeten Franc-Tireurs et Partisans (FTP) integriert. 1944 verwandelte es sich angesichts der steigenden Mitgliederzahl in eine Agrupación de Guerrilleros Espanoles. Ein Bataillon baskischer Gudarís kämpfte ebenfalls in Frankreich. Cristino Garcia Grande kam genau aus diesen Zusammenhängen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und angesichts der ausbleibenden Intervention der Alliierten konsolidierten sich die Guerrilla-Formationen in Spanien. Der Beginn des Kalten Krieges bestätigte im nachhinein die vorher festgelegte Strategie der kapitalistischen Mächte: Franco war nützlich und billig. Und er begann mit der Operation „Fassadenwechsel“. Das Regime ging vom „Nationalsyndikalismus“ zum „Nationalkatholizismus“ über. Der Hitlergruß war nicht mehr obligatorisch.

Republikanische, sozialistische und anarchistische Parteien und Verbände glaubten nun an eine Lösung im Rahmen multinationaler Organisationen, vor allem der UNO. Die Basis kämpfte weiter mit der Guerrilla, die in erster Linie von den Kommunisten getragen wurde. Ihre hervorstechendste Formation bestand von 1945 bis 1952 an der Levante und in Aragón. Sie nannte sich AGLA. Der größte Teil ihrer Kämpfer kam aus dem französischen Widerstand und wurde direkt von der KP geführt. Ihr Organ „El Guerrillero“ erschien vier Jahre lang bis 1949 und erreichte eine Auflage von 5 000 Exemplaren. Die AGLA war die einzige Einheit, die über eine eigene Guerrilla-Ausbildungsschule verfügte. Ihre Aktionen waren gewagt. Sie sprengte strategische Eisenbahnlinien. Oft wurden für einige Stunden Dörfer besetzt, um dort politisch zu wirken.

Für die Guerrilleros war das Schlimmste die Gefangennahme. Folterungen aller Art standen dann bevor. Der Tod war immer ganz nah. Das berüchtigte „Ley de Fugas“ (Gesetz, das zur „Erschießung auf der Flucht“ ermächtigte) kam ab 1947 exzessiv zur Anwendung. Viele Guerrilla-Kämpfer zogen es vor, sich selbst zu töten, um nicht in die Hände des Feindes zu fallen. Im April 1947 wurde das Gesetz zur „Unterdrückung von Banditentum und Terrorismus“, das auch eine ideologische Funktion besaß, zur Erstreckung des bewaffneten Widerstandes eingesetzt. Es zeigte Wirkung. Die zunehmenden Niederlagen der Guerrilla seit diesem Zeitpunkt waren jedoch in den wenigsten Fällen auf bewaffnete Auseinandersetzungen „in offener Feldschlacht“ zurückzuführen, sondern auf das systematische Ausschalten der enlases und der puntos de apoyo, auf Verrat und Denunziation. Ganze Regionen wurden von Madrid zu Kriegszonen erklärt und unter entsprechende Bedingungen gestellt.

Das Ende des bewaffneten Kampfes zog sich in den verschiedenen Regionen über mehrere Jahre hin. Ab 1948 begann die Führung der Exil-KP, sich von der Guerrilla zu distanzieren. Die Evakuierung der Einheiten dauerte bis 1952. Doch Geschichte verläuft nie glatt und abrupt, solange die Ursachen der Kriege und Kämpfe bestehen bleiben. Deshalb hörten auch die bewaffneten Aktionen ab 1952 nicht schlagartig auf.

Die Hauptschuld am Scheitern des bewaffneten Widerstandes gegen das Franco-Regime tragen die kapitalistischen Mächte, die auch nach 1945 ein faschistisches Spanien einem fortschrittlichen republikanischen Regime vorzogen. Die Fragmentierung und Uneinigkeit der antifaschistischen Kräfte im Innern und im Exil trugen zur Niederlage bei. Wäre die Guerrilla von allen republikanischen Kräften gemeinsam unterstützt worden, dann hätten die Westmächte nicht so leicht auf das Franco-Regime setzen können. Der Preis ihres Gesichtsverlustes wäre in der Zeit starker antifaschistischer Gefühle im Bewußtsein der Völker nach dem Sieg über Hitler und Mussolini höher gewesen.

Die Guerrilla war für viele nach 1939 die einzige Verteidigungs- und Überlebensmöglichkeit. Sie hielt es nicht aus, in einer faschistischen Gesellschaft zu leben. Ein Grundgedanke, der international eint und bis heute gültig ist!

Isolda Bohler, Valencia

31. Kongreß soll Französische KP liquidieren

Leninisten sagen Widerstand an

Dreimal innerhalb kurzer Zeit hat sich der Nationalrat der FKP mit der Vorbereitung des 31. Außerordentlichen Parteitags beschäftigt, der Ende Oktober stattfinden und die Umwandlung (Mutation) einer einstmals kampfstarken marxistisch-leninistischen Vorhutpartei in einen prinzipienlosen, reformistischen Verein abschließen soll. Während der Nationalrat inzwischen 8 Bewerber aus den Reihen der FKP für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2002 – darunter Robert Hue – als Kandidaten-Anwärter bestätigte, wurde auch der Entwurf eines neuen Statuts „in der Partei“ diskutiert, der dem 31. Kongreß zur Beschlussfassung unterbreitet werden soll. Dieses parteiinterne „Referendum“ erwies sich als Schlag ins Wasser. Von angeblich 150 000 FKP-Mitgliedern, die die Zentrale in ihren Karteien noch erfaßt haben will (Ende 1999 wurden immerhin 203 590 gezählt), haben nur 11 173 (7 % der deklarierten Mitgliedschaft) für das neue Statut gestimmt. In der Nationalratsitzung der FKP am 15. und 16. Juni wurde von Marie George Buffet berichtet, insgesamt 14 597 Genossen hätten an der Konsultation teilgenommen. Von ihnen votierten 2 391 (16,58 % der Beteiligten) gegen den Statuten-Entwurf, 653 (4,47 %) enthielten sich und 330 (2,26 %) verweigerten eine Entscheidung. Hinzu kamen ungültige Stimmen. Ein solches Resultat stellt de facto die Zurückweisung des Vorschlags der Liquidatoren durch die überwältigende Mehrheit der FKP-Mitglieder dar. Wie die führende bürgerliche Zeitung „Le Monde“ am 19. Juni 2001 berichtete, mußte Nationalsekretär Robert Hue anerkennen, daß die Teilnahme an der Parteibefragung „mäßig“ gewesen sei. Das FKP-nahe Blatt „l'Humanité“ ließ die Auszählung der Stimmen deshalb einfach unerwähnt.

Im Vorfeld des 31. Parteitages zeichnet sich die Absicht der rechten FKP-Führung ab, eine ehrliche Bilanz der fatalen Regierungszusammenarbeit von Sozialisten, Grünen und Kommunisten zu vermeiden und stattdessen den „unerschütterlichen Willen“ zu bekunden, in dieser Koalition weiterhin als zweites Eisen, das die Bourgeoisie im Feuer hat, bis zu den Wahlen auszuharren. Als „Hauptziel der FKP“ wird verkündet, die „Rückkehr der Rechten an die Macht“ zu verhindern, was natürlich eine Mystifizierung der Realität darstellt, da die angeblich regierende „Linke“ in Wirklichkeit ebenfalls die Rechte ist, wenn auch nicht in deren traditionellem Gewand. Unter der Regierung des Sozialisten Jospin, in die Robert Hue seine FKP als Morgengabe eingebracht hat, sind nicht nur schlimme arbeiterfeindliche Maßnahmen wie das Einfrieren der Löhne in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor ergriffen worden. Paris hat unter dem derzeitigen „Mitte-Links-Kabinett“ im Hinblick auf Jugoslawien, den Irak, den Nahen Osten und Afrika dieselbe Aggressionspolitik wie die übrigen imperialistischen Staaten betrieben. Chirac und Jospin sprechen bei der Errichtung des Europa von Maastricht dieselbe Sprache.

Die Hauptresolution, die dem 31. Parteitag

unterbreitet werden soll, setzt jene Politik fort, die von Hue und seinem Führungskern seit dem 28. Kongreß (1994) zielstrebig verfolgt worden ist. Jetzt geht es um die Officialisierung der Umwandlung der FKP in eine unverhüllt reformistische Partei. Schon 1993 hatte Francette Lazard laut „l'Humanité“ erklärt: „Die FKP definiert sich nicht mehr a priori durch ihre Beziehungen zur Arbeiterklasse und zur marxistischen Theorie.“ Mit seinem „Projekt“, wie die Resolution überschrieben ist, will Hue auf dem bevorstehenden Parteitag die theoretische Basis einer völlig neuen, gewissermaßen PDS-gleichen Partei präsentieren, die sich für immer vom Marxismus verabschiedet hat. Er verfolgt das Ziel, die wirklichen Kommunisten aus der FKP zu vertreiben. Doch diese widersetzen sich entschieden dem Kurs des rechten Flügels. Im Juli hat mit den Retrouvailles Communistes, die 500 französische Marxisten-Leninisten vereinen, ein neues Treffen jener Kräfte stattgefunden, die für die Wiedergeburt und revolutionäre Kontinuität der FKP kämpfen und die Vertreibung der Revisionisten und Renegaten aus der Partei fordern. Wie die Pariser Zeitung „Initiative Communiste“ – das Blatt der marxistisch-leninistischen „Coordination des Militants Communistes du P. C. F.“ – berichtet, ist inzwischen ein hohes Maß an Übereinstimmung mit anderen Tendenzen der innerparteilichen Opposition hergestellt worden. Im Leitartikel der Juli-Ausgabe dieser Zeitung heißt es: „Ja, wir müssen die mit dem Kongreß von Tours 1920 eingeleitete Tradition auf moderne Weise fortsetzen und uns, wenn der Moment gekommen ist, für einen Bruch mit jener Strömung vorbereiten, die die Partei liquidiert; ja, wir müssen uns in kollektiver Weise – kritisch, aber mit Respekt und Festigkeit – zu jenem revolutionären Weg bekennen, der durch die Oktoberrevolution geöffnet wurde; ja, wir müssen die Teilnahme der FKP an dieser Regierung von Maastricht verurteilen und eine Volksopposition gegen die konvergierende Politik von Chirac, Jospin und Hue entwickeln; ja, wir müssen an der Mobilisierung der Arbeiter gegen Entlassungen und Privatisierungen teilnehmen und die Ausdehnung des öffentlichen Sektors fordern; ja, wir müssen die Wiedereroberung der nationalen Souveränität mit der Perspektive der Wiedergeburt einer echten internationalen kommunistischen Bewegung, die gegen die imperialistische 'Globalisierung' Front macht, verbinden; ja, wir brauchen eine Partei, die durch ihre Zellen mit der Arbeiterklasse in ihrer Vielgestaltigkeit verbunden und Träger marxistischer Analysen ist.“

Der 31. Außerordentliche Kongreß der FKP wird vermutlich die Sterbestunde der alten Partei sein, die in ihrer bewegten Geschichte Höhen und Tiefen durchlebt hat. Er könnte aber auch zur Geburtsstunde einer neuen klassenkämpferischen FKP werden. Ganz im Geiste jenes historischen Parteitages von Tours, wo sich einst Spreu und Weizen, Revolutionäre und Reformisten geschieden haben.

K. S.

Was Karl und Martine Schilp für Kuba tun

Beispielhafte PDS-Genossen

Die Schilps im saarländischen Friedrichsthal sind seit Jahren und weithin dafür bekannt, daß sie ihre ganze Freizeit für Kuba einsetzen. Doch Karl und Martine beschränken sich nicht auf „normale“ Solidarität. Die beiden PDS-Genossen leisten Herausragendes. Sie sammeln tonnenweise Hilfsgüter und bringen sie auf den Weg. Ihre „Aktion 2000“ bestand aus 29 Zentnern – vor allem Medikamenten, Verbands-, Naht- und Operationsmaterial, kleinen medizinischen Geräten, Kathetern usw., fast 20 000 Kugelschreibern und Bleistiften, 1 200 Brillen, 1000 Solartaschenrechnern, gut erhaltener Kinder- und Erwachsenenkleidung und vielen Spielsachen. Die Medikamente wurden sofort an verschiedene Krankenhäuser in Kuba verteilt. Dabei waren die Schilps, die man auf der Insel als Botschafter der Liebe zum kubanischen Volk bezeichnet, stets zugegen.

Am 10. 7. berichteten sie dem „RotFuchs“ über ihre „Aktion 2001“. „Wir haben dieses Jahr wieder viele Schreiben an Firmen versandt. Auf 100 Briefe erhielten wir im Durchschnitt eine Zusage, uns zu helfen. Oft waren wir beide über die vielen Absagen frustriert. Wir haben sie als persönliche Niederlagen empfunden. Doch wir sind auch in diesem Jahr wieder auf Unternehmer gestoßen, die gut auf Kuba zu sprechen sind. Bei uns stapeln sich inzwischen die Hilfsgüter: u. a. ca. 10 000 Zahnbürsten, 100 Kilo Zahnpasta, 30 000 Schulhefte, 30 000 Kugelschreiber und Bleistifte, Naht- und Operationsmaterial, 150 Kilo Pflaster, zudem viele Kisten voller Seife, Shampoo, Hautcreme, Deo usw. Weitere Lieferungen sind angekündigt. Viele Medikamente erhalten wir erst im September.“

Die Schilps, beide berufstätig, bezeichnen die Arbeit für Kuba als „den größten Teil unseres Lebens“. „Wir können dieses Jahr auch mit ein bißchen Stolz sagen, daß wir ca. 4 Tonnen Hilfsgüter, die für den Transport mit dem Flugzeug zu schwer waren, an die DKP-Ortsgruppe Schiffweiler weitergegeben haben. In der Provinz Matanzas renoviert eine Brigade der DKP ein Kinderkrankenhaus, auch dort werden Hilfsgüter dringend gebraucht“, berichteten sie dem „RotFuchs“.

Die Tatsache, daß es Menschen wie die Schilps mit ihrem Engagement, ihrer Einsatzbereitschaft und ihren großen organisatorischen Fähigkeiten gibt, macht Mut. Außerhalb der bestehenden Organisationen haben sie sich selbst organisiert, um Kuba zu helfen. Ihre moralische Haltung spornt alle an, die sich der Solidarität mit dem sozialistischen Staat in der Karibik verbunden fühlen.

R. F.

Am Rande bemerkt

□ Am 25. 9. gedenken wir des 125. Todestags von **Adolf Glasbrenner**. Der am 27. März 1810 geborene volkstümliche Berliner Schriftsteller war wegen seiner unbeirrten demokratischen Gesinnung und seines urwüchsigen Humors eine der populären Persönlichkeiten des revolutionären Berliner Vormärz. Als Politiker kämpfte er mutig gegen den despotisch-monarchistischen, katholisch-klerikalen Staat. Das poetische Hauptwerk des Satirikers „Neuer Reineke Fuchs“ erschien 1848.

Ein Preußenvereiner

Ick bin ein braver Untertan,
Det sieht mir jleich en jeder an;
Ertrage ruhig Spott und Schand',
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Ick zahle meine Steuern prompt
So oft der Exekutor kommt!
Mit dem bin ick sehr jut bekannt:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Denn Kummer hab ick viel und Not,
Verdien im Schweiß kaum mein Brot,
Bin in ein hartes Joch jespannt:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Wat meiner Hände Arbeit schafft,
Jibt mir nich Sejen un nich Kraft;
Det Fett, det schluckt der Adelsstand:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Det wird verpraßt in Saus und Braus,
In teurem Wein und leckrem Schmaus,
In jold'nen Schmuck un Flittertand:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Un weil sie mein' Schmaus verzehr'n,
Muß ick sie preisen und verehr'n,
Ick aber werde Plebs jenannt:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Wenn sie in Samt vorbeikutschier'n,
Muß ick zerlumpt die Karre führ'n,
Meine Träne jlänzt wie ihr Brillant:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

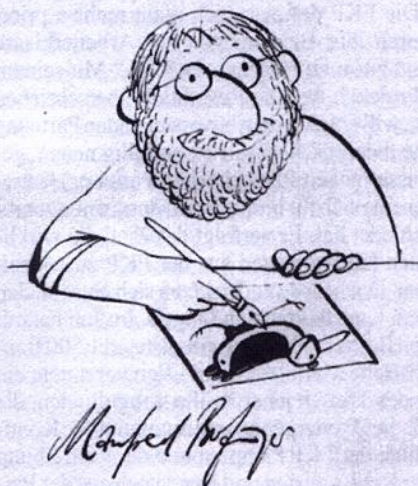
Un klag ick laut mal meine Not,
Bin ick jleich fürchterlich bedroht
Von Strafarbeit un Kerkerwand:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Doch darf ick hungern frank und frei
Wie streng auch sonst die Pollezei,
Bis an des Grabes kühlen Rand:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

Dann hat der Kummer ufjehört.
Dann lieg ick still im unjestört,
Und ruh mir aus in weichem Sand:
Mit Jott vor Keenig un Vaterland!

(1848)

□ Einer der meistbeschäftigten Cartoonisten und Illustratoren der DDR in den Jahren zwischen 1970 und 1990 ist der Berliner Grafiker **Manfred Bofinger**, dem wir herzlich zu seinem 60. Geburtstag am 5. Oktober gratulieren. Nach dem Abitur machte Bofinger zunächst eine Ausbildung zum Schriftsetzer, war 1961 bis 68 Typograph beim „Eulenspiegel“ und ist seit damals freiberuflich tätig; er war von 1963 bis 1989 Mitglied der SED und von 1972 bis 1989 des VDJ.



Zu den von Bofinger illustrierten Büchern gehören so unterschiedliche wie „Meine Hochzeit mit der Prinzessin (P. Abraham)“, „Roter Platz und ringsherum“ (U. Kant), „Schwarze Ärmel, weiße Westen“, „Pinocchio Abenteuer“ (Collodi), Lehrbücher u. a. für Mathematik (Kl. 1) und für den Werkunterricht (Kl. 3), „Ottokar, der Schalk“ (O. Domma), „So pfeift's von allen Dächern“ (Fröhliche und freche Berliner Lieder), „Krank sein ist doof“ und „Die Eule im Kino“ (R. Holland-Moritz). Wer „Bofi“ neu kennenlernen (oder wiederentdecken) will, greife zu „Das dicke Bofinger-Buch“ (Eulenspiegel-Verlag, 1995, 320 S., Großformat, 39,90 DM). Erinnerungen veröffentlichte Bofinger 1998 unter dem Titel „Der krumme Löffel. Miniaturen einer Kindheit“ (Aufbau-Taschenbuch-Verlag, 240 S., 15,90 DM).

□ Vor 50 Jahren (am 17. Oktober 1951) starb in Klein-Glienicke bei Potsdam der Romanautor, Erzähler und Essayist **Bernhard Kellermann**. Der als Sohn eines Beamten am 4. März 1879 in Fürth Geborene studierte zunächst an der Technischen Hochschule München, anschließend Germanistik und Malerei. Er war Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, unternahm langjährige Reisen durch Europa, Amerika und Asien, besuchte fünfmal die Sowjetunion, wurde 1933 von den Nazis boykottiert und aus der Preußischen Dichterkademie ausgeschlossen; 1945 Mitbegründer und Vizepräsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, 1949 Volkskammerabgeordneter der DDR, 1950 Gründungsmitglied der Akademie der Künste; 1949 Nationalpreis der DDR.

Kellermann begann mit impressionistischen, von gefühl- und stimmungsvollen Naturbildern durchzogenen Romanen, die unter dem Einfluß der Neuromantik, Jacobsens und Hamsuns standen („Yester und Li“, 1904; „Das Meer“, 1910). In dem Roman „Der Tunnel“ (1913), der ein sensationeller Welterfolg wurde, verband K. den Stoff einer technischen Utopie (Bau eines transatlantischen Tunnels) mit einer kritisch-realistischen Schilderung des amerikanischen Kapitalismus, indem er sowohl den möglichen technischen Fortschritt als auch seine unmenschlichen Folgen unter den Bedingungen des Kapitalismus (verschärfte Ausbeutung, rücksichtslose Expansionstendenzen des amerikanischen Imperialismus) und zugleich die Kraft der Arbeiterklasse darstellte. 1920 erschien der antimilitaristische Roman „Der neunte November“ (von den Nazis verboten, 2. veränderte Auflage 1946), in dem – am Beispiel eines Suchenden, der sich im Chaos der letzten Kriegstage und der Revolution zu rechtfinden will und scheitert – die Verheerungen der Kriegsjahre 1914/18 und das lasterhafte Leben der herrschenden Klasse des Kaiserreiches geschildert werden mit dem Ziel, die „gefährliche militaristische Weltanschauung vor dem deutschen Volke anzuprangern, ihre volksfeindliche Herrschsucht, ihre Selbstherrlichkeit, ihren widerlichen Dünkel, ihre Gewissenlosigkeit und Gefühlsroheit, ihre Geistlosigkeit und Unmoral zu entlarven“. In dem Roman „Totentanz“ (1948) schildert Kellermann den Widerstand und das Absinken „anständiger“ Bürger in den nazistischen Sumpf und hält Abrechnung mit dem Faschismus, dessen Unmenschlichkeit enthüllt wird. Kellermanns Romane haben weite Verbreitung gefunden. Er selbst schrieb am 23. 5. 1945 an General Bersarin: „Meine Bücher erschienen übersetzt in allen Kultursprachen ... Einer meiner Romane, der ‚Tunnel‘, wurde in 24 Sprachen übertragen. Eine große Anzahl erschien auf Russisch im Staatsverlag in Moskau. 1928 wurde ich von der russischen Regierung zur Tolstoi-Ehrung eingeladen, wo ich im Radio öffentlich sprach.“

Alexander Abusch schrieb 1958 über den „ehemals bürgerlich-fortschrittlichen“ Schriftsteller: „Die schwärzeste Periode der deutschen Geschichte gab ihm die Einsicht, daß Hitler zur Macht kommen konnte, weil der 9. November 1918 in Deutschland nicht zu einer siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern geworden war wie in Rußland. Kellermann widmete deshalb seine letzten Lebensjahre der Aufgabe, in Wort und Tat für die erste Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden zu wirken.“

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Am 1. September haben wir den Weltfriedenstag begangen. Das ließ mich über weit Zurückliegendes nachdenken. Vor 56 Jahren warfen zwei USA-Kampfmaschinen Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ab. Die Bombardierung war weder kriegsentscheidend noch militärisch gerechtfertigt, hatte doch Tokio den Amerikanern bereits Mitte Juli ein Kapitulationsangebot signalisiert, das von Washington allerdings abgelehnt wurde. Das Ergebnis des von USA-Präsident Truman angeordneten Kernwaffeneinsatzes war fatal. Es kostete etwa 300 000 Menschen das Leben, die später Gestorbenen unter den Langzeitkranken und Nachgeborenen der beiden Städte nicht mitgezählt. Nach heute vorliegenden Erkenntnissen galt der Abwurf der A-Bomben nicht in erster Linie der japanischen Bevölkerung, sondern war an die Adresse der Sowjetunion gerichtet, die gerade siegreich und gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging. Die USA wollten ihre Vormachtstellung in der Welt mit allen Mitteln durchsetzen. Dafür war ihnen jedes Verbrechen recht. Auch der Völkermord. In Hiroshima und Nagasaki testete man die Atombombe unter Kriegsbedingungen, um ein Damoklesschwert über der UdSSR aufzuhängen.

In unseren Tagen verfolgt Washington neue mörderische Pläne. Sein Programm der Weltraumraketen „abwehr“ deutet auf Genozidabsichten hin, wie sie schon vor 56 Jahren der amerikanischen Politik zugrunde lagen. Die Verwirklichung dieses Programms könnte den blauen Planeten in seiner Existenz unmittelbar bedrohen.

Rolf Bruß, Rostock



Kinderspielplatz der Shiroyama-Grundschule in Hiroshima nach dem Atombombenabwurf

Die monatliche Ausgabe des „RotFuchs“ ist für mich als PDS-Mitglied, das sich nach wie vor unbeeinträchtigt durch alle Anfeindungen, Verleumdungen und Verwässerungsversuche an der wissenschaftlichen Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus von Marx, Engels und Lenin orientiert, eine sehr wichtige Unterstützung in den aktuellen Auseinandersetzungen. Ihnen stelle ich mich als Genosse mit mehr als 40jähriger Erfahrung in den Klassenkämpfen und in der Parteiarbeit für eine bessere Gesellschaftsordnung. Mein Dank soll heute besonders Genossen Patrik Köbele für seine klaren Ausführungen zum Charakter der Epoche gelten. Sein Artikel ist aus meiner Sicht ein Schlüsselbeitrag für die Beurteilung sehr vieler aktueller politischer Ereignisse. Ich werde ihn in unserer Basisorganisation auswerten.

Mit besonderer Aufmerksamkeit lese ich alle im „RotFuchs“ veröffentlichte Briefe. Es tut gut, auf

diese Weise zu erfahren, wie gestandene Genossen, von denen ich viele persönlich kenne, über die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen denken. Ich erlebe auf diese Weise die Solidarität von Gleichgesinnten und dafür danke ich dem „RotFuchs“.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Burg Stargard

Am 24. Juli war ich zu einer Mitgliederversammlung der DKP-Gruppe Berlin Nordost eingeladen worden, um über das Thema „Was war die DDR wert“ zu sprechen. Angesichts der Lügen und Verleumdungen sowie der überraschenden, aber weit verbreiteten Unwissenheit über die außergewöhnlich ungünstigen historischen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen, denen die DDR im Gegensatz zur BRD ausgesetzt war, habe ich dies als ehemaliger Funktionsträger in diesem Staat (Der Verfasser des Briefes war Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR – RF) als eine wichtige Pflicht aufgefaßt. Ich möchte mich für die sachliche, nicht immer mit meinen Einschätzungen und Schlußfolgerungen übereinstimmende, aber in jedem Falle anregende und nachdenkswerte Diskussion bedanken, die ich gerne in interessierten Kreisen fortführen würde.

Ich möchte Euch gleichzeitig sagen, daß mich die sofortige und ergriffene Reaktion auf den Antrag eines Teilnehmers, in einer Schweigeminute des in Genua erschossenen Globalisierungsgegners zu gedenken, besonders beeindruckt hat. Das Erheben von den Plätzen war eine zornige Manifestation der Gemeinsamkeit, der ich mich gerne angeschlossen habe. Mit solidarischen Grüßen

Siegfried Wenzel, Zeuthen

Am 11./12. August 2001 brachte das ND eine Gastkolumne von Gregor Gysi: „Der Zweck und die Mittel“. Dort schrieb Gysi u. a.: „Aber ich kenne nicht wenige, die meinen, es hätte keine andere Alternative gegeben ... Angeführt wird, daß die Massenflucht aus der DDR zum Mauerbau zwang. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland Fachkräfte abwarb und ökonomisch und propagandistisch intensiv gegen die DDR arbeitete. Die ökonomische Unterlegenheit der DDR wird mit ihren Reparationsleistungen, dem Marshall-Plan für die BRD und damit begründet, daß das Territorium ohnehin ökonomisch schwächer war.“ Dagegen polemisiert Gysi, indem er sich in Spekulationen ergeht: „Man darf sich nichts vormachen, auch wenn es einen Marshall-Plan zugunsten der DDR gegeben und die BRD die Reparationen gezahlt hätte, auch wenn die DDR den ökonomisch stärkeren Teil nach 1945 geerbt hätte, sie wäre der BRD dennoch ökonomisch unterlegen gewesen. Denn eine ökonomische Überlegenheit wollte sich ja auch dann nicht herstellen, als keine Fachkräfte mehr abgeworben werden konnten etc. Im Gegenteil, der ökonomische Abstand wuchs zugunsten der BRD.“ Das ist in meinen Augen reine Demagogie. Weiß Gysi es wirklich nicht besser? Weiß er sich nicht mehr anders zu helfen? (...)

In der Beilage des ND zum 13. August werden gleich auf der Titelseite Egon Bahr und seine Sichtweise präsentiert: „Die Mauer war zur Existenzgrundlage der DDR geworden, weil dieser Staat den freien Wettbewerb der Gesellschaftssysteme nicht aushalten konnte“, (...) verkündet der Mann, der zu den ideologischen Wegbereitern der Erdrosselung der DDR gehörte, „Wandel durch Annäherung“, nannte er sein Rezept. Mit anderen Worten: Die DDR in der Umarmung erwürgen. (...)

Da ich den „RotFuchs“ nicht zerschneiden will, habe ich eine Kopie des Aufnahmeantrags für den Förderverein gemacht und füge diese bei.

Hubert Bachhofen, Weillburg

Der „RotFuchs“-Förderverein e. V. (i. G.) – das ist ein richtiger Schritt zur rechten Zeit. Ich betrachte

seine Gründung als einen Beitrag zur Stabilisierung dieser für die Kommunisten und ihre Sympathisanten in Deutschland so wertvollen marxistisch-leninistischen Zeitung. Beiliegend mein Aufnahmeantrag. Mit Schmerzen der Beitrag von 5 Mark von einem Straftäter, doch es geht ja um unseren „RotFuchs“.

Karl-Heinz Reinhardt, Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig

In unserer Mitgliederversammlung am 23. August haben wir uns mit der veränderten Form der Herausgabe des „RotFuchs“ und der Gründung des Fördervereins beschäftigt. Wir sind übereingekommen, daß alle Mitglieder unserer Parteigruppe Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins werden. Ich habe die Aufnahmeanträge der anwesenden 10 Genossinnen und Genossen gesammelt und schicke sie Euch zur weiteren Bearbeitung. Die Beiträge ab 1. 9. 2001 bis zum Jahresende habe ich kassiert und auf das Sonderkonto überwiesen.

Willi Krämer, Vorsitzender der DKP-Gruppe Teterow-Neubrandenburg

Die Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins ist eine beachtenswerte Initiative, die meine volle Unterstützung findet. Ich trete darum diesem Verein vorbehaltlos bei und werde ihn nach besten Kräften unterstützen.

Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder

Anbei mein Aufnahmeantrag für den Förderverein. Meinen Beitrag für August bis Dezember 2001 habe ich überwiesen, für die nächsten Quartale einen Dauerauftrag in Euro eingerichtet. Ich hoffe, daß alles gut klappt. Das Geld, das ich zusätzlich übermittle, ist eine Spende, damit Ihr genügend „Kapital“ für die nächsten Nummern zusammenbekommt. Ich hoffe, daß Euch der Umstieg in die „Privatsphäre“ einigermaßen gelingt, vor allem, daß Euch der Leserstamm treu bleibt und sich weiter vergrößert. (...)

Kurt Nobst, DKP-Gruppe Bernau

Wieder gehen äußerst interessante Lesestunden zu Ende. Auch der jüngste „RotFuchs“, der kein Abgesang war, hat uns – wie gewohnt – nicht enttäuscht. Wir sind froh, daß wir weiterhin seinen „Geruch“ im Hause haben können. Anbei unsere beiden Aufnahmeanträge für den Förderverein. (...)

Helga und Günter Buschow, Schwerin

Meine Anerkennung für den mutigen Schritt in Eure Selbständigkeit und meine besten Wünsche für ein langes Leben des „RotFuchs“. Ich werde den Förderverein jährlich mit einem festen Betrag von 120 DM unterstützen, und auch sonst bei Bedarf. Meine inhaltliche Mitarbeit möchte ich gerne in der Art wie bisher fortsetzen, wobei alle Rechte, über die Veröffentlichung von Beiträgen zu entscheiden, natürlich bei Euch liegen. Mit einer formellen Mitgliedschaft möchte ich mich zurückhalten. Ich bin 35 Jahre einen eigenen Weg gegangen. Vieles was ich denke, sehe ich nirgends geteilt. Das hat mich mehr und mehr dazu gebracht, daß ich parallel zu den Entwicklungen gehe, wie sie in Parteien ablaufen; das hat auch mein Interesse an Euch geweckt, da Ihr mit einem ähnlichen Problem zu ringen habt. (...)

Hermann Jacobs, Berlin

Daß der RF nun nicht mehr als Organ der Gruppe Nordost der DKP erscheint, finde ich persönlich sehr schade. Schließlich war er ihr „Aushängeschild“. (...) Doch dem „RotFuchs“ wird das keinen Abbruch tun. Im Gegenteil! Ich habe den Aufnahmeantrag für unseren Verein sofort 50 mal kopiert, er wird an die „passenden“ Leute weitergegeben. (...) Egal, der RF bleibt weiterhin meine/unsere Stammlektüre, und ich werde bei jeder Gelegenheit für diesen unseren Verein werben.

Rolf Weinhold, DKP-Gruppe Hoyerswerda

Da ich den „RotFuchs“ nicht missen möchte, anbei eine Spende als Anerkennung für Eure hervorragende Pressearbeit.

Zu den Schwierigkeiten von links, halblinks und rosarot fällt mir ein, daß sich Marx und Engels nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 auf Jahrzehnte selbst von ehemals engen Kampfgefährten zurückzogen, um theoretische Grundlagen zu schaffen, statt sich an nutzlosen Streitereien zu beteiligen. Schickt mir bitte die Satzung für den Förderverein.

Dr. Fritz Welsch, Berlin

(...) Aus Peking, wo ich jetzt arbeite, schicke ich Euch meinen Aufnahmeantrag. Es ist selbstverständlich, daß ich dem RF die Treue halte. Die Lösung, die Ihr mit dem Verein gefunden habt, ist gar nicht so schlecht (gelinde ausgedrückt). (...) Der RF ist ja inzwischen kein kleines Blättchen mehr, sondern eine Institution fortschrittlichen Denkens auf deutschem Boden, im Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus. Übrigens schrieb mir Prof. Tiedke unter dem 18. 7. 2001: „... Und die Führung der PDS kommt immer stärker auf das Gleis der SPD-Politik. Viel Hoffnung setze ich auf die Genossen, die sich um die Zeitung 'RotFuchs' sammeln.“

Mögen die Gegner ruhig annehmen, wir seien zerstritten. Inzwischen entwickeln wir inhaltlich eine marxistisch-leninistische Analyse- und Diskussionstribüne – im Unterschied zu anderen mit dem Zentrum in der Bundeshauptstadt –, nahe auch zu polnischen, tschechischen, ungarischen, österreichischen usw. Genossen.

Die Mehrheit der Führung der DKP – das habe ich vorgeführt bekommen – ist nicht willens und nicht fähig, die fortgeschrittenste Form des Sozialismus auf deutschem Boden – die DDR – im besten dialektischen Sinne des Wortes ... aufzuheben (wofür es auch objektive Gründe gibt, wenn man die neue Gesellschaft nicht selbst mitgestaltet hat). Wir dürfen keine weitere Zeit verlieren, die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus mit den Genossen, die selbst dabei gewesen sind, zu analysieren. Ich meine also: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern...“!!! (...) Was meint Ihr, wäre die zitierte Zeile aus dem bekannten frühen FDJ-Lied nicht die Leitidee für eine größere publizistische Aktion des RF? (...)

Prof. Dr. Eike Kopf, Peking

Eure Zeitung ist super und ich würde mich freuen, wenn Ihr mir sie jeden Monat zusenden würdet. Ebenso super finde ich die Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins, in dem Mitglieder und Sympathisanten der DKP, der KPD und der PDS zusammenfinden. Auch ich habe Interesse, dem Verein beizutreten. Anbei 20 Mark Vorkasse.

Dietmar Klatt, Werdohl

Ich begrüße das Entstehen des neuen „RotFuchs“-Kessels. In Zeiten relativer politischer Windstille kann es aus marxistisch-leninistischer Sicht keine nützlichere Aufgabe geben, als den Menschen zu vermitteln, was in Gestalt der „Globalisierung“ auf sie zukommt. Diese Entwicklung wird alles bisher Bekannte in den Schatten stellen. Lassen wir uns nicht überraschen. Eine Spende von 50 DM.

Heinz Geyer, Dahlwitz-Hoppegarten

Einigermaßen erstaunt bin ich schon über den RF-Förderverein. Er soll keine Partei oder deren Ersatz sein usw. Was aber soll dann die Untertitel-Aussage der Zeitung: Begründet von der Gruppe Berlin Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei? Solange diese Zeile fortbesteht, kann wohl nicht nur ich allein den RF nicht als ein wirkliches „Instrument politischer Bildung und Wissensvermittlung im Rahmen unserer Weltanschauung“ betrachten, das „der Zusammenführung derer (dient), die das gleiche wollen, aber vorerst noch getrennt marschieren“.

Logischerweise müßte der Parteiname DKP aus dem Zeitungstitel verschwinden. Im Impressum könnte ja auf die Gründung entsprechend hingewiesen werden.

Hansjörg Schupp, Appethshofen

Ein Häppchen für den so konsequent wider Revisionismus und Konterrevolution beißenden „RotFuchs“!

Dr. Bruno Wagner, Berlin

Als Marxist-Leninist unterstütze ich Euch im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten durch die Fördervereinsmitgliedschaft. Daß Ihr nicht mehr DKP-Zeitung seid, finde ich gut! So könnt Ihr mit offenem Visier auf Opportunismus und Revisionismus des DKP-Partei Vorstandes eingehen. (...)

Carsten Messerschmidt, Hannover

Zuerst möchte ich Euch mitteilen, daß ich entsetzt und zornig bin über die Tatsache, daß es bestimmten Leuten aus unserer Parteiführung „gelungen“ ist, ein innerparteiliches Klima herzustellen, in dem eine ganze Reihe verdienter und (nicht nur) von mir hochgeachteter Genossinnen und Genossen der DKP Berlin Nordost für sich keine andere Möglichkeit mehr sah, als nach zumeist jahrzehntelanger KP-Mitgliedschaft aus der DKP auszutreten.

Ich muß gestehen, daß die entsprechende Mitteilung in der RF-Juli-Ausgabe („Betäubliches und Ermutigendes“) bei mir „wie eine Bombe eingeschlagen“ hat. Durch diese offensichtlich von einigen Führungskadern gezielt provozierten Austritte ist m. E. eine qualitative neue Lage in der DKP entstanden. (...) Genosse Herbert Thomas schreibt, aus der Erfahrung seiner 70jährigen Parteimitgliedschaft gespeist, in der Juli-Ausgabe, daß Führungskader nur zeitweilig in der Verantwortung seien und Fehler früher oder später korrigiert würden, die Partei aber bleibe. Ich teile seine Position, daß es „die Aufgabe eines Kommunisten ist, für seine Meinung zu kämpfen“, und zwar innerhalb der Partei. Allerdings glaube ich, daß er einen nicht unerheblichen Aspekt unberücksichtigt gelassen hat: Was ist, wenn eine amtierende Parteiführung, wie z. B. in Frankreich, während ihrer „zeitweiligen Verantwortung“ aus einer marxistisch-leninistischen Partei mit wahrhaft grandioser Tradition einen zahnlosen, der Bourgeoisie verpflichteten Wahlverein macht? In einem solchen Fall bleibt die Partei leider eben nicht! Nun kann man weder die Geschichte noch die aktuelle Entwicklung von FKP und DKP ... gleichsetzen. Aber auf diese Gefahr muß hingewiesen werden. (...) Ich bedaure zutiefst den Austritt jedes einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin aus Berlin Nordost. Zugleich habe ich aber auch allen Respekt vor ihrer Entscheidung. (...)

Zu einer anderen Frage: Nun ist der RF also keine Parteizeitung mehr. Bei allem Abwägen bleibt für mich zunächst nur als erste Schlußfolgerung: eine klare Niederlage. Der Druck seitens der Parteiführung auf die Parteigruppe Nordost war bekannterweise seit längerem mit exakt dieser Forderung verbunden. Die Gruppe Nordost hat sich mit richtigen und präzise begründeten Argumenten gegen diese idiotische Forderung gestemmt – und verloren. Wobei es an sich schon absurd ist, daß eine ausschließlich vom PV zu verantwortende innerparteiliche Situation entstanden ist, in der von „gewinnen“ und „verlieren“ geredet werden muß.

In der RF-Juli-Ausgabe werden einige inhaltliche Aspekte zur Gründung eines RF-Fördervereins aufgeführt. Hinzu kommt sicherlich die Tatsache, daß mehrere Genossinnen und Genossen, die maßgeblich zur Absicherung der bisherigen Parteizeitung beigetragen haben, nunmehr keine Parteimitglieder mehr sind.

Wie auch immer: Im o. g. Artikel wird Genosse Steiniger mit den Worten zitiert, daß der RF „ohne Abstriche und mit der bisherigen Redaktionspolitik außerhalb der DKP“ weitergeführt werden solle.

Meine Meinung: Der RF ist (unter den o. g. Bedingungen!) unverzichtbar. Eine kommunistische Zeitung solcher Qualität ist in diesen immer barbarischer werdenden Zeiten ein unglaubliches Juwel und muß unter allen Umständen erhalten und gefördert werden. Daher anbei mein Aufnahmeantrag für den Förderverein. (...)

Heinz-W. Hammer, Essen

Gern möchte ich Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins werden, kann aber als Arbeitslosenhilfebezieher nur den satzungsgemäß geforderten ermäßigten Beitrag bezahlen. Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeantrag zu, weil ich die Seite 14 (bzw. 13) des August-Hefes nicht entbehren kann. Ich müßte sie ja zerschneiden. Alle Beiträge des „RotFuchs“ sind für mich wichtig, besonders aber die Gorbatschow-Artikel. Ich habe mir ein Archiv über den größten Verräter aller Zeiten angelegt, das Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge, Bücher und sonstige Publikationen umfaßt. (...) Mich macht krank, wie lange sich die Basis und die Wähler der PDS deren konterrevolutionäre Führungsspitze (besonders Brie, Klein, Gysi, Bartsch, Holter, Zimmer und Claus) noch gefallen lassen.

Lutz Seeger, Berlin

Zu dem Beitrag über Kurt Stand, einen politischen Gefangenen in den USA, der der DDR verbunden war, in der August-Ausgabe des RF ergänzend noch folgendes: Kurt schrieb mir unlängst, daß der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten entschieden habe, die Annahme des Revisionsgesuches zu verweigern. Das sei zwar enttäuschend, aber angesichts der politischen Orientierung dieses Gerichts und seiner Ignoranz gegenüber Bürgerrechten nicht überraschend. Im übrigen habe die Regierung den „Fall“ benutzt, um die Definition dessen auszuweiten, was unter „Verletzung der nationalen Sicherheit“ der USA zu verstehen sei – das Gericht habe das mit der Zurückweisung des Rechtsmittels nur abgesegnet. Für Kurt Stand und seine Frau sind damit die direkten Berufungsmöglichkeiten gegen die Verurteilung erschöpft; sie prüfen zur Zeit, welche weiteren Schritte unternommen werden können, vor allem mit dem Ziel, eine Herabsetzung des unerhörten hohen Strafmaßes zu erreichen.

Eine andere Sache: Kurt Stand hat großes Interesse an allem, was die politische Entwicklung 1989/90 – Annexion der DDR und Konterrevolution – betrifft. Gibt es etwas, was das präzise zusammengefaßt und analysiert ist, und vielleicht auch Genossen, die das günstig besorgen und in die USA schicken könnten? Wir hoffen, daß Kurt inzwischen den „RotFuchs“ bekommt. (...)

Werner Hoppe, Hamburg

Wir befinden uns in Übereinstimmung mit der im Juli-„RotFuchs“ veröffentlichten Darstellung der historischen Verhältnisse von 1961. Daß es am 13. August zu den unter den Staaten des Warschauer Vertrages vereinbarten Maßnahmen kommen mußte, war wohl für viele – besonders die Berliner – ein Einschnitt, der quer durch die Familien ging und sich nicht leicht verkraften ließ. Alle dadurch – wie auch immer – erlittenen Verluste an Menschenleben auf beiden Seiten sind schrecklich und für die Angehörigen schmerzlich. Sie wären jedoch vermeidbar gewesen, wenn die im Osten Deutschlands entstandene DDR mit ihrer sozialistische Zielsetzung akzeptiert, politisch und diplomatisch anerkannt und respektiert worden wäre. Immerhin konnten wir so 28 Jahre lang – trotz mancher Schwierigkeiten – im Frieden leben, studieren, unserer Arbeit nachgehen (als Frau mit gleichen Berufschancen), war unseren Kindern eine anständige Schul- und Berufsausbildung möglich. Unser Gruß gilt dem Marx-Engels-Club und dem mutigen Oberstleutnant a. D. Günter Gansauge.

Dr. Eva-Maria Scholz/Dr. Gerhard Scholz, Berlin

Immer wieder wird er mit Spannung erwartet – der monatliche „RotFuchs“. Er ist einfach ein unverzichtbares Medium in der politischen Arbeit. Besonders lehrreich: die Rubrik „Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus“ zwecks Auffrischung und Erweiterung eigener ideologischer (Er-)Kenntnisse. Bitte macht weiter so. Anbei eine kleine Spende. P. S. Bitte den „RotFuchs“ zukünftig auch an folgende Adresse schicken ...

Jörg Lorenz, Hannover

(...) Auf dem UZ-Pressfest hatten wir vereinbart, daß wir uns danach im Vogtland treffen. Wir – das waren ein Mitglied der DKP Berlin Nordost, drei DKP-Mitglieder aus Nordbayern, zwei PDS-Mitglieder aus dem Vogtland und eine parteilose Kommunistin. Die Begrüßung war für uns Franken schon mehr als herzlich. Mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit ...“ wurden wir im tiefsten Vogtland (Pabstleithen) empfangen und „stritten“ fast vier Stunden über aktuelle politische Themen. Vehement stand die Berlinerin zu ihrem „RotFuchs“. Die PDS-Genossen teilten diese Ansicht und meinten, daß der „RotFuchs“ die richtige Sprache spreche und ihre Interessen vertrete. (...) Wir gingen zeitweise „hart“ miteinander ins Gericht und waren uns zum Schluß doch einig. (...) Niemand hat die Weisheit mit Löffeln gefressen und die Wahrheit gepachtet. Nur wenn wir Gespräche miteinander führen und Gegensätze abbauen (...), werden wir in der politischen Arbeit erfolgreich sein können.

Georg Schiele, Gerhard Hirschmann, Erich Schreier, Mitglieder der DKP Nordbayern

Lieber Genosse Steiniger, mit Vergnügen und Nutzen lese ich seit Jahren den RF. Besonders gut gefallen mir u. a. Deine Artikel, aber auch die Ausführungen von Genossen Köbele sind es wert, als Sonderdruck in die Massen getragen zu werden. Leider gibt es hin und wieder auch Unbehagen. Ob und warum Du (z. B. in RF 42 und RF 43) den einen Politiker von vor 50 Jahren ehren und den anderen verdammten läßt, ist Sache des Gewissens der jeweiligen Autoren. Wenn allerdings die Führer der Sowjetunion nach 1953 durchweg als Schurken dargestellt werden (...), so wird u. a. die unbestreitbare Tatsache ignoriert, daß die DDR bis Anfang der 80er Jahre unter der Losung „Von der Sowjetunion lernen heißt ...“ zur größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse wurde. Es ist bekannt, daß die Zerschlagung der DDR, des gesamten sozialistischen Lagers, zwar von Verrätern begünstigt, aber primär von den imperialistischen Mächten sehr langfristig organisiert und durchgeführt wurde. (...) Wenn der RF eine Personendiskussion zum Nutzen der Sache vermeidet – was auch ich unterstütze –, so sollte das konsequent geschehen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Ein persönliches Wort des Redakteurs: Lieber Genosse Tichauer, ich möchte im „RotFuchs“ in der Tat keine Personendiskussion führen, um das breite Spektrum der Kommunisten und Sozialisten, die unsere Zeitung lesen und unterstützen, nicht durch kontroverse Debatten über Politiker der Vergangenheit auseinander zu dividieren. Das bedeutet aber nicht, daß bestimmte Namen in Zusammenhängen, in die sie hineingehören, tabu sind.

Der „RotFuchs“ wird unter meiner Leitung 1. gegen Erscheinungen des vom Marxismus klar definierten Revisionismus in Vergangenheit und Gegenwart auftreten, wobei wir ein undifferenziertes Bild vermeiden wollen;

2. das Wirken und die Rolle von bereits verstorbenen Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung, Staatsmännern sozialistischer Länder, Politikern usw. nach Kriterien des historischen Materialismus unter Beachtung der konkreten nationalen und internationalen Bedingungen ihrer Lebenszeit ohne pauschale

Glorifizierung und ohne pauschale Schmähung darstellen;

3. weder zum „Antistalinismus“, den wir der PDS-Führung überlassen sollten, noch zum erklärenden und Geschehnisse verhüllenden Personenkult um wen auch immer zur Verfügung stehen.

Die Veröffentlichungen in den Ausgaben 42 und 43 des RF entsprachen nach meiner Auffassung diesen Maßstäben. Es ist völlig normal, daß durch Leser Standpunkte einzelner Autoren bejaht oder abgelehnt werden. Nicht alle Materialien müssen der Meinung der Redaktion entsprechen. Das steht so im Impressum.

Ich habe Verständnis für Deine Sorge, da ich weiß, daß Du und Deine Familie im Jahre 1938 und danach in der Sowjetunion Schwerstes erlebt haben.

Klaus Steiniger

Im Juli „RotFuchs“ finde ich Gossweilers Beitrag besonders informativ. Nur den ersten Teil des Einleitungssatzes habe ich nicht so recht verstanden. Beim Entziffern der Leserbriefe im RF stelle ich fest, daß ich mal zum Augenarzt müßte. Oder liegt das nicht an mir? (...)

Auf eines muß ich immer wieder hinweisen: Die DDR-Führung war weithin kunst- und wissenschaftsfeindlich oder zumindest -borniert. Dafür gibt es Erklärungen und Ursachen. Die Folgen müssen vor allem die ausbaden, die an einer marxistischen Sicht der Geschichte, der Literatur, der Kunst usw. festzuhalten versuchen. Aus dieser Lage sind wir nun nicht mehr herausgekommen, nur die (zahlreichen) Opportunisten und (neuen) Karrieristen haben das geschafft, aber mit welchen Folgen. Auch kulturpolitisch war die DDR eher kleinbürgerlich gestrickt. (...) Die geringe Qualität der Polemik gegenüber unseren Feinden ist ebenfalls ein Erbe der DDR. Natürlich muß es auch unter uns Polemik, im Sinne kameradschaftlichen Meinungsstreites, geben. Und dann dürfen wir vor allem nicht im eigenen Saft schmoren. Was ich meine: Bei Veranstaltungen der PDS müssen auch Kommunisten zugegen sein, die durch Fragen und Beiträge auf das Dilemma dieser Partei hinweisen: Partizipation an der „Macht“ der Führungsleute auf der einen Seite, theoretisches Wissen und politische Erfahrung der Masse der Mitglieder auf der anderen. (...)

Dr. Wolfgang Schmitt, Berlin

Ich lese den „RotFuchs“ mit größter Aufmerksamkeit, weil er interessante, informative und argumentationsreiche Artikel bringt. Die marxistisch-leninistische Grundhaltung bestärkt mich in der Beurteilung der heutigen Entwicklung und in meiner Einstellung zu verschiedenen Ansichten in der PDS, z. B. zu den Entschuldigungsarien. Macht weiter so! Anbei etwas Futter.

Helmut Ender, Erfurt

Wie ich aus den Leserzuschriften – auch denen des RF vom August – ersehe, gibt es in der DKP noch immer hitzige Debatten über das Handeln von Führungskräften der Partei – auch weil manche von ihnen die DDR nicht als die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sehen wollen. Mich wundert dieses Zögern, denn jeder, der den Marxismus-Leninismus nur etwas studiert und halbwegs begriffen hat – also von seinem wesentlichen Inhalt überzeugt ist –, muß doch erkennen, daß die DDR dem Kapitalis-

mus in entscheidenden Bereichen deutlich überlegen war. Gewiß hat es auch Fehler und Mißstände gegeben, aber vor allem grundlegende Errungenschaften, die sich prinzipiell von Vergleichbarem im Kapitalismus unterscheiden – einfach durch die andersgearteten Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Das Entstehen volkseigener Betriebe und landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ersetzte die kapitalistische Produktionsweise und bildete die materielle Grundlage einer Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, Preis- und Mietwucher. Und sie hob den erbitterten Konkurrenzkampf auf.

Gerade diese charakteristischen Züge der DDR-Gesellschaft „vergessen“ die bürgerlichen Medien; sie beschränken sich auf „Mauer“ und „Stasi“ als Requisiten eines angeblichen Unrechtsstaates. Eine solche Klassenposition ihrerseits ist durchaus verständlich. Wenn aber kommunistische Führer die Errungenschaften der DDR kleinreden, dann tun sie gerade das, was die Gegner des Sozialismus erfreut.

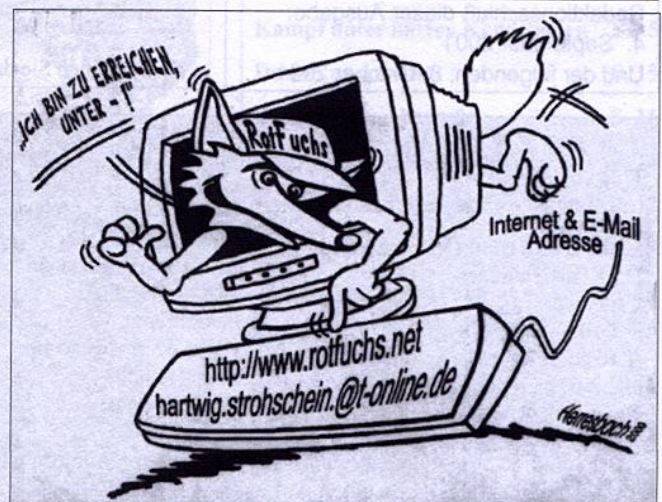
Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Denkaufgabe für unsere Leser

Ein sehr bekannter DDR-Literat rief bei uns an, um folgende Frage aufzuwerfen: Er suche einen zutreffenden und knappen Begriff für jene Faktoren, deren Gesamtheit zum Sturz der DDR und zur Wiederherstellung des Kapitalismus im Osten geführt habe.

Das vom Gegner und seinen Medien mit Erfolg in die Bevölkerung getragene Wort „Wende“ sei inhaltlich falsch, verlogen und undiskutabel. Der korrekte Ausdruck Konterrevolution könne, da zu schwerfällig, im normalen Sprachgebrauch nicht verwendet werden, zumal es dazu gegenüber den meisten Gesprächspartnern einer Erläuterung bedürfe. Es verhalte sich hiermit wie mit den Termini „Mauer“ und „Antifaschistischer Schutzwall“. Der eine sei handhabbar und entstamme nicht unserem Vokabular, der andere sei richtig, aber nicht griffig.

Der verstorbene Essayist und Dichter Prof. Heinz Kamnitzer kam der Sache sehr nahe, indem er den Begriff „Rückwende“ gebrauchte. Wir suchen nun ein Wort, das die Sache umgangssprachlich auf den Punkt bringt. Wer kann uns helfen?



Der treue Kommunist und standhafte Klassenkämpfer **Herbert Thomas** - seit 70 Jahren in der Bewegung, Überlebender von Buchenwald, Pressechef der DDR-Volkskammer und Mitglied der DKP-Gruppe Berlin Nordost wie des „RotFuchs“-Fördervereins - ist durch den Verlust seiner lieben Frau schwer getroffen worden. Unser Mitgefühl und unsere menschliche Solidarität gehören diesem beispielgebenden Genossen in der Stunde seines Schmerzes.

„RotFuchs“-Redaktion

Armin Stolper W. L.

Ein Bürgersöhnchen, das in den Kommunismus fiel gerechterweise hätten ihn die Nazis fast erschlagen er überlebte wie manche seinesgleichen unvergleichlich ausgebeutet am Zürcher Schauspielhaus er wurde Intendant am Staatstheater des roten Preußens in Berlin und überstand auch das Glückwunsch Genosse Langhoff zum Hundertsten und Dank für Deinen „Sturm“, die „Minna“ auch und für „Die Sorgen und die Macht“ und dafür daß du in den vielen Rollen die du spieltest im Leben wie auf der Bühne dir treu bliebst bis zuletzt

Am 6. Oktober 2001 feiern wir
Wolfgang Langhoffs 100. Geburtstag.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
4. September 2001
Und der folgenden: 8. Oktober 2001

Standhafter Charakter

Zu Zeiten, in welchen sich die Politik im Lande um 180° gedreht hatte, übte er öffentlich Selbstkritik. Er bedauerte sehr, der vorherigen Politik gedient zu haben. Um so mehr, da er auf die jetzige gehofft und auch fest an sie geglaubt habe. Sein Gewand zerreißend schlug er sich auf die Brust und offenbarte „mea culpa“ - meine Schuld. Zum Zeichen der Verachtung für seine Vergangenheit bespuckte er sich selbst. All das prägte sich in sein Gedächtnis so tief ein, daß er noch heute jedes seiner Worte, jede seiner Gesten wiederholen könnte. Nur eines vergaß er: Selbst Gott kann sich nicht mehr erinnern, wann das gewesen ist. War es 1945? War es vielleicht 1956, und wenn, an welchem Tag im Jahre 1956? Oder war es doch 1990? **Judit Szanto, Budapest (Übersetzung: Piroska Kornagel)**

Ost & West: Männer sind (fast) gleich „lang“!

WEST 180,5 CM **OST 180 CM**



München - Hoppla, schießt da etwa wer ins Kraut?

Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) in München legte wieder mal Maß an. Ergebnis: Die Männer in Ostdeutschland holen in Sachen „Länge“ auf ihre westdeutschen Geschlechts-genossen tütig auf.

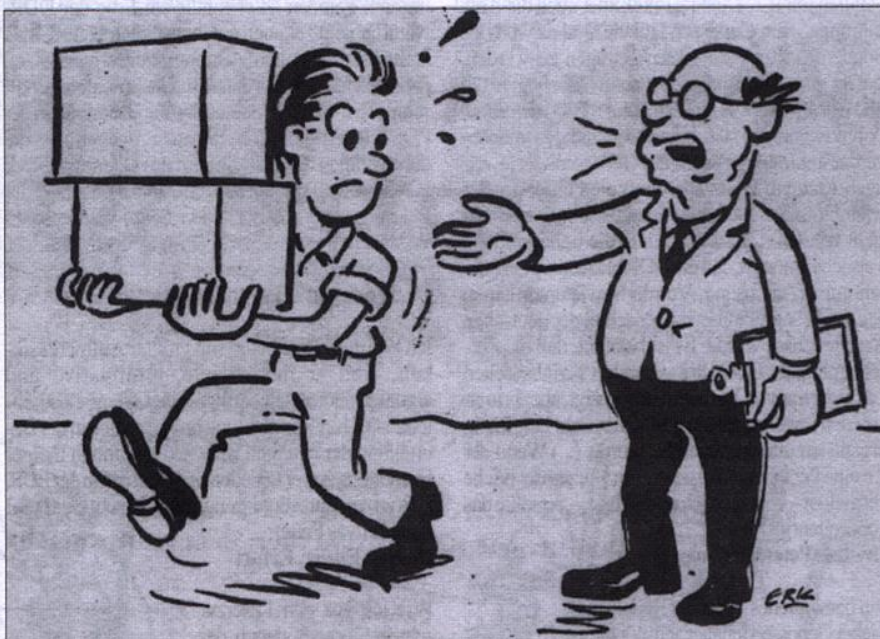
Nach der Wiedervereinigung betrug der Unterschied in der Körper(l)-Größe im Durchschnitt noch 1,2 Zentimeter - gemessen 1993 an 19-jährigen Wehrpflichtigen. Heute, zehn Jahre nach dem Fall der Mauer, schrumpfte die Differenz auf klitzekleine 0,5 Zentimeter!

Kein Scherz: Besonders bei jungen Männer aus ländlichen Gebieten Ostdeutschlands wurde damals ein überdurchschnittliches Größendefizit festgestellt. Bei ihnen lag die Kopfhöhe (unter Helm) zwei Zentimeter niedriger als bei den westdeutschen Kameraden. Aber wieso eigentlich?

Nach Ifo-Angaben ist das auf die unregelmäßige und mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischen Leistungen unter der DDR-Regierung zurückzuführen.

Heute sind westdeutsche Männer im Schnitt 180,5-Zentimeter groß - die Ostdeutschen etwa 180 Zentimeter. Damit läßt es sich leben - oder?

eine Entdeckung der „Hamburger Morgenpost“



„Was meinen Sie damit ... Sie wollen bezahlt werden? Seien Sie froh, daß Sie Arbeit haben!“

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

„RotFuchs“-Förderverein e.V. (i.G.)

CHEFREDAKTEUR (V.i.S.d.P.):

Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. (030) 56 13 404
(Redaktionsadresse, an die bitte auch
alle Post zu richten ist)

Layout: K. Uwe Lange

AUTORENKREIS

Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Ernst Heinz
Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos
(Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp

Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

KÜNSTLERISCHE MITARBEIT

Arno Fleischer,
Heinz Herresbach, SHAHAR

VERSAND UND VERTRIEB
Armin Neumann, Sonja
Brendel

Monika Kauf, Bernd Koletzki

Die ständige oder gelegentliche Mitarbeit weiterer Autoren ist ausdrücklich erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.